Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Rast"): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Gr. Münzstr. 3. Fernsprechanschlüsse: Inserate 1567, Redaktion 1794, Verlag und Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 404. —

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 2.25 Mk., monatl. 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk. monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf. — Insertionsgebühr: die 7gespaltene Kolonelzeile 15 Pf., Inserate von auswärts 25 Pf., im Reklameteil Zeile 1 Mk. Postscheckkonto: Nr. 5258 Berlin. — Etwaiger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 247. **Magdeburg, Dienstag den 21. Oktober 1913.** **24. Jahrgang.**

Die heutige Nummer umfaßt 14 Seiten einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Rast".

Ein fünfjähriges Versprechen.

Am 20. Oktober 1908 eröffnete Wilhelm 2. den preußischen Landtag mit einer Thronrede, in deren ersten Sätzen es hieß:

> Mit dem Erlaß der Verfassung ist die Nation in die Mitarbeit auch an den Geschäften des Staates eingetreten. Es ist mein Wille, daß die auf ihrer Grundlage erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstarkung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Ihre Bedeutung für das gesamte Staatsleben erfordert umfassende Vorarbeiten, die von meiner Regierung mit allem Nachdruck betrieben werden.

Es ist ein fatales Zusammentreffen, daß der Jubiläumstag dieses unerfüllt gebliebenen Hohenzollernversprechens dem Hundertjahrtag der Leipziger Völkerschlacht so unmittelbar folgt. Während man sich in Leipzig mit vielen schönen Reden für des Reiches Herrlichkeit begeisterte, weist uns der Kalender grausam die Kehrseite dieser Herrlichkeit. Und feierte man am 18. Oktober alles, was dieser Tag vor hundert Jahren dem deutschen Volke hätte bringen sollen, so wird man sich am 20. mit tiefer Erbitterung alles dessen erinnern, was die Geschichte eines ganzen Jahrhunderts dem Volke versagt hat.

Zwischen diesen beiden Jubiläumsfeiern, die einander folgen wie dem Rausche der Katzenjammer, besteht nicht nur ein zufällig zeitlicher, sondern auch ein tiefer sachlicher Zusammenhang. Das Versprechen vom 20. Oktober 1908 ist ja nicht das erste Hohenzollernversprechen, das nicht gehalten worden ist. Schon vor Leipzig im Jahre 1808 war dem preußischen Volk eine „Nationalrepräsentation" versprochen worden, zu deutsch eine Volksvertretung, die es bis zum heutigen Tage nicht besitzt. Das Versprechen wurde mehrfach wiederholt, solange das preußische Königshaus in Not war, es geriet aber vollständig in Vergessenheit, als die Dynastie durch die heldenmütigen Anstrengungen des Volkes wieder in den Besitz der frühern Macht gelangt war. Unbequeme Mahner, die da meinten, daß gerade Könige ihr Wort halten müßten, wurden als Staatsfeinde behandelt. Da kam vierzig Jahre später die Revolution, und mit der rauchenden Büchse in der Hand zwangen die Bürger den Sohn zu gewähren, was der Vater ihnen verheißen hatte.

Aber schon im Jahre darauf wurde dem preußischen Volke durch die Gegenrevolution das allgemeine, gleiche Wahlrecht wieder entrissen. Und nun folgt der durch die verschiedensten geschichtlichen Ereignisse unterbrochene, oft viele Jahre ruhende, aber immer wieder auflebende Kampf um die Wiedergewinnung des alten Rechtes. Er erreicht seinen vorläufigen Höhepunkt in den Wahlrechtskämpfen der Jahre 1907 und 1908 und zeitigt als erste Frucht ein neues königliches Versprechen, jenen oben wiedergegebenen Passus der Wahlrechtsthronrede von 1908, die eine tiefgreifende Wahlreform in unmittelbare Nähe zu rücken schien.

Heute wird gesagt, daß die mißlungene Bethmannsche Wahlreform von 1910 ein Versuch war, die Verheißung der Wahlrechtsthronrede zu verwirklichen. Zwischen den Ankündigungen jener Rede und dem von Bethmann Gebotenen bestehe kein Gegensatz. Bestand aber wirklich schon im Oktober 1908 die Absicht, nicht mehr zu bieten, als jene klägliche Flickarbeit bringen wollte, dann wird man der Regierung Bülow den Vorwurf nicht ersparen können, daß sie mit jenem Staatsdokument dem Volke Sand in die Augen gestreut hat. Nach jenen tönenden Redensarten mußte man immerhin etwas andres erwarten als die Beibehaltung des Dreiklassenwahlrechts mit einem komplizierten direkten Wahlverfahren und die „Hebung" der zu „Kulturträgern" proklamierten Unteroffiziere in die nächsthöhere Wählerklasse.

Der Bethmannsche Versuch scheiterte nach Verdienst. Denn wenn die Junker Grund hatten, ihn zu bekämpfen, weil sie von Zugeständnissen an eine Volksbewegung nichts wissen und kein Tüttelchen ihrer Macht preisgeben wollten, so hatte auf der andern Seite das Volk noch viel weniger Grund, sich für ihn zu begeistern. Jener Versuch hat bewiesen, daß in Preußen nur zwei Arten von Reform möglich sind: entweder eine ganz winzige Scheinreform, die das Volk um die Erfüllung des gegebenen Versprechens glatt und offenkundig bringt und die mit den Junkern gegen das Volk gemacht wird, oder aber eine volkstümliche, das Versprechen von 1908 ehrlich erfüllende Reform, die mit dem Volke gegen die Junker gemacht wird. Einen von diesen beiden Wegen wird die Regierung eines Tages gehen müssen, und es wird die Aufgabe der Wahlrechtsbewegung sein, alles zu tun, um ihr den ersten Weg zu versperren und sie auf den zweiten Weg zu zwingen, auf dem allein die Lösung der brennenden Frage gefunden werden kann.

Die Wahlrechtsbewegung ist mittlerweile durch andre große politische Ereignisse — Reichstagswahlen, auswärtige Verwicklungen, Wehrvorlagen — von ihrem geraden Lauf abgelenkt worden. Die Regierung hätte die beste Gelegenheit gehabt, zu beweisen, daß sie das Versprechen des Königs auch dann zu erfüllen bereit ist, wenn sie nicht durch eine starke Volksbewegung dazu gepreßt wird. Sie hat diese Gelegenheit nicht ausgenutzt. Ihr Verhalten ist illoyal und unaufrichtig und ganz geeignet, geschichtliche Erinnerungen heraufzurufen, die da zeigen, daß von oben gegebene Freiheitsversprechen niemals eingehalten werden, wenn ihre Erfüllung nicht erzwungen wird. In der empörenden Wurstigkeit, mit der sie die preußische Wahlrechtsfrage behandelt, liegt eine Wertschätzung königlicher Verheißungen, wie sie in Worten gar nicht ausgedrückt werden kann. Aber lauter als das Wort spricht die Tat, und noch lauter die Tatlosigkeit. Sie ist die stärkste Verhöhnung aller Vorstellungen von der Monarchie und der Regierungsautorität, die man im Volke zu verbreiten bemüht ist.

Es gibt eine Politik, die auf alle Moral verzichten zu können glaubt, wenn sie nur erfolgreich ist. Aber die Politik der Wahlrechtsverweigerer kann nicht erfolgreich sein, und der sittlichen Verurteilung, die sie erfährt, muß über kurz oder lang auch der faktische Zusammenbruch folgen. Die preußische Wahlrechtsbewegung wird wieder auferstehen. Sie wird eines Tages plötzlich wieder dastehen, stärker, entschlossener als je zuvor. Da die Regierung die Zeit der Ruhe zu schnöder Untätigkeit mißbraucht hat, hat sie die Unruhe legitimiert. Und es wird in Preußen noch einmal sehr unruhig werden, wenn Bethmann noch länger glaubt, auf gegebene Versprechen pfeifen zu können.

Die preußische Wahlrechtsbewegung entwickelt sich nicht in geradem Aufstieg. Sie hat ihre Höhen und ihre Wellentäler, wie man sie an gleichgerichteten Bewegungen andrer Länder gleichfalls hat beobachten können. Aber kann sie auch zeitweilig ruhen, so kann sie doch kein Ende finden, solange sie ihr Ziel nicht erreicht hat. Das preußische, das deutsche Arbeitsvolk kann auf sie nicht verzichten, wenn es nicht seine Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu Grabe tragen will. Es gab eine Art, die Jahrhundertfeier würdig zu begehen. Dem preußischen Volk endlich die seit mehr als hundert Jahren versprochene freiheitliche Verfassung zu geben, das wäre eine wirkliche Jubiläumstat gewesen. Für Jubiläumsreden danken wir. Die Leipziger Art, Feste zu feiern, machen wir nicht mit. Erst wenn sich das Volk sein Recht erkämpft haben wird, um das es vor hundert Jahren und seit hundert Jahren gebracht worden ist, erst dann wird es für uns heißen: Fahnen heraus! —

Die Ueberreste des explodierten Zeppelin.

Der 17. Oktober 1913 wird in der Geschichte der Luftschiffahrt für alle Zeiten ein Tag traurigen Angedenkens bleiben. Hoch in der Luft explodierte an diesem Tage über dem Flugplatz Johannisthal das Marine-Luftschiff „L. 2" und ging in Flammen auf. Nichts als ein trostloser Trümmerhaufen ist von dem stolzen Luftschiff übriggeblieben. Die ganze Besatzung und mit ihr eine Anzahl militärischer Fahrgäste, 28 Personen an der Zahl, mußten ihr Leben bei dem furchtbaren Unglück lassen.

Verständigung, nicht Völkerschlachten!

Der 18. Oktober war in Deutschland der Erinnerung einer blutigen Vergangenheit gewidmet. In Frankreich wie in England ward er zu einem Tage wichtiger Kundgebungen, die ihr Gesicht hoffnungsfroh der Zukunft entgegenwenden. Am Jahrhunderttag der Völkerschlacht hat sich der Kongreß der Radikalen und Radikalsozialisten in Pau für die Verständigung mit Deutschland ausgesprochen, an demselben Tage hat der englische Marineminister Churchill in Manchester die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen gefeiert und den Vorschlag des Rüstungs-Weltfeiertags wieder aufgenommen.

Der Kongreß der Radikalen und Radikalsozialisten in Pau hat den Parlamentariern, die sich zur deutsch-französischen Verständigungskonferenz nach Bern begeben hatten, die Zustimmung und die Glückwünsche der Partei ausgesprochen. Damit hat sich die größte und stärkste Partei Frankreichs, gegen deren Willen keine Regierung zu bestehen vermag, für die Verständigung erklärt. Gleichgültig, was aus dem combistischen Block in der innern Politik wird, für die auswärtige Politik besteht dieser Block, der sich aus den geeinigten Sozialisten und der bürgerlichen Linken zusammensetzt, und er repräsentiert eine so starke Macht, daß keine Regierung leichtherzig genug sein könnte, ohne oder gar gegen ihn den auswärtigen Geschäften des Staates eine gefährliche Richtung zu geben.

Die gegenwärtige Regierung Frankreichs hat sich nicht ohne Erfolg bestrebt gezeigt, die Beziehungen zu Deutschland zu verbessern. Die offizielle Teilnahme an dem Unfall des preußischen Militärattachés v. Winterfeldt, die zuvorkommende Behandlung des deutschen Militärfliegers Steffen, die Haltung der offiziösen Presse und zuletzt das überaus herzliche Beileidstelegramm, das der Präsident aus Anlaß der jüngsten Zeppelinkatastrophe nach Berlin schickte, sind Zeichen dieser Besserung. Kann man also das Ministerium Barthou auf keinen Fall als kriegslustig und „deutschfeindlich" ansprechen, so wird sein Nachfolger aller Voraussicht nach noch friedliebender und Deutschland noch freundlicher sein. Die Entwicklung der französischen Politik bewegt sich sichtbar in der Richtung zur Entspannung.

Die Entschließung des radikalen Parteikongresses gewinnt noch an Bedeutung durch den Umstand, daß der Kongreß der Vorbereitung der Wahlen gewidmet ist, die im nächsten Jahre stattfinden. Unsre alldeutschen Kriegshetzer erzählen nun jeden Tag, daß das revanchelustige Frankreich an nichts andres denke, als daran, uns zu überfallen. Und nun erleben wir es, daß die stärkste Partei Frankreichs mit dem Programm der Berner Konferenz als Parole in die Wahlen geht! Jeder Unbefangene, ruhig Denkende wird sich da sagen müssen: Wenn der radikale Kongreß angesichts der bevorstehenden Wahlen ohne Not aus freiem innern Antrieb einen derartigen Beschluß faßt, dann muß die Stimmung des französischen Volkes doch ganz anders beschaffen sein, als uns die „nationale" deutsche Presse einreden will. Wäre der Gedanke der Verständigung in Frankreich nicht ebenso volkstümlich wie er es in Deutschland ist, dann würden sich die Radikalen in Pau schwer gehütet haben, den Teilnehmern an der Berner Konferenz Zustimmung und Glückwünsche auszusprechen. Sie hätten es ja ungefähr ebenso machen können wie unsre Fortschrittliche Volkspartei, die erklärt, was ihre einzelnen Mitglieder tun und lassen, gehe sie nichts an. Die radikale Partei Frankreichs aber hat sich mit den französischen Teilnehmern an der Berner Konferenz solidarisch erklärt und für ihre Politik offen vor Volk und Welt die Verantwortung übernommen. Kann so die größte Partei handeln in einem Lande, das — wie uns die alldeutschen Märchenerzähler berichten — von einem Ende bis zum andern mit Revanchestimmung erfüllt ist?

Der Beschluß des Kongresses von Pau wird der Arbeit aller Freunde der deutsch-französischen Verständigung kräftigen Antrieb verleihen. Heute stehen die Dinge so, daß in beiden Ländern je ein Dutzend irrsinniger Verbrecher den Krieg herbeisehnt, während die ungeheure Masse des Volkes die Erhaltung des Friedens wünscht und ein mächtiger ständig anwachsender Teil zum Zwecke der Erhaltung und Sicherung des Friedens eine förmliche Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland herbeiführen will. Das sind Tatsachen, und kein Staatsmann keines der beiden Länder wird sich ihrem Druck entziehen können.

Daß zwischen Deutschland und England das einst für unmöglich Erklärte Wirklichkeit geworden ist, wagt heute kein alldeutscher Lügner mehr zu bestreiten. Der unvermeidliche Weltkrieg zwischen den beiden Völkern ist bis auf weiteres abgesagt, und wenn am letzten Sonnabend der englische Marineminister Churchill sagen konnte, die Beziehungen zu Deutschland hätten sich sehr gebessert, so ist das zwar für gewisse „Menschenfreunde" ein erneuter Schmerz, aber auch für sie längst keine Ueberraschung mehr.

Die nüchternen Engländer wollen sich aber nicht in leeren Freundschaftsbeteuerungen berauschen, sondern meinen, daß aus der Verbesserung der Beziehungen für beide Völker ein praktischer Nutzen gezogen werden müsse. Den erblicken sie mit Churchill in der Einführung des Rüstungsfeiertags, der auf gegenseitigen Abmachungen beruhenden einjährigen Pause im maritimen Rüstungswettrennen. Die Sache ist wirklich ungeheuer einfach: Baut Deutschland im Jahre 1914 zwei große Schlachtschiffe, so baut England vier, baut aber Deutschland keins, so baut England auch keins. Deutschland ersparte dabei nach Churchills Berechnung 120 Mill. Mark, England beinahe 240 Millionen Mark. Summen, die zu sozialen Zwecken verwendet werden können.

Mit großer Aufrichtigkeit hat Churchill ausgesprochen, wo er die Feinde seines Vorschlags vermutet und wo er seine Freunde zu finden hofft. Er rechnet mit den Gegengründen der großen Waffenfirmen, denen er aber „völlig unzugänglich" sein will, weil die Waffenindustrie die Dienerin, nicht die Herrin sein solle. Wir wünschten, solche Worte auch einmal von der deutschen Regierung zu hören! Dann aber spricht der englische Marineminister aus, von wo er Unterstützung erwartet, da die Frage nicht bloß von Diplomaten und Regierungen, sondern auch von Parlamenten und von Völkern zu erörtern sei.

Auch hier müssen wir dieselbe Erscheinung beobachten wie in unserm Verhältnis zu Frankreich. Auf beiden Seiten stehen zwei starke Volksströmungen, die den Frieden und die Verständigung suchen, aber nur auf der einen Seite werden diese Bestrebungen von herrschenden Kreisen und Parteien offen gefördert. In Deutschland hingegen ist es fast allein die „vaterlandslose Sozialdemokratie", die sich zum Träger und Vorkämpfer des internationalen Fortschritts gemacht hat, den drüben die Minister von heute und morgen mit Eifer vertreten. Aber trotz der Hindernisse, die aus der reaktionären Regierungsform Deutschlands entspringen, wird sich der vernünftige Wille der drei großen Völker durchsetzen: einig zu sein und zusammenzuhalten zur Wahrung des Friedens! —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 20. Oktober 1913.

In der Klemme.

Das Berliner Zentrumsblatt, die „Germania", hat die Belehrungen über das Verhältnis der Revolution zur Gesetzlichkeit, die die sozialdemokratische Presse ihr anläßlich ihrer Kritik des badischen sozialdemokratischen Wahlaufrufs erteilte, nicht ganz ohne Verständnis aufgenommen. Zwar erklärt sie es noch immer für „Humbug", wenn wir die Gegner für die zukünftige Entwicklung der Dinge verantwortlich machen, denn wir verlangten von den Gegnern, daß sie sich nicht wehren, damit es nicht zur Anwendung von Gewalt komme. In Wirklichkeit verlangen wir von den Gegnern nicht, daß sie sich nicht wehren, sondern nur, daß sie es in demokratischer Weise tun, indem sie die Mehrheit für sich zu gewinnen versuchen, wir verlangen von ihnen aber auch, daß sie eine ihnen unbequeme Mehrheit respektieren. Was hat das „demokratische" Zentrum gegen diesen Standpunkt einzuwenden?

Auf der andern Seite aber sieht sich die „Germania" genötigt, unsre Beweisführung betreffend den Umsturz des Privateigentums als durchschlagend anzuerkennen. Sie meint, es sei ein „sehr schlauer Zug" von uns gewesen, der wenn wir das antipolnische Expropriationsgesetz als Beweis dafür anführten, daß der Eigentumsbegriff tatsächlich schon umgestürzt ist und nicht erst von uns umgestürzt zu werden braucht.

Leider können wir der „Germania" das Kompliment der Schlauheit nicht zurückgeben. Denn wenn sie anschließend bemerkt, da sehe man, daß in der Polenfrage das Zentrum „den wirklichen weitausschauenden nationalen Standpunkt" vertrete, so versetzt sie damit ihren konservativen Freunden einen Hieb, während sie auf der andern Seite der Sozialdemokratie das Zeugnis ausstellt, daß sie im Gegensatz zu den Konservativen den „wirklichen weitausschauenden nationalen Standpunkt vertritt". Denn die Sozialdemokratie ist bekanntlich ebensosehr wie das Zentrum Gegner des antipolnischen Enteignungsgesetzes. —

Vater und Sohn.

Die Kronprinzenpartei ist noch immer munter dabei, den Sohn gegen den Vater auszuspielen. Der Sohn macht ihr das auch nicht allzuschwer. So meldet die „Tägliche Rundschau":

> Als der Kronprinz vor einigen Wochen gelegentlich der Reise von Danzig nach seinem Jagdschloß Hopfreben in Vorarlberg 2 Tage in Berlin weilte, ließ er den Staatssekretär von Jagow durch seinen Adjutanten zu einer Unterredung bitten. Der Staatssekretär konnte aber der Aufforderung des Thronerben nicht Folge leisten, da er durch dringende Berufsgeschäfte abgehalten war. Erst infolge einer zweiten, dringlicheren Einladung erschien Herr v. Jagow im Kronprinzenpalais und hatte eine mehrstündige Unterredung mit dem Thronfolger. Wie wir hören, wünschte der Kronprinz über die Absichten der Reichsleitung in bezug auf die braunschweigische Frage unterrichtet zu werden. Die Unterredung mit Herrn v. Jagow schien dem Kronprinzen nicht zu genügen, da sich der Leiter des Auswärtigen Amtes in dieser heiklen Frage, die übrigens auf das Gebiet der inneren Politik gehört, mit begreiflicher Vorsicht äußerte. Bald nach seiner Ankunft in Hopfreben richtete der Kronprinz das schon in der Presse erwähnte Schreiben an den Kanzler, das in der Hauptsache darauf hinausläuft, daß man sich mit den dem Kronprinzen bezeichneten Bürgschaften des Hauses Cumberland nicht begnügen, sondern die Thronbesteigung des Prinzen Ernst August nur nach einem ausdrücklichen Verzicht auf Hannover genehmigen solle.

Allgemein aufgefallen ist die Nichtbeteiligung des Kronprinzen an der Leipziger Völkerschlachtfeier. Der junge Herr befindet sich nämlich noch immer oder schon wieder außerhalb des Landes in Vorarlberg, die Entfernung Berlin—Danzig scheint nicht mehr als ausreichend empfunden zu werden.

Von der andern Seite meldet das „Berliner Tageblatt" aus Leipzig:

> Der Kaiser ist sehr ernst und steht im Hintergrund. Die Trauer in seinem Gesicht fällt allgemein auf und wird von dem einen mit der Zeppelinkatastrophe, von den andern mit dem Briefe des Kronprinzen in Zusammenhang gebracht.

Wilhelm 2. ist schweigsam geworden. Schon lange hat man ihn nicht mehr reden hören wie in alter Zeit: „Einer nur ist Herr im Reiche, und das bin Ich." Es wird ja von so vielen Seiten dazwischen und daneben regiert, daß eine derartige Ausdrucksweise nicht mehr als angebracht erscheinen mag. —

Aerzte und Krankenkassen.

Hinter dem drohenden Kampfe zwischen Aerzten und Krankenkassen stehen auch Forderungen der Aerzte, deren Anerkennung eine wesentliche Mehrbelastung der Kassen im Gefolge haben würde. Es interessiert daher wohl die finanzielle Entwicklung der Kassen, vor allem das Verhältnis der Kosten für ärztliche Bemühungen zu den Gesamtausgaben. Es wurden von sämtlichen Krankenkassen für die aufgeführten Zwecke verausgabt:

	1885	1907	1911
Ausgaben insgesamt	52 646 826	299 094 756	357 468 396 Mk.
Darunter Krankengeld	32 440 897	121 416 115	153 582 976 „
Arzthonorar	12 523 435	63 325 782	83 754 224 „

Die Gesamtausgaben sind in der angegebenen Zeit auf das Siebenfache, die Ausgaben für Krankengeld auf das Fünffache, die für ärztliche Bemühungen wieder auf das Siebenfache gestiegen. Die Zahl der Mitglieder erhöhte sich in derselben Zeit von 3,7 Millionen auf 13 Millionen, also nur auf das $3^1/_2$fache. Ein anschauliches Bild von der Entwicklung gibt noch die folgende Aufstellung: Pro Mitglied betrugen die Ausgaben in Mark:

	Arzthonorar	Krankengeld
1885	3,36	8,70
1907	5,22	10,—
1911	6,15	11,28

Das Arzthonorar pro Kassenmitglied ist seit 1885 um 2,79 Mark gleich 83 Prozent gestiegen. Die Krankengeldbezüge stiegen nur um 2,58 Mark gleich 29 Prozent. Schließlich sind doch aber die Krankenkassen gegründet worden, um in erster Linie den Kranken zu helfen! —

Die Erweiterung der Tripel-Entente?

Die Zeitungen, die sich gegenseitig als Repräsentanten der öffentlichen Meinung Europas zitieren, beschäftigen sich immer noch mit dem „Resultat" der Reise Poincarés nach Madrid. Wir haben bereits dargelegt, warum wir eine politische Entente zwischen Spanien und Frankreich, die internationale Konsequenzen haben könnte, für unwahrscheinlich, ja für unmöglich halten. An diesen Tatsachen hat sich nichts geändert und wird sich so bald nichts ändern. Gewiß haben Frankreich und Spanien mit England als Dritten im Bunde, oder vielmehr unter Englands Führung, 1904 und 1907 Gegenseitigkeitsverträge über die nordafrikanischen Besitzungen und Einflußzonen abgeschlossen. Der Vertrag von 1904 verhinderte einen Konflikt. Spanien und Frankreich hatten beide Eroberungsgelüste auf Marokko. England hatte dort den stärksten Handel und zugleich das wesentliche Interesse an Tanger, von dessen Besitz die Beherrschung der Meerenge von Gibraltar abhängt. England brachte also ein Einvernehmen zwischen Frankreich und Spanien über den beiderseitigen Anteil bei einer eventuellen Teilung Marokkos zustande, unter der Voraussetzung, daß das vielumstrittene Tanger neutral bleibe. Unter dieser Voraussetzung, die ihm die unbestrittene Beherrschung der Meerenge von Gibraltar sicherte, verzichtete England großmütig auf seine Ansprüche auf Marokko.

Die deutsche Diplomatie war damit nicht zufrieden. Sie drückte das durch die Landung des deutschen Kaisers in Tanger aus und appellierte an die europäische Diplomatie. Es ist bekannt, daß die deutsche Diplomatie ihren Prozeß in Algeciras verlor. Der französisch-spanische Vertrag von 1907 zog die praktischen Konsequenzen daraus. Die deutsche Diplomatie schien sich damit abzufinden, was aus dem deutsch-französischen Uebereinkommen von 1909 hervorzugehen schien. 1911 kam dann die brüske Schwenkung mit der Entsendung des deutschen Kanonenboots nach Agadir. Die Gebietsabtretung am Kongo war die Ursache des spanisch-französischen Vertrags von 1912. Frankreich wollte von Spanien für diese Gebietsabtretung durch eine andre in Marokko entschädigt sein. Die Spanier wehrten sich natürlich nach Leibeskräften. Was ging das sie an, wenn Frankreich nachgiebig oder dumm genug war, an Deutschland ein Stück Land abzutreten, damit dieses nochmals auf Ansprüche in Marokko verzichte, auf die es schon einmal verzichtet hatte, nachdem seine Ansprüche von den gesamten Mächten abgewiesen waren? Schließlich schindete Frankreich aber doch eine erhebliche „Grenzberichtigung" heraus. Natürlich war man in Madrid nicht sehr gut auf Frankreich zu sprechen, und wenn die spanischen Konquistadore gekonnt hätten, würden sie eher mit Frankreich Krieg geführt haben, als dessen Ansprüche anzuerkennen.

Die marokkanische Eroberung kostet die Spanier weit mehr Geld, als sie dafür aufbringen können, und dabei kommt sie nicht vom Flecke. Das spanische Volk ist es müde, die ungeheuern Opfer an Gut und Blut zu bringen. Der spanische König, dessen Krone durch die erste Revolte gegen den marokkanischen Feldzug ernstlich bedroht war, will eine zweite Revolution vermeiden. Er stellt sich also mit den Franzosen gut, läßt den General Lyautey nach Madrid kommen und fragt ihn über seine Kolonisierungsmethode aus, die immerhin bessere Resultate zeitigt als die spanische Säbelrasselpolitik. Und da die spanischen und die französischen Eroberer sich gegenseitig Schwierigkeiten machten, indem sie die Marokkaner, die dem Nachbar Ungelegenheiten bereiteten, freundlich aufnehmen, soll über ein besseres Zusammenarbeiten eine Verständigung stattfinden. Schließlich soll der französisch-spanische Handelsvertrag, über den sich die spanischen Agrarier beklagen, einer Umarbeitung unterzogen werden, womit die spanischen Weinbauern unzufrieden sind. Von einer Bündnispolitik kann daher keine Rede sein. Marokko ist aufgeteilt, und sonst gibt es in Nordafrika kein Gebiet mehr, das „herrenlos" wäre. Weiter kann aber der Ehrgeiz Spaniens nicht gehen. Eine gegenseitige materielle Hilfeleistung bei der Eroberung Marokkos ist ausgeschlossen. Erstens weil die Spanier den Franzosen nicht trauen, und zweitens, weil die Franzosen sich bedanken würden, für die Spanier die gebratenen Kastanien aus dem Feuer zu holen. Eine andre Gefahr als die innere marokkanische ist aber nicht zu überwinden. Spanien, als Schützling Englands, ist irgendwelchen Angriffsgefahren nicht ausgesetzt. Es hat also gar kein Interesse an einer europäischen Bündnispolitik, die ihm nur Opfer auferlegen würde. Deshalb spricht das Communiqué, das die beiderseitigen Minister veröffentlichten, ausdrücklich von der Politik, die sich „nach den Prinzipien der Abkommen von 1904, 1907 und 1912 entwickelte", das heißt nach den Verträgen, die ausschließlich Marokko und seine Aufteilung betreffen. Von einer politischen Erweiterung der Tripel-Entente durch den Zutritt Spaniens ist also keine Rede, kann keine Rede sein.

Fr.

Notizen.

Der Jesuitenantrag im Bundesrat. Der „Berliner Anzeiger" meldet: Der Bundesrat dürfte sich noch vor dem Wiederzusammentritt des Reichstags mit dem Jesuitenantrag beschäftigen. Es ist in der Sache eine kleine Verzögerung dadurch eingetreten, daß der mit der Berichterstattung über diesen Antrag betraute hanseatische Bundesratsbevollmächtigte und Gesandte Dr. Klügmann inzwischen aus dem Amt ausgeschieden und diese Aufgabe auf seinen Nachfolger, Dr. Sieveking, übergegangen ist. Dieser beherrscht übrigens als langjähriger Vertreter Elsaß-Lothringens beim Bundesrat die Materie vollständig. —

Brandt klagt. Der zur Disposition gestellte Bureauvorsteher der Essener Firma Krupp, Maximilian Brandt, hat durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Löwenstein, gegen den früheren Berliner Generalvertreter der Firma Krupp, v. Metzen, wegen verleumderischer Beleidigung Strafantrag gestellt. Die Beleidigung soll enthalten sein in einem vor einigen Tagen im „Vorwärts" veröffentlichten Interview über den bevorstehenden Krupp-Prozeß. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 20. Oktober. 1913.

Unverfrornes von der Arbeiterjugend.

Am Sonnabend kam zur Arbeiterjugend eine liebe Bekannte zu Besuch: die Polizei. Lange hat die alte Freundin der Jugend nichts davon merken lassen, daß sie immer noch treu und beharrlich wacht, damit sich der jungen Arbeiterschaft nicht allerlei schlimme Ideen von Freiheit und Gleichberechtigung bemächtigen. Das letztemal hat sie im vergangenen Januar ihre Fürsorge gezeigt, als sie einige junge Proletarier von der Arbeit wegholte, um sie des schlimmen Verbrechens zu überführen, das Weihnachtsfest ohne Erlaubnis der hohen Freundin mit Liedern eigner Wahl gefeiert zu haben. Das ist schon lange her.

Die Arbeiterjugend glaubte schon, die Polizei wollte gar nichts mehr von ihr wissen, sei stolz geworden, weil sie nun ein neues Haus habe. Zum Glück ist das nicht der Fall. Sie kam wieder, kam in Wehr und Waffen, wie es sich ja auch gehört, wenn die Jugend etwas so Großes vollführt. Sie hatte nichts Geringeres unternommen als — eine Zusammenkunft. Man denke, die junge Gesellschaft wollte sich die unerhörte Freiheit oder Frechheit herausnehmen und sich in einem Saale zusammensetzen. Der Akt mußte, wenn es möglich war, verhindert oder doch wenigstens notiert werden. Dem Jugendobmann genügte diese Schlechtigkeit der Jugend nicht einmal, er enthüllte schonungslos in einer stundenlangen Rede alle weitern Verbrechen, die von ihr teils schon ausgeführt waren, teils noch ausgeführt werden sollten. Durch die Rede zog sich wie ein roter (!) Faden die Frage: „Was ist erlaubt?" Ungeheuer viel ist der Arbeiterjugend erlaubt. Außer solchen Zusammenkünften darf sie im Wald, im freien deutschen Wald, Atem holen, Wasser trinken und noch andres mehr. Einige Zuhörer dachten daran, daß die „nationale Jugend" in Vereinen ausgesprochene politische Reden anhören, nächtlicherweile mit Trommelklang und Singsang durch die Straßen der Stadt ziehen und sonst noch Heldentaten mit Schießzeug und Beilen ausführen darf. Aber diese Vergleiche zwischen den Rechten der Arbeiterjugend und den Jungdeutschlandjünglingen wurden selbstverständlich nur von Nörglern angestellt. Die meisten Zuhörer hörten ergriffen zu, denn schließlich wurde die Rede indirekt ein Lobgesang auf deutsche Freiheit und deutsches Recht in modernster Polizeivollendung. Sie lauschten, der Bleistift des Beamten kratzte geschäftig über das Aktenpapier.

Ein Jugendlicher trat hernach an den Redner mit dem Vorschlag heran, man möchte doch zum effektvollen und sinnvollen Abschluß „Deutschland, Deutschland über alles" singen. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt, da man nicht wissen konnte, ob das erlaubt war und ob nicht in dem Absingen des Liedes eine für die Arbeiterjugend verbotene Lungentätigkeit und nebenbei eine politische Demonstration gesehen wurde.

Man schied dann in angemessener Herzlichkeit. Der Jugendobmann sah die Uniformen sehr ungern scheiden, die für die übrigens sehr mäßig besuchte Zusammenkunft äußerst dekorativ wirkten. In nächster Zeit soll eine Versammlung für die Jugend einberufen werden, dazu wird die Polizei hoffentlich mindestens ein Dutzend Beamte schicken. Soviel ist die Sache schon wert. Die hiesige Jugendleitung würde dadurch auch in dankbarer Weise unterstützt in ihrem Bestreben, besonders eine große Untugend der Magdeburger Arbeiterjugend auszutreiben: den unglaublich großen Respekt vor der Polizei. Der ist schon beinahe gemeingefährlich. Sie betrachten jeden Polizisten als einen Halbgott. Wenn die Polizei nun öfter zur Jugend kommt, wird das Verhältnis recht bald schöner. Die Jugend wird sich an die Polizei gewöhnen und auch die heitere Seite dieser Einrichtung kennen lernen. Das kann jedem Menschenfreund nur erwünscht sein. —

— **Der gehörnte Siegfried** und **Siegfrieds Tod** von Friedrich Hebbel kommt am Sonntag nachmittag im Stadttheater zur Aufführung. Karten sind bis Freitag nachmittag 4 Uhr in der Buchhandlung Volksstimme und im Arbeitersekretariat zu haben. —

— **Lichtbilder-Vortrag.** Dr. Max Poensgen-Alberty wird heute abend im „Luisenpark" an Hand von Lichtbildern die Hauptstile der bildenden Kunst erläutern. Eintrittskarten — für Arbeitslose frei — sind noch an der Kasse zu haben. —

— **Eine Stadtverordneten-Sitzung** findet in dieser Woche nicht statt. —

— **„Kellnerstreik in Magdeburg."** Unter dieser Ueberschrift bringt die Magdeburger „Wirte-Zeitung" in ihrer Nr. 42 einen Artikel, in welchem der Verfasser bittere Klage darüber führt, daß die Kellner in Magdeburg dem Beispiel ihrer Berliner Kollegen folgen, sich aufraffen und an die Unternehmer Forderungen stellen. Die „Wirte-Zeitung" behauptet sogar, daß die in Frage kommenden Kellner — es handelt sich um einen Vorfall im Café Peters — „einer bestimmten politischen Partei angehören". Zur Beruhigung der „Wirte-Zeitung" wollen wir, so wird uns vom Verband der Gastwirtsgehilfen geschrieben, mitteilen, daß wir es lebhaft bedauern, daß jene Kellner leider nicht zu der gemeinten „politischen Partei" zählen; denn von 18 Angestellten sind nur zwei Mann organisiert, und das sind Leute, die jeden wilden Streik aufs entschiedenste verwerfen. Also mit der „politischen Richtung" hat der Verfasser daneben gehauen.

Zur Sache selbst ist zu bemerken, daß sich die Kellner am Sonntag den 12. Oktober gegen eine plötzliche Entlassung schützen wollten. Bekannt geworden war nämlich, daß eine ganze Reihe der Angestellten plötzlich entlassen werden sollte. Daß sich nun die Kellner für ihre Forderung eine Zeit wählten, bei der sie annehmen konnten, Erfolg zu haben, kann man ihnen doch kaum übelnehmen. Hätten die Angestellten etwa bis Montag gewartet, so wären sie alle entlassen worden. Die Kellner müssen sich ebenso den günstigsten Moment aussuchen wie die Angehörigen andrer Berufe; alle Welt würde lachen, wenn etwa die Schneeschipper im Sommer Forderungen stellen und mit Streik drohen würden. Die Kellner sind es nachgerade auch satt, sich von den Unternehmern die überaus schlechte Bezahlung länger gefallen zu lassen; die Kellner im Café Peters müssen sogar ohne Gehalt arbeiten. Weshalb also das Geschrei und die persönlichen Anremplungen der „Wirte-Zeitung"? Es wird auch für Magdeburg die Zeit kommen, wo sich die Herren Wirte dazu bequemen müssen, dem Kellner einen Lohn, und sei er noch so bescheiden, zu zahlen. Sollte sich die nächste Wirte-Versammlung etwa mit der Lohnfrage beschäftigen und vielleicht auch das Kündigungsverhältnis regeln wollen, so wäre das den Kellnern sehr angenehm, andernfalls wird sich der Verband der Gastwirtsgehilfen bemühen, die Sache bei passender Gelegenheit ins Rollen zu bringen. Sollten aber die Wirte, der Anregung der „Wirte-Zeitung" folgend, junge Mädchen statt Kellner einstellen, so empfehlen wir ihnen, sich solche aus München zu holen; dort sind sie nämlich vorzüglich organisiert, und sie werden sich auf keinen Fall eine Behandlung, wie sie hier am Orte üblich ist, gefallen lassen. —

— **Ortskrankenkassenwahl.** Am Sonntag den 19. Oktober fand die Wahl der Ausschußmitglieder für die Ortskrankenkasse zu Neustadt statt. Abgegeben wurden 2442 Stimmen, die Wahlbeteiligung war eine äußerst lebhafte, auch bei den weiblichen Kassenmitgliedern (sie betrug etwa 40 Prozent); bei den letzteren konnte man oftmals Freude und Genugtuung konstatieren, gleichberechtigt mit den Männern wählen zu können. Es waren zwei Vorschlagslisten eingereicht. Die Auszählung der Stimmen wird am Dienstag abend stattfinden; entsprechend den für die einzelne Liste abgegebenen Stimmen werden die Sitze im Ausschuß verteilt werden. —

— **Die Magdeburger Naturheilvereine** veranstalteten kürzlich in Freddrichs Konzert- und Ballhaus einen Vortragsabend. Herr Dr. Winsch sprach über das Thema „Warum gibt es zweierlei Geschlechter?" Redner erläuterte die geschlechtliche und ungeschlechtliche Fortpflanzung im Pflanzenreich. Sodann ging er zum Tierreich über; auch da sei eine ungeschlechtliche Fortpflanzung teilweise vorhanden. Auch bei den Menschen hat man derartige Gebilde in vielen Fällen wahrgenommen. Doch zur vollkommener Entwicklung eines Lebewesens sei die innige Verbindung zweier selbständig gearteter Zellen nötig. Es sei darum verfehlt, wolle man noch heute wie früher das männliche und weibliche Geschlecht nicht gleich bewerten. In seinen Schlußbetrachtungen wies der Redner nach, daß die Gleichberechtigung der Frau anerkannt werden müsse. —

— **Für den Handel mit Blumen und Kränzen** in Ladengeschäften am Sonntag vor Allerheiligen — 26. Oktober — und am Totenfest-Sonntag — 23. November — sind als Beschäftigungszeit die Tagesstunden von 7 bis 9, 11 bis 2 und 3 bis 8 Uhr freigegeben. —

— **Die Folgen einer Bierreise.** Die Kellner Karl Ohle und Karl Bienhold kamen am 12. Mai d. J. angetrunken aus dem Café Pöhl mit der Frau Meckel in das Haus der Frau Karf, Krügerbrücke 8, und entfernten sich nach einiger Zeit wieder. Dann kehrten sie zurück und Ohle behauptete, ihm seien 8 Mark, dem Bienhold die Uhr und 50 Mark gestohlen. Als sie hinausgewiesen wurden, soll Ohle die Meckel in brutaler Weise mit der Faust in das Gesicht geschlagen und ihr Fußtritte versetzt haben, während Bienhold seinen Stock gebrauchte. Dann sollen sie gemeinschaftlich auch auf Frau Karf losgeschlagen haben, als sie sich einmischte. Ohle ließ sich von ihr unter Drohungen 8 Mark zahlen, schlug aber nach dem Empfang weiter auf sie los und forderte noch die angeblich fehlenden 50 Mark und die Uhr. Frau Meckel war derart verletzt, daß sie das Krankenhaus aufsuchen mußte. Die Uhr wurde schließlich von einem Kriminalschutzmann im Bette der Meckel gefunden und dem Bienhold zurückgegeben. Das hiesige Landgericht verurteilte am Mittwoch Ohle wegen Körperverletzung in zwei Fällen und wegen Nötigung zu 40 Mark Geldstrafe ev. 8 Tagen Gefängnis, Bienhold wegen gefährlicher Körperverletzung zu 20 Mark Geldstrafe ev. 4 Tagen Gefängnis. —

— **Zur Förderung der innern Kolonisation in der Provinz Sachsen** wurde mit dem Sitz in Magdeburg die Besiedlungs-Gesellschaft „Sachsenland" mit einstweilen 1 850 000 Mark Kapital gegründet. Der Staat ist daran einstweilen mit 500 000 Mark beteiligt; diese Summe wächst aber in dem Maße, wie die Beteiligung aus der Provinz zunehmen wird. Der Provinzialausschuß hat bereits beschlossen, dem Provinziallandtag eine Vorlage zu machen, wonach die Provinz mit zwei Millionen sich an der Gesellschaft beteiligen soll. Und auch von andrer Seite, namentlich von seiten der Kreise und Städte der Provinz wird, wie wir der „Magdeburgischen Zeitung" entnehmen, noch eine lebhafte Beteiligung erhofft, da das Stammkapital auf eine sehr viel größere Höhe gebracht werden muß, um bei den teuren Grundstückspreisen in unsrer Provinz das Besiedlungsgeschäft in nennenswertem Umfang zu betreiben. Die Leitung der Gründungsarbeit hat, wie die „Magdeb. Zeitung" weiter berichtet, bisher in Händen des Oberpräsidenten gelegen, welcher auch nebst dem Landeshauptmann und dem Präsidenten der Landwirtschaftskammer in den Aufsichtsrat der Gesellschaft eintreten wird. Einstweilen werde noch die Landgesellschaft „Eigne Scholle" in Frankfurt a. d. O. die Besiedlung der von ihr angekauften Güter Ummendorf und Oebisfelde fortführen, bis die neue Gesellschaft „Sachsenland" so kapitalkräftig sein wird, um das Geschäft selbst in die Hand zu nehmen. Deshalb habe dieselbe sich auch bei ihr noch mit einer Kapitalseinlage beteiligt. Indessen liege es im Interesse der Provinz, diese Uebergangszeit möglichst abzukürzen und zu helfen, daß die Gesellschaft bald auf eignen Füßen stehen kann und nicht mehr fremder Hilfe bedarf, um eine Aufgabe zu lösen, welche eine Lebensfrage unsrer heimischen Landwirtschaft betrifft. —

× **Gestohlen** wurden aus dem Vorkeller des Hauses Sieverstorstraße Nr. 57 ein Fahrrad; vom Hofe des Grundstücks Kaiserstraße 34 ein Fahrrad „Sachsenrad"; in der Alten Ulrichstraße ein Fahrrad „Frankonia"; vor dem Hause Kaiserstraße 98 ein Fahrrad „Göricke" (Fabriknummer 143192); aus einer Laube am Lorenzweg drei Hühner; im Wilhelm-Theater aus der Tasche eines Ueberziehers ein Opernglas; aus einem Laden in der Hohepfortestraße 165 Mark bares Geld und für etwa 40 Mark Zigaretten; von einem Garderobenständer ein Sommerüberzieher; in einer Schankwirtschaft in der Bärstraße ein Regenschirm (ein alter wertloser Schirm ist zurückgeblieben). —

× **Ermittelte Tauben- und Kaninchendiebe.** Die im Alter von 12 bis 14 Jahren stehenden Knaben Franz B., Willi K., Hermann G. und Otto H., sämtlich aus Sudenburg, sind von der Kriminalpolizei als die Diebe ermittelt, die in letzter Zeit aus einem Stall in der Halberstädter Straße ein Kaninchen, aus einem Taubenschlag, der sich in einer Gartenparzelle an der Bahrendorfer Straße befindet, drei Tauben, aus einem Stalle und zwei Lauben, die sich in einer Gartenparzelle an der Sudenburger Wuhne befinden, zu drei verschiedenen Malen zwei Riesenkaninchen, fünf und sechs Tauben und aus einer Laube am Walmbergsweg drei Tauben gestohlen haben. —

Konzerte, Theater 2c.

(Mitteilungen der Direktionen.)

* Städtische Konzerte. Das Programm zu dem am Mittwoch stattfindenden Volkskonzert des städtischen Orchesters im „Kristallpalast" bringt einen internationalen Komponisten-Abend. Der erste Teil „Frankreich und Italien" enthält die Ouvertüre „Der schwarze Domino" von Auber, „Pastorale mystique" von Massenet; dann folgen zum Gedächtnis von Giuseppe Verdi (geboren 813, gestorben 1900) die Ouvertüre zur Oper Nebukadnezar und die Traviata-Fantasie. Im zweiten Teile: „Böhmen und Rußland" kommt von Smetana „Die Moldau", von Borodino „Ostafrikanische Steppenskizze", von Glazomow „Konzertwalzer", von Tschaikowsky das „Italienische Kapriccio". Der dritte Teil „Deutschland" bringt die Ouvertüre Euryanthe von Weber, Ballettmusik aus „Rosamunde" von Schubert, „Einzug der Götter" von Wagner und „Rosen aus dem Süden" von Strauß. —

* Stadttheater. Wie bereits mitgeteilt, wird am Dienstag den 21. Oktober ein Gastspiel von außergewöhnlicher Bedeutung stattfinden. Sigrid Arnoldsen wird in „Mignon" die Titelrolle trefieren. Die schwedische Nachtigall, wie der Weltruf die hohe Kunst des Gastes personifizierend bezeichnet, ist fast Jahr für Jahr Gast an unsrer Stadttheaterbühne gewesen. Die Kritiken der Presse erschöpfen sich in Superlativen über ihre vollendete Gesangstechnik und ihre Schauspielerkunst, welche Eigenschaften sie aufs innigste zu einer großen Leistung zu verbinden verstand. Angesichts dieser Tatsachen darf diese Aufführung von „Mignon" als ein großes Ereignis in der Saison bezeichnet werden, das Gelegenheit bietet, eine große anerkannte Kunst — Sigrid Arnoldsen singt die Partie der Mignon hier zum erstenmal — zu genießen. Es dürfte sich empfehlen, sich rechtzeitig mit Einlaßkarten zu versehen, da an der Abendkasse eine Sicherheit für gute Plätze nicht mehr vorhanden sein dürfte. Die Besetzung der übrigen großen Rollen erfolgte wie bei der Erstaufführung in dieser Saison. Damen: Milli Zaichka (Philine), Herren: Adolf Jäger (Wilhelm Meister), Hans Beck (Lothario), Emil Lücke (Laertes) und Hermann Schorr (Jarno). Die Regie liegt wieder in den Händen von Oberspielleiter Robert Becker. Die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Siegfried Blumann übernommen. —

Letzte Nachrichten.

Pegouds Sturzflüge.

* Wien, 20. Oktober. Vor einer nach vielen Zehntausenden zählenden Zuschauerschaft führte am Sonnabend und Sonntag der Flieger Pegoud auf dem Flugfeld in Aspern seine berühmten Sturzflüge vor. Stürmisch begrüßt erschien Pegoud auf dem Flugfeld und ließ sich auf dem Apparat anschnallen. Nach einem kurzen Anlauf stieg er auf 600 Meter Höhe und beschrieb einige knappe Schleifen. Plötzlich neigte sich der Vorderteil des Flugzeugs; der Apparat schien abzustürzen. Im letzten Augenblick schon überschlug sich das Flugzeug völlig und Pegoud flog kopfüber abwärts dahin. Dann richtete er das Flugzeug wieder auf und überschlug sich noch dreimal. Er neigte hierauf den Apparat nach der Seite, richtete ihn wieder auf, schoß im Gleitflug nach abwärts auf der umgekehrten Tragfläche, dann auf dem Schwanze des Apparats und landete schließlich im freihändigen Fluge. Nach der Landung atmete das Publikum wie von einem schweren Drucke befreit auf und bejubelte den kühnen Flieger. Nach 4½ Uhr stieg Pegoud ein zweites Mal auf und führte wieder drei Luftsaltos vor. Das Publikum war enthusiasmiert.

---

* Berlin, 20. Oktober. Die nationalliberale Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses hat zur braunschweigischen Thronfolge durch Ernst August, den Schwiegersohn Wilhelms 2., folgende Resolution beschlossen: „Die nationalliberale Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses spricht unter Zustimmung zu den Beschlüssen der nationalliberalen Reichstagsfraktion in der braunschweigischen Frage ihr schärfstes Bedauern darüber aus, daß die preußische Staatsregierung in einer die preußischen Landesinteressen so nahe berührenden Angelegenheit, wie sie die Aufhebung der Bundesratsbeschlüsse von 1885 und 1907 darstellt, ohne jede Fühlung mit der Volksvertretung vorgegangen ist. Die Fraktion erachtet es deshalb als ihre patriotische Gewissenspflicht, ihrerseits noch in letzter Stunde ihre warnende Stimme zu erheben. Die letzten Wochen haben gezeigt, daß trotz der Verbindung zwischen den Häusern der Hohenzollern und Welfen und der sich anschließenden Ereignisse und Erklärungen die staatsgefährliche welfische Agitation fortdauert und sogar noch gestärkt worden ist. Wenn nicht jetzt ausreichende Garantien dafür geschaffen werden, daß das Haus Braunschweig-Lüneburg jeden Zusammenhang mit dieser Agitation in unzweideutiger Weise löst, so trifft die Verantwortung für die sich hieraus ergebenden Folgen ausschließlich die königliche Staatsregierung." —

Wb. Paris, 20. Oktober. Im 19. Pariser Bezirk wurde bei der Gemeinderatswahl Fianette von den geeinigten Sozialisten gewählt der als Sekretär der Chauffeurgewerkschaft in den Ausstandsbewegungen wiederholt eine führende Rolle gespielt hat. Das Mandat lag bisher in den Händen der Nationalisten. —

Wb. Paris, 20. Oktober. Charles Tellier, der Erfinder der Lebensmittelkonservierung durch künstliche Kälte, ist gestern im Alter von 83 Jahren in den dürftigsten Verhältnissen gestorben. Mehrere Industrie-Unternehmungen und Schiffahrtsgesellschaften, die aus dieser Erfindung großen Nutzen gezogen haben, hatten vor einigen Jahren für Tellier eine Ehrengabe von mehreren hunderttausend Frank gesammelt; doch war ihm diese bisher nicht überreicht worden. —

Wb. Paris, 19. Oktober. Aus St.-Jean (Neufundland) wird gemeldet: Der Bischof March wurde gestern vormittag während des Gottesdienstes in der Kirche von Karber Grace von einem gewissen Jack Hare durch einen Revolverschuß schwer verwundet. Hare, der geisteskrank sein soll, wurde festgenommen. —

*** Belgrad, 20. Okt. Der österreichisch-ungarische Geschäftsträger v. Storck hat im hiesigen Auswärtigen Amt eine Note überreicht, in welcher die Forderung ausgesprochen wird, daß die serbischen Truppen binnen acht Tagen das Gebiet des autonomen Albaniens vollständig geräumt haben müssen. Die achttägige Frist läuft am Sonnabend ab. —**

Pc. Belgrad, 20. Oktober. Die österreichische Note, die die Räumung Albaniens durch serbische Truppen binnen 8 Tagen fordert, hat hier keinen bedeutenden Eindruck gemacht. In politischen Kreisen setzt man große Hoffnungen auf eine Intervention der Tripel-Entente zugunsten Serbiens. Die militärischen Kreise und die Presse führen eine entschiedene Sprache gegen Oesterreich. Die Regierung wird aufgefordert, die serbischen Truppen nicht eher aus Albanien zurückzuziehen, als bis die serbisch-albanische Grenze endgültig reguliert ist und genügende Garantien dafür geschaffen sind, daß sich ein zweiter albanischer Aufstand gegen Serbien nicht wiederholt. —

Wb. Neuyork, 20. Oktober. Nach einem Telegramm aus Meridian (Texas) ist ein Zug, in dem sich eine Artillerie-Abteilung befand, auf der Fahrt nach Meridian infolge des Einsturzes einer Holzbrücke in die Tiefe gestürzt. 20 Soldaten wurden getötet und etwa 100 verletzt. —

* Mexiko, 20. Oktober. 74 von den 110 Abgeordneten, welche am 10. Oktober auf Befehl Huertas verhaftet worden waren, sind durch den zweiten Richter des Bundesdistrikts, der die Fälle untersucht hat, amtlich als Gefangene erklärt worden. Die Abgeordneten sind politischer Vergehen beschuldigt, nämlich der Rebellion, des Aufruhrs und der Beamtenbeleidigung. 36 Abgeordnete sind freigelassen worden. —

Wettervorhersage.

Dienstag, 21. Oktober: Ziemlich trübe, ohne nennenswerte Niederschläge. —

Aus dem Geschäftsverkehr.

H. LUBLIN

Ganz besonders billige Preise

für

Bettfedern

Sorte 0	Sorte 1	Sorte 2	Sorte 3	Sorte 4	Sorte 7	Sorte 5
Wildfedern	**Hühnerfedern**	**Füllfedern**	**Entenfedern**	**Enten-Halbdaunen**	**Weiße Rupffedern**	**Graue Entendaunen**
Pfund	Pfund	Pfund	Pfund	Pfund	Pfund	Pfund
25 Pf.	**40** Pf.	**85** Pf.	**1.20**	**1.50**	**2.10**	**2.50**

Sorte 8	Sorte 9	Sorte 11	Sorte 12	Sorte 1	Sorte 15	Sorte 16
Weiße Rupffedern vorzügliche Ware	**Weiße Rupffedern**	**Landrupffedern** weiß	**Weiße Landrupf-Gänsefedern**	**Weiße Halbdaunen** weiß sehr füllkräftig	**Weiße Daunen**	**Weiße Daunen** Prima Qualität
Pfund	Pfund	Pfund	Pfund	Pfund	Pfund	Pfund
2.50	**2.70**	**2.90**	**3.60**	**4.20**	**4.75**	**6.00**

Fertig genähte Betten

bestehend aus **1 Deckbett, 1 Unterbett, 2 Kopfkissen**

Nr. 1	Nr. 2	Nr. 3	Nr. 4	Nr. 5
aus rot/rosa gestreiftem Inlett, gefüllt mit 14 Pfund Federn	aus grau/rot gestreiftem Stout, gefüllt mit 14 Pfund Federn	aus rot/rosa gestreiftem Inlett, gefüllt mit 14 Pfund Federn	aus grau/rot gestreiftem Inlett, gefüllt mit 14½ Pfd. Federn	aus grau/rot gestreiftem Inlett, gefüllt mit 14½ Pfd. Federn
Bett **9.75**	Bett **12.50**	Bett **16.50**	Bett **22.00**	Bett **26.75**

Nr. 6 — aus rot/rosa gestreiftem bestem Inlett, gefüllt mit 14½ Pfund Federn . . . . . Bett **34.25**

Nr. 7 — aus Prima Köper-Inlett in rot und rot/rosa gestreift, mit guter Daunenfüllung . . . . . Bett **41.50**

Fertig genähte Bett-Bezüge

bestehend aus **1 Deckbett u. 2 Kopfkissen**

Bezug a. Louisianatuch	Bezug aus Bettkattun u. Satin-Couverture	Bezug aus kariertem Bettzeug	Bezug aus weißem Bettsatin	Bezug aus weißem Bettdamast
vorzügliche Qualitäten				
Garnitur 6.00 5.00 3.75 **3.25**	Garnitur 5.25 4.75 4.00 **3.00**	Garnitur 5.00 4.50 3.75 **3.25**	Garnitur 7.50 5.90 5.00 **3.75**	Garnitur 9.50 8.50 7.25 **6.25**

Weiße Dowlas-Betttücher

Prima 160×225	Prima 150×200	150×200	130×200	
Stück **2.75**	Stück **2.00**	Stück **1.65**		Stück **1.20**

Weiße Halbleinen-Betttücher

Extra Ia. 150×225	Prima 150×200	150×200	130×200	
Stück **2.75**	Stück **2.50**	Stück **2.15**		Stück **1.75**

Fertig genähte Inlette

aus grau und rosa gestreiftem Köperstout	aus rot und rosa gestreiftem Inlett	aus Prima echtfarbigem und federdichtem Inlett rot und rot/rosa gestreift
Kopfkissen . . Stück 1.20 1.10 **0.85**	**Kopfkissen** Stück 0.95 **0.75**	**Kopfkissen** . . Stück 2.50 1.90 **1.65**
Oberbett . . . Stück 4.25 3.75 **2.90**	**Oberbett** . Stück 3.10 **2.35**	**Oberbett** . . . Stück 9.00 6.75 **6.00**
Unterbett . . . Stück 4.25 3.75 **2.90**	**Unterbett** Stück 3.10 **2.35**	**Unterbett** . . . Stück 8.50 7.25 **6.50**

Extra-Angebot Bettbezug-Stoffe

	130 cm breit	80/84 cm br.
Louisianatuch bewährte Qualitäten Meter 55 50 45 40	**35**	
Bettkattun u. Satin-Couverture schöne neue Muster Meter 54 50 42	**31**	
Gewebte Bettzeuge neuste karierte Dessins Meter 57 53 44	**38**	
Louisianatuch stark- u. feinfädige Qualitäten Meter 95 87 78	**72**	55 50 45 **40**
Weiße Bettsatins schöne Streifenmuster Meter 1.18 1.05 87	**73**	73 65 57 **45**
Weiße Bettdamaste große Auswahl, neuste Dessins Meter 1.33 1.08	**97**	83 70 **60**
Laken-Dowlas 150 cm breit, kräftige Qual. Meter 1.17 93	**85**	
Laken-Dowlas 160 cm breit, kräftige Qualität Meter 1.25 1.07	**1.00**	
Laken-Halbleinen 150/160 cm br. vorzügl. Ware Meter 1.58 1.42 1.25 1.05	**97**	

Eisenbett Nr. 1 mit 8 Bordelängsstangen Größe 80×190 Stück **5.50**

Eisenbett Nr. 2 mit doppeltem Spiralfederboden und Kopfteilhöhung Größe 80×190 Stück **8.50**

Polsterbetten zusammenlegbar Größe 70×186 Stück 16.50 11.75 10.00 7.25 **6.00**

Polster-Matratzen mit Seegrasfüllung für Erwachsene Stück 9.50 **8.50** für Kinder Stück **5.25** **4.25**

! Extra-Angebot in Herren-Artikeln !

Farbige Oberhemden aus hellgemusterten Perkalstoffen, mit durchgehendem Rumpfstoff . . . . . Stück **2.45**

Farbige Oberhemden mit waschseidenen Einsätzen, in sehr aparten Dessins . . . . . Stück **2.75**

Ein Posten **weicher Serviteurs** in Ripsjersee . . . . . ½ Dutzend **2.20**

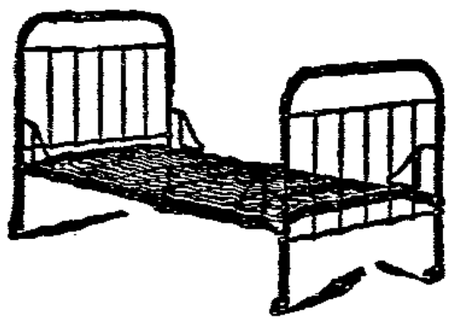
Farbige Selbstbinder breite Form, in aparten Dessins, neuste Farben . . . . . Stück 95 75 **45** ₰

Bei Einkauf eines Binders von 95 Pfg. an aufwärts erhält jeder Käufer einen Bindeapparat gratis!

Preiswertes Angebot

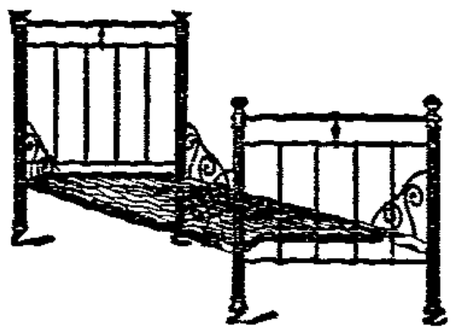
Eisen-Bettstellen

für Erwachsene und Kinder



Nr. 17 mit Patent-Matratze, Größe 80×190 . . Stück **16.50**

Nr. 12 mit Patent-Matratze, Größe 90×190 . . Stück **22.50**



Nr. 14 mit Patent-Matratze, Kopf- u. Fußende mit Messingstangen und -knöpfen, Größe 90×190 . Stück **28.50**

Nr. 16 mit Patent-Matratze, Fußbrett, schwarz oder weiß lackiert . . . . . Stück **24.50**

Nr. 18 mit Patent-Matratze, Messingstangen, schwarz oder weiß lackiert, Größe 90×190 . . . . Stück **26.50**

Nr. 10 mit Patent-Matratze, sehr elegant, 33-mm-Stahlrohr, Größe 96×196 . . . . . Stück **33.00**

Nr. 30 Größe 55×110 . . . . . Stück **7.50**

Größe 60×120 . . . . . Stück **8.50**

Nr. 32 mit Spiralfeder-Matratze Größe 65×125 . . . . . Stück **12.75**

Nr. 36 mit Spiralfeder-Matratze, Messingknöpfen, Seitenteile doppelt abschlagbar, Größe 65×125 Stück **16.75**

Größe 70×140 . . . . . Stück **18.75**

Nr. 34 mit Spiralfeder-Matratze, Seitenteile doppelt abschlagbar, Größe 60×125 . . . . . Stück **16.75**

Größe 70×140 . . . . . Stück **19.00**

Nr. 42 mit Spiralfeder-Matratze, Messingknöpfen und -Stangen, Seitenteile doppelt abschlagbar Größe 70×140 . . . . . Stück **25.50**

Nr. 44 mit Spiralfeder-Matratze, Kopf- und Fußenden mit Messingstangen und -knöpfen Größe 70×140 . . . . . Stück **28.50**

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 247. Magdeburg, Dienstag den 21. Oktober 1913. 24. Jahrgang.

Sozialdemokratischer Bezirksverband Magdeburg.

Achter Bezirkstag.

Am Sonntag den 19. Oktober tagte in Schönebeck im „Stadtpark" der achte Bezirkstag des Sozialdemokratischen Bezirksverbandes Magdeburg.

Kurz vor 10 Uhr nahm der Bezirksverbandsvorsitzende, Genosse **Fabian**, das Wort zu etwa folgenden Ausführungen:

Parteigenossen! Bevor ich den Bezirkstag eröffne, muß ich daran erinnern, daß am 13. August August Bebel von uns ging (die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen), einer der besten unsrer Parteigenossen, der bestgehaßte Mann der Kapitalistenklasse, der jahrelang für die Sache des Sozialismus im Gefängnis geschmachtet und unzählige Opfer für die Partei auf sich genommen hat. Die Nachricht von seinem Tode hat uns alle tief erschüttert, denn der verstorbene Führer der Arbeiterklasse vereinigte in seiner Person gewissermaßen die Geschichte der Sozialdemokratie. Er war uns ein Vorbild in allen Kämpfen und wird es immer bleiben. Wenn er auch von uns ging, wird doch das Ziel, das ihm vorschwebte, auch der Arbeiterklasse immerdar voranleuchten. Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen erhoben, ich danke Ihnen!

Ich eröffne nunmehr den Bezirkstag und hoffe, daß unsre Beratungen, die wichtige Angelegenheiten betreffen, im Geiste Bebels geführt werden und daß unsre Beschlüsse so ausfallen mögen, daß sie unsre Organisation allezeit schlagfertig machen.

Der Arbeiter-Sängerbund von Schönebeck brachte unter Leitung des Kapellmeisters W. Neuling sodann zur Begrüßung des Bezirkstags den prachtvoll-trotzigen Chor „Tord Foleson" zum Vortrag, der in den Worten ausklingt:

Das Banner kann stehen,
Wenn der Mann auch fällt!

Nachdem der Gesang verklungen war, macht der Vorsitzende einige geschäftliche Mitteilungen. Einem im vorigen Jahre ausgesprochenen Wunsche des Bezirkstags solle Rechnung getragen werden und der ausführliche Zeitungsbericht als Protokoll in Broschürenform herausgegeben werden. Etwaige Richtigstellungen zu dem Bericht müßten die Redner rechtzeitig dem Bezirksvorstand einsenden. Wer das versäume, begebe sich des Rechtes der späteren Beschwerde.

In das **Bureau** werden hierauf gewählt: Fabian (Magdeburg) und Ladebeck (Schönebeck) als Vorsitzende, Rosenbruch (Tangermünde), Henning (Magdeburg) und Genossin Bollmann (Halberstadt) als Beisitzer.

Nach der Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission und Festsetzung der Geschäftsordnung wird beschlossen, den zweiten und dritten Punkt der Tagesordnung vorweg zu behandeln. Die Tagesordnung lautet nunmehr wie folgt:

1. Vereinigung der Agitationsbezirke Magdeburg und Anhalt;
2. Beratung des Statutentwurfs
3. Geschäftsbericht der Preßkommission.

Vereinigung der Bezirke Magdeburg und Anhalt.

Zum ersten Tagesordnungspunkt nimmt das Wort der Bezirkssekretär, Genosse

Beims: Ich will mich auf das Allernotwendigste beschränken. Und zwar will ich zunächst einen kurzen Bericht über die Vereinigungsverhandlungen mit Anhalt geben. Sie wissen alle, daß der Parteitag von 1905 bei Schaffung einer neuen Organisation uns ein neues Glied in ihrer Kette gegeben hat, nämlich die Bezirksverbände, die bis dahin nicht bekannt waren. Man sagte sich, daß diese die Verhältnisse im Lande besser übersehen könnten, als der Parteivorstand in Berlin. Dazu kam, daß man die starken Parteiorganisationen mit schwächern zusammenlegen mußte, wenn man die letztern bei der Agitation nicht vernachlässigen wollte. So ist eine ganze Reihe größerer Bezirke geschaffen worden, und auch für den Regierungsbezirk Magdeburg haben wir die acht Kreise zu einem leistungsfähigen Bezirk zusammengelegt. Daneben sind aber allerhand kleine Bezirke bestehen geblieben, so die thüringischen Länder und auch unser benachbartes Anhalt. Der Parteivorstand und der Parteiausschuß legen Wert auf die Zusammenlegung dieser kleinen mit größern Bezirken. Auch der Chemnitzer Parteitag hat sich in diesem Sinn ausgesprochen. So sind die thüringischen Bezirke jetzt zu einem Groß-Thüringen zusammengelegt, und da Anhalt nahegelegt worden ist, ebenfalls auf Vereinigung mit einem Nachbarbezirk zu sinnen, so hat es den Anschluß an Magdeburg gewählt. Es haben ausführliche und umfangreiche Beratungen stattgefunden, und ich hoffe, Ihnen noch nachweisen zu können, daß dem Magdeburger Bezirk die beiden anhaltischen Kreise einen wertvollen Zuwachs bedeuten und daß in organisatorischer Beziehung auch unsre anhaltischen Freunde durch den Zusammenschluß manchen Vorteil haben werden. Ich bitte Sie, prinzipiell dem Zusammenschluß zuzustimmen.

Es folgt die Diskussion.

Haupt: Wenn an und für sich der Zusammenschluß der Wahlkreise größerer Bezirke wünschenswert ist, so glaube ich aber doch, daß hier über den Zusammenschluß neben den Beratungen des Bezirksausschusses auch die der weitesten Kreise der Parteigenossen nötig wäre. Anzuerkennen ist daß die Verwaltung für den Parteivorstand einfacher wird. Wenn aber gesagt wird, daß durch die größern Verbände die Agitation in den schwächern Wahlkreisen gefördert werden soll, so muß dagegen eingewendet werden, daß die Unterstützung der schwachen Kreise Sache des Parteivorstandes in Berlin ist. Es müßte doch erwogen werden, ob Anhalt, das für seine beiden Wahlkreise zwei Kreissekretariate unterhält, nicht besser seine Angelegenheiten regeln könnte, wenn es nicht mit dem preußischen Regierungsbezirk Magdeburg zusammengelegt würde. Wir können nur alle 2 Jahre zusammenkommen, haben also seltener Gelegenheit, über wichtige Fragen zu verhandeln. Das muß zu organisatorischen Unzuträglichkeiten führen. Ich stelle nun die Frage an den Vertreter des Parteivorstandes, ob die Verschmelzung wirklich als unumgänglich nötig erachtet wird im Interesse der Parteiorganisation und ob für die Partei ein großer Schaden befürchtet wird, wenn die Zusammenlegung nicht erfolgt.

Braun (Parteivorstand): Ich habe nicht die Absicht, die letzte Anfrage des Vorredners zu beantworten. Wenn durch den Nichtzusammenschluß Gefahren entständen, müßten solche schon jetzt ständig zu verzeichnen sein. Dies ist aber nicht der Fall. Der Zusammenschluß der Wahlkreise zu größern Bezirken ist eine Folge der Beschlüsse des Chemnitzer Parteitags. Durch den Zusammenschluß soll die Arbeit der Parteiorganisationen gefördert werden. Gewiß, Anhalt könnte allein bleiben, ebenso wie z. B. Gotha oder Koburg. Aber solche Zwergbezirke entsprechen doch nicht der Bedeutung der Partei. Organisatorische Schwierigkeiten infolge der verschiedenartigen Landesgesetzgebung sind durchaus nicht zu befürchten. Redner ersucht im Interesse der Gesamtpartei, dem Anschluß Anhalts mit dem Magdeburger Bezirksverband zuzustimmen.

Beims (Schlußwort): Genosse Haupt hat einen erheblichen Teil seiner Ausführungen der Kritik an der Tätigkeit des Bezirksvorstandes und des Sekretärs gewidmet. Doch gehört das jetzt nicht zur Tagesordnung und muß am Nachmittag wiederholt werden, wenn mein Jahresbericht erstattet wird. Haupt stellt die Frage: Ist die Vereinigung unbedingt notwendig? Diese Frage ist falsch gestellt. Sie muß heißen: Gewinnen wir durch die Vereinigung größere Schlagkraft? Und diese Frage muß unbedingt bejaht werden. Denn wenn wir zwei Kreise mit zusammen mit mehr als 10 000 Mitgliedern hinzubekommen, so darf als selbstverständlich vorausgesagt werden, daß wir dabei nur gewinnen können. Meine Geschäftsanweisung sagt über meine Pflichten ganz etwas andres, als was Haupt voraussetzt. Ich soll nicht nur in den Kreisen ohne Sekretariate arbeiten, sondern die Agitations- und Organisationsarbeit im ganzen Bezirk leiten. Das muß ich tun, auch wenn Haupt bedauerlicherweise oft nicht damit einverstanden ist. Im Grunde hat Haupt kein Wort gegen die Verschmelzung gesagt. Und die Tatsache, daß wir etwa 3000 bis 4000 Mark mehr Beiträge in die Bezirkskasse bekommen, ist doch kein Anlaß, gegen die Zusammenlegung zu stimmen. Ich bitte, die Vereinigung einstimmig zu beschließen.

Es folgt die Abstimmung.

Der Bezirkstag beschließt einstimmig, der Vereinigung der beiden Bezirke Magdeburg und Anhalt grundsätzlich zuzustimmen.

Hierauf folgt die

Beratung des Statutentwurfs.

Es liegen dazu folgende Anträge vor:

1. Magdeburg-Neue Neustadt und -Süd:

   Der Bezirkstag wolle eine Kommission einsetzen, die noch einmal das Bezirksstatut durchberatet und das Ergebnis dem Bezirkstag im nächsten Jahre vorlegt.

2. Jerichow (Burg):

   Im § 2 Absatz 2 sind die Worte von „Niemand . . . bis . . . endgültig." zu streichen.

3. Burg und Magdeburg-Alte Neustadt:

   Im § 5 soll der erste Absatz folgenden Wortlaut erhalten:

   Die Beiträge der Kreisorganisationen an den Bezirksverband betragen 6 Prozent der ordentlichen Beitragseinnahmen.

4. Magdeburg-Wilhelmstadt:

   Der zweite Absatz im § 5 des Bezirksverbandsstatuts soll lauten:

   Die Kreisorganisationen erhalten das gesamte Material unentgeltlich vom Bezirksverband geliefert. Sie sind verpflichtet, nur dieses Material zu benutzen.

5. Dem § 16 Absatz 2 ist hinter dem letzten Worte „Beamten" noch hinzuzufügen: Bei Differenzen entscheidet die Preßkommission.

Zu § 17.

6. Antrag der Generalversammlung des Kreises Wolmirstedt-Neuhaldensleben:

   Das Preßkommissionsmitglied ist in den Generalversammlungen der Kreisorganisationen zu wählen.

7. Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den Kreis Wanzleben beantragt, dem § 17 nachstehende Fassung zu geben:

   Für den Magdeburger Bezirk gelten folgende Bestimmungen: Die Mitglieder der Preßkommission werden durch die einzelnen Kreisorganisationen gewählt. Auf je 2500 Abonnenten kann ein Vertreter entsandt werden. Kreisorganisationen, die keine 1000 Abonnenten vertreten, können sich mit einer benachbarten Organisation vereinigen, um gemeinschaftlich nach diesen Bestimmungen die Delegation in die Preßkommission auszuüben. Für jedes Mitglied der Preßkommission ist ein Ersatzmann zu wählen. Die Firmenträger sind vollberechtigte Mitglieder der Preßkommission.

8. Magdeburg-Wilhelmstadt:

   Die Preßkommission besteht aus 7 Mitgliedern des Wahlkreises Magdeburg, den beiden Firmenträgern und 9 Delegierten der übrigen 7 Kreise, welche der Abonnentenzahl nach auf diese anteilig verteilt werden. Mindestens ist jedoch jedem Wahlkreis ein Delegierter zu gewähren.

Die vom Vorsitzenden gestellte Unterstützungsfrage ergibt, daß die Anträge 1, 2, 3, 4 und 5 ausreichend unterstützt werden. Antrag 6 ist erledigt, da der Statutentwurf diese Bestimmung schon vorsieht. Die Anträge 7 und 8 sind zurückgezogen worden; dafür beantragt der Kreis Wanzleben:

9. Der Bezirkstag wolle dem § 17 folgende Fassung geben:

   Für den Magdeburger Bezirk gelten folgende Bestimmungen: Die Mitglieder der Preßkommission werden durch die Kreisorganisationen gewählt. Auf je 2500 Abonnenten kann ein Vertreter entsandt werden. Beträgt die Zahl der überschüssigen Abonnenten mehr als 1000, kann auch für diese ein Vertreter gewählt werden. Jedem Wahlkreis steht das Recht zu, ein Mitglied in die Preßkommission zu entsenden. Für jedes Mitglied der Preßkommission ist ein Ersatzmann zu wählen. Die Firmenträger sind vollberechtigte Mitglieder der Preßkommission.

Zur Begründung des Antrags 1 erhält das Wort

Lebbin (Magdeburg): Die Neue Neustädter Genossen haben sich veranlaßt gesehen, den Antrag auf Vertagung zu stellen, weil der Entwurf des Statuts erst am 12. September veröffentlicht wurde. Die Genossen hatten keine Gelegenheit, den Statutentwurf eingehend zu beraten. Die Kreisversammlungen konnten sich wenig oder gar nicht mit dem Statut beschäftigen, nur die Magdeburger hatten dazu Gelegenheit in ihren Bezirksversammlungen. Wenn unser Antrag angenommen würde, könnten alle interessierten Genossen an der Vorberatung teilnehmen.

Beims: Ich habe eine andre Begründung für den Antrag erwartet. Man verlangt, daß noch eine Kommission ein ganzes Jahr lang die einzelnen Bestimmungen durchberaten soll. Und zwar, weil die Landkreise noch nicht genügend haben Stellung nehmen können. Ach, Genosse Lebbin, die Landkreise werden ihre Meinung schon selbst vertreten, das sollten Sie doch lieber nicht tun. Denn die Magdeburger haben dazu um so weniger Anlaß, als sie ja ihre Beratungen in aller Ausführlichkeit gepflogen haben. Ich will Ihnen einen Ueberblick geben über die Verhandlungen, die stattgefunden haben, und Sie werden daraus erkennen, daß auch eine neue Kommission nichts ändern kann.

Am 31. Januar fand in Berlin eine Sitzung des Parteiausschusses statt, in der auch über die Zusammenlegung verschiedener Bezirke nach den Beschlüssen des Chemnitzer Parteitags gesprochen wurde. Dort nahm auch Genosse Deist aus Dessau das Wort, um über die Angliederung Anhalts zu sprechen. Er führte aus, daß die Verschmelzung mit Braunschweig nicht in Frage komme. Nur Halle oder Magdeburg könnten für Anhalt in Betracht gezogen werden. Ich war erstaunt, daß diese Frage schon angeschnitten wurde, und da bald darauf unser Bezirksausschuß tagte, habe ich ihm von den Dingen Kenntnis gegeben und den Auftrag erhalten, die Sache weiter zu verfolgen. Die anwesenden Kreisvorsitzenden erhoben nicht den geringsten Widerspruch. In einem Schreiben an den Parteivorstand fragte ich sodann an, ob die Anregung zur Verschmelzung ernsthaft gemeint sei. Der Parteivorstand antwortete, daß seine Anregung selbstverständlich durchaus ernst gemeint sei, und er beauftrage uns, mit Anhalt in Verhandlungen einzutreten. Auf Anfrage in Anhalt teilte man uns mit, daß wir ja mal zusammenkommen könnten. Dann fand am 11. Februar eine Sitzung des Landesvorstandes in Dessau statt, und Genosse Fabian und ich nahmen daran teil. Diese Verhandlungen bezogen sich selbstverständlich nur auf die allgemeinen Umrisse. Wir stellten selbstverständlich die erste und grundlegende Bedingung: Im Falle der Verschmelzung müssen die Genossen in Anhalt auch den Wochenbeitrag von 10 bzw. 5 Pfennig einführen. Denn es geht nicht, daß wir im einheitlichen Bezirk verschiedene Beitragssätze haben. Ferner müssen auch die Anhalter das gemeinsame Verwaltungsmaterial einführen. Auch haben wir keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Anhalter auch unsre Bezirksbeiträge abzuführen haben. Und das wird für sie Geld kosten. Die Anhalter verlangten zunächst Auskunft über den Stand unsrer Verhältnisse. Wir haben sie eingeladen, sich in Magdeburg alles anzusehen. Mehrere Mitglieder des Anhalter Landesvorstandes sind bei uns gewesen und haben sich über alle organisatorischen und andern Verhältnisse informiert. Dann haben die Anhalter wieder unter sich beraten, und im Mai schreibt uns Genosse Deist, daß der Bezirk Anhalt an weitern Verhandlungen kein Interesse mehr habe. Es könne von einer vollkommenen Verschmelzung seine Rede sein, da die Verhältnisse in den Ländern gar zu verschiedene seien.

Ich schrieb dann an den Parteivorstand, daß die Anhalter abgelehnt hätten und daß sie wahrscheinlich der Meinung seien, daß sie ihre Beiträge besser in Anhalt behielten. Unsre Aufgabe betrachteten wir als erledigt. Am 9. Juni tagte wieder der Parteiausschuß. Dort hielt Günther (Bernburg) eine fulminante Rede gegen die Verschmelzung. (Günther ruft: Du übertreibst ja!) Durchaus nicht. Es war jedenfalls eine gute Begründung der Ablehnung. Der Parteiausschuß beschloß aber nach den Darlegungen Brauns einstimmig — Günther enthielt sich — die Verschmelzung solle doch erfolgen. Darauf habe ich dann mit einigen sofort erreichbaren Anhalter Genossen gesprochen und die Frage gestellt: Sollen wir uns die Verschmelzung vom Parteitag aufzwingen lassen oder wollen wir nicht doch lieber die Sache auf Grund von eignen Verhandlungen regeln? Die Genossen stimmten meinen Darlegungen zu, und so begannen neue Verhandlungen. Am 13. Juni hat unser Bezirksvorstand aufs neue beschlossen, mit den Anhaltern in Verbindung zu treten. Es entspann sich nun eine sehr ausführliche Korrespondenz, die ich nicht im einzelnen zu verlesen brauche und auch nicht kann, weil es zu zeitraubend wäre. Wir haben auch wieder Anfang August mit dem Anhalter Landesvorstand gemeinsam getagt, und dort wurden Günther und ich beauftragt, einen ersten Statutentwurf auszuarbeiten. Wir haben das getan und diesen Entwurf den beiden Bezirksvorständen unterbreitet. Die Anhalter erhoben wieder Einwendungen. Sie wollten mehr die Selbständigkeit ihres Bezirks gewahrt wissen. Es ging nicht an, eine selbständige Organisation zu lassen. Es wurde aber von uns zugestanden, daß ein anhaltischer Landesausschuß bestehen bleibt, der jedoch nur das Recht haben soll, die dortige Landeskonferenz einzuberufen, die Vorarbeiten zu Gemeinde- und Landtagswahlen vorzubereiten und ähnliche reine Landesangelegenheiten zu erledigen. Danach haben wieder Verhandlungen stattgefunden, und schließlich ist der Statutentwurf dem Bezirksausschuß und den Kreisvorständen zur Beratung mitgeteilt worden. In jedem Stadium der Verhandlungen haben wir die Kreisleitungen auf dem laufenden erhalten. Die Mitgliedschaften haben auch Gelegenheit gehabt, das Statut ausführlich zu besprechen, denn es ist bereits in der Parteitagswoche veröffentlicht worden. Eine neue Kommission wird diese umfangreichen Verhandlungen nicht noch einmal führen können. Die Vertagung kann lediglich den Erfolg haben, daß die Anhalter sagen: Die Magdeburger wollen keine Verschmelzung, also reisen wir nach Hause. Ich bitte Sie deshalb, den Vertagungsantrag abzulehnen.

Ludwig (Olvenstedt): Als ich den Antrag, den Genosse Lebbin begründet hat, in der „Volksstimme" las, war ich sehr erstaunt. Wir haben uns im Kreise Wolmirstedt-Neuhaldensleben sehr eingehend mit dem vorliegenden Statut befaßt. Wohl haben wir einiges bemängelt, aber zur Verwerfung des Statuts sind wir nicht gekommen. Welchen Effekt würde es denn haben, wenn heute der Antrag Magdeburg auf Einsetzung einer Kommission angenommen würde? Dann würden die anhaltischen Genossen von der notwendigen Vereinigung Abstand nehmen und dann würde schließlich ein Parteitag den Anschluß beschließen. Redner bittet, den Antrag zurückzuziehen oder, wenn das nicht geschehe, ihn abzulehnen.

Haupt: Ich will nicht, wie es Genosse Beims Genossen Lebbin gegenüber getan hat, auch Genossen Beims vorhalten, er solle sich nur um seine Angelegenheiten kümmern. Wichtige Parteifragen müssen von allen Instanzen der Partei beraten werden. Das haben wir immer so gehalten, das muß auch hier geschehen. Das Volk hat hier nicht Stellung nehmen können. Wir haben in Jerichow 18 Zahlstellen, aber nur in neun Orten Parteilokale. Unsern Genossen war es gar nicht möglich, Stellung zu nehmen. Die gewiesene Stelle zur Vorberatung ist die Kreisgeneralversammlung. Auszusetzen an dem Bezirksstatut ist, daß es nicht nur die Verpflichtungen der vereinigten Organisationen, sondern auch die der einzelnen Parteigenossen festlegt. Das ist organisatorisch ganz unangängig. Weil wir nicht unterrichtet waren, daß vom diesjährigen Bezirksparteitag solch wichtige Fragen verhandelt werden sollten, haben wir in Jerichow unser Delegationsrecht nicht ausgenutzt, ein Beweis, daß die Genossen nicht rechtzeitig von dem Entwurf Kenntnis hatten. Redner beantragt, über den Vertagungsantrag Magdeburg-Neustadt namentlich abzustimmen.

Zur Geschäftsordnung beantragt **Koch** (Wanzleben) Uebergang zur Tagesordnung und Eintritt in die Spezialberatung des Statuts.

Haupt hält den Antrag für unzulässig. Es könne nur ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt werden.

Koch stellt hierauf den Antrag auf Schluß der Debatte.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrags.

Der Antrag Haupt auf namentliche Abstimmung wird hierauf nach kurzer Debatte mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Abstimmung über den Antrag 1 auf Einsetzung einer Kommission, die im nächsten Jahre Bericht erstatten soll, ergibt die Ablehnung des Antrags mit erheblicher Mehrheit.

Nach einer kurzen persönlichen Bemerkung von Lebbin (Magdeburg) wird von Schumann (Magdeburg) der

Bericht der Mandatsprüfungskommission

erstattet: Es sind vertreten: der 1. Kreis durch 2 Delegierte, 2. Kreis 2, 3. Kreis 11, 4. Kreis 23, darunter 3 Genossinnen, 5. Kreis 6, darunter 1 Genossin, 6. Kreis 9, darunter 1 Genossin, 7. Kreis 12, darunter 1 Genossin, 8. Kreis 9, darunter 1 Genossin, ferner die acht Kreisvorsitzenden, die sechs Bezirksvorstandsmitglieder, fünf Reichstagsabgeordnete und zwei Kandidaten, vier Kreisparteisekretäre, als Vertreter des Parteivorstandes Genosse Braun (Berlin), als Vertreter der Redaktion der „Volksstimme" Genosse Bader (Magdeburg), als Vertreter der Preßkommission Genosse Brandes (Magdeburg). Das Vorortkartell der Gewerkschaften hat die Gen. Undeutsch und Brundert als Vertreter entsandt. Die Mandatsprüfungskommission beantragt, sämtliche Mandate für gültig zu erklären. Die Magdeburger Frauen haben einen Protest eingereicht, daß sie bei der Verteilung der Mandate nicht genügend berücksichtigt worden seien. Die Kommission wünscht, daß die weiblichen Mitglieder dort, wo sie Anspruch darauf erheben, entsprechend ihrer Stärke bei der Delegation berücksichtigt werden.

Der Bezirkstag erklärt sämtliche Mandate für gültig. Dem zum Schluß ausgesprochenen Wunsche der Kommission schließt sich der Bezirkstag an.

Hierauf folgt die

Spezialberatung des Statuts.

(Entwurf siehe Nr. 221 der „Volksstimme".)

Zu dem § 1 wird das Wort nicht gewünscht.

Gebhardt (Burg) begründet den Antrag 2 (Jerichow). Redner ist zu der Ansicht gekommen, daß die Bestimmung eine Sonderbestimmung gegen den Genossen Haupt sei. In dieser Ansicht bin ich noch bestärkt worden im Laufe der Verhandlungen. Die angefochtene Bestimmung steht in Widerspruch mit dem Organisationsstatut der Partei. Die Bestimmung kann auch den Bezirksausschuß dazu verleiten, parteiisch zu handeln. Einem Genossen, der beim Bezirksausschuß gut angeschrieben ist, wird er schließlich die Mitgliedschaft in einer andern Organisation leichter gestatten als einem mißliebigen. Daß die Bestimmung gegen Haupt gerichtet sein soll, beweist eine Aeußerung des Genossen Günther (Bernburg) im Bezirksausschuß. Der Parteitag hat wiederholt beschlossen, daß die Zugehörigkeit zu mehreren Organisationen eine Sache der örtlichen Reglung sein soll. Wir bitten Sie, die Bestimmung abzulehnen, die nur eine Person treffen soll.

Beims: Die Bestimmung ist kein Ausnahmegesetz gegen Haupt. Wir sind Sozialdemokraten, aber nur einmal und nicht zweimal. Wer kann in seiner Gewerkschaft z. B. zweimal Mitglied sein? Darin liegt doch kein Sinn. Die betreffenden Genossen werden doppelt gezählt und nachher haben wir viel weniger Mitglieder als wir gezählt haben. Warum der Kampf um diese Bestimmung? Die Ablehnung würde zu einer Verwilderung des Organisationslebens führen. Auf Anfrage hat mir der Parteivorstand mitgeteilt, daß die vorgeschlagene Fassung dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht widerspricht. Die Entscheidung in Streitfällen hat auch nicht der Bezirksvorstand, sondern der Bezirksausschuß, d. h. die Kreisvorsitzenden. Ich bitte Sie, der vorgeschlagenen Fassung zuzustimmen.

Holzapfel (Magdeburg): Ich möchte auf einige Bedenken aufmerksam machen, die durch Annahme des Antrags Jerichow entstehen können. Der Einfluß, den Haupt wünscht, hat er als Stadtverordneter und Funktionär in Magdeburg. Der § 2 ist keine Lex Haupt. Ich wohne im Kreise Wanzleben, bin aber Sekretär in Magdeburg. Aehnlich so verhält es sich mit dem Genossen Koch, der Vorsitzender des Kreises Wanzleben ist, aber in Magdeburg-Wilhelmstadt wohnt. Es liegt beim bester Willen kein Anlaß vor, daß jemand zweimal in verschiedenen politischen Organisationen organisiert ist; das führt lediglich zu Wirrnissen.

Henning (Magdeburg): Gen. Holzapfel hat schon eine Anzahl Gründe angeführt, die einen Genossen zwingen kann, in mehrerer Wahlkreisen die Mitgliedschaft zu erwerben. Der erste Satz des Absatzes 2 steht auch im Widerspruch mit der Bestimmung, daß in Streitfällen der Bezirksausschuß entscheidet. Nach dem ersten Satz entscheidet der zuständige Kreisvorstand über die Organisationszugehörigkeit, der andre Satz bringt noch die Schlichtung durch den Bezirksausschuß. Diese Bestimmung ist nur zu verstehen als Bestimmung gegen eine Person. Ich halte es darum für notwendig, daß der Antrag Jerichow angenommen wird.

Albrecht (Halle): Es ist doch ein gewagtes Stück, ein so wichtiges Statut in wenigen Stunden zu beraten. Eigentlich müßte jeder Paragraph vorher eingehend begründet werden. Der Paragraph 2 hat doch einen starken persönlichen Anstrich. Ich spreche aus, was ich denke. Da es in Magdeburg allerhand Häkeleien mit Haupt schon gegeben hat, ist es sehr natürlich anzunehmen, daß der Paragraph auf Haupt zugeschnitten ist. Bisher hat es in der Partei über die Zugehörigkeit eines Genossen in zwei Organisationen noch zu keinem Zwischenfall geführt. Eine solche Angelegenheit müßte erst einmal auf dem allgemeinen Parteitag durchberaten werden. Die Gesamtpartei bei sich zur Doppelorganisation noch nicht äußern. Bisher ist es da, wo es aus bestimmten Gründen geschah, nicht schädlich gewesen.

Brandes (Magdeburg): Ich wende mich deswegen gegen diese Bestimmungen des Statuts, weil sie die einzelnen Mitglieder in den Kreisorganisationen betreffen, während sie nur die Organisationen behandeln sollten. Da dieser Grundsatz im Statut verletzt ist, müssen die angefochtenen Sätze gestrichen werden. Ich habe das bereits gestern im Ausschuß gesagt und muß es heute wiederholen. Wenn der Bezirk sich ein Statut schafft, darf dies nur die Organisationen und nicht die Einzelmitglieder betreffen. Deshalb muß auch der folgende Satz gestrichen werden, der dahin spricht, daß das Einzelmitglied keinen Anspruch auf das Parteivermögen hat.

Bergemann (Magdeburg): Der Grundsatz, daß in dem Statut nur die Verpflichtungen der Organisationen umschrieben werden sollen, hat etwas für sich. Das Statut umschreibt aber nicht nur die Rechte und Pflichten der Organisation, sondern soll auch ein friedliches Nebeneinanderarbeiten der Organisationen möglich machen. Deshalb ist es notwendig, daß Bestimmungen geschaffen werden, die verhindern, daß ein Parteimitglied in das Parteileben eines Nachbarkreises störend eingreifen kann. Daß diese vorbeugende Maßnahme nötig ist, das zeigt mir der Eifer, mit dem man bestrebt ist, die Bestimmung aus dem Statut auszumerzen. Wenn die Bestimmung wirklich so bedeutungsvoll wäre, brauchte man nicht so eifrig auf ihre Beseitigung zu dringen. Die Organisation muß auf demokratischer Grundlage aufgebaut werden. Demokratisch ist es nicht, wenn es einigen Genossen, die wirtschaftlich in der Lage sind, sich in zwei Organisationen zu organisieren, möglich gemacht wird, in beiden Organisationen ihren Einfluß geltend zu machen, der andre Arbeiter aber nur in einem Kreise wirken kann. Die Herrschaft des leistungsfähigen Geldbeutels wollen wir nicht einführen.

Ein Schlußantrag, der von Köhrich (Oschersleben) begründet und von Haupt (Magdeburg) bekämpft wird, findet Annahme.

Der Antrag 2 (Jerichow) wird hierauf mit 43 gegen 33 Stimmen abgelehnt und damit der vorgeschlagenen Fassung zugestimmt. Der letzte Satz des Paragraphen wird als überflüssig gestrichen.

Die §§ 3 und 4 werden, werden debattelos genehmigt.

Zum § 5 begründet Fenn (Magdeburg) den Antrag 3 (Burg und Alte Neustadt): Wir können den Nutzen nicht einsehen, der in einer beträchtlichen Steigerung des Geldbestandes der Bezirkskasse liegen soll. Die Gaukassen der Gewerkschaften haben nur minimale Beiträge; wenn hier Mittel gebraucht werden, springen die Zentralkassen ein. In der Partei kann das ebenso geschehen. Ich bitte Sie, nicht 8 Prozent, sondern 6 Prozent zu beschließen.

Reimelt (Burg): Ich bin ehrlich genug, um zu sagen, daß uns die bisherigen Beiträge schon zu hoch waren. Die finanzielle Lage der Landkreise ist bedeutend ungünstiger als die der Stadtkreise, weil die Agitation, infolge der räumlichen Ausdehnung der Kreise, erheblich schwieriger ist. Wir halten die Abführung von 6 Prozent der ordentlichen Beitragseinnahmen an den Bezirksverband für reichlich ausreichend.

Beims: Genosse Faust übersieht in seinem Vergleich eins: eine Gauverwaltung in der Gewerkschaft ist keine selbständige Organisation, ihre Ausgaben deckt allerdings die Zentralkasse. Anders ist es bei uns. Wir müssen selbständig wirken und schaffen. Durch die Herabsetzung würden uns 2300 Mark jährlich entgehen. Diese Summe würde vor allem den schwachen Kreisen entzogen werden. Besonders diese Kreise müssen durch den Bezirk unterstützt werden, und sie würden durch die Annahme des Antrags Alte Neustadt geschädigt. Berücksichtigt muß werden, daß wir auch dazu kommen müssen, das Verwaltungsmaterial unentgeltlich zu liefern, wie es von Magdeburg-Wilhelmstadt beantragt ist.

Weber (Halberstadt): Ich erkläre mich für die Abführung von 8 Prozent der Beiträge. Es ist notwendig, daß die Bezirkskasse gut fundiert ist. Im Interesse der finanziell schwachen Kreise ersucht Redner um Ablehnung des Antrags, der die Herabsetzung der Beiträge von 8 auf 6 Prozent bezweckt. Bei 6 Prozent wäre es auch ganz unmöglich, das Verwaltungsmaterial unentgeltlich zu liefern, wie es der Antrag 4 (Wilhelmstadt) verlangt.

Greiner (Aschersleben): Weber hat eben das zum Ausdruck gebracht, was mir vorschwebte, als ich den Antrag Wilhelmstadt las. Wenn wir den Antrag auf 6 Prozent annehmen, wird von derselben Stelle auch der Wilhelmstädter Antrag angenommen. Dazu wird aber die Bezirkskasse nicht in der Lage sein. Der Genosse Faust hat nur vom Kassenbestande der Bezirkskasse gesprochen, nicht aber von ihren Leistungen. Das ist aber eine falsche Berechnung. Wir haben von unserm Kreis uns deshalb mit den 8 Prozent einverstanden erklärt, werden dann aber auch für den Antrag Wilhelmstadt stimmen.

Faust (Magdeburg): Trotzdem im letzten Jahr erhebliche Zuschüsse an die Kreise geleistet werden mußten, konnte der Bezirkskassierer noch 500 Mark Ueberschuß buchen. Beachtet werden muß, daß durch die Verschmelzung die Zahl der beitragleistenden Mitglieder bedeutend höher wird. Die schwachen Kreise könnten durch die Annahme unsres Antrags Summen sparen und wären in der Lage, mehr selbständig zu wirtschaften.

Mit 51 gegen 21 Stimmen wird beschlossen, acht Prozent zu erheben, womit der Antrag 3 abgelehnt ist. Der Antrag 4 auf unentgeltliche Lieferung des Materials wird angenommen.

§ 6 wird ohne Debatte gutgeheißen

Zum § 7 nimmt das Wort

Haupt: Der Bezirkssekretär, ein Vertreter der Anhalter Genossen und eine Vertreterin der Genossinnen müssen nach dem Entwurf dem Bezirksvorstand angehören. Es ist sehr fraglich, ob diese Bestimmung glücklich ist. Insbesondere wenn der angestellte Beamte auf jeden Fall im Vorstand sein soll. Es ist das mit seiner Mitgliedschaft im Parteiausschuß begründet worden. Aber diese Mitgliedschaft darf doch nicht zur lebenslänglichen gemacht werden, um so weniger, als im Parteiausschuß nicht nur verwaltungstechnische, sondern auch prinzipielle Angelegenheiten besprochen werden. Da kann es doch vorkommen, daß das Mitglied des Ausschusses sich in Widerspruch jetzt zum ganzen Bezirk. Dann wollen wir selbstverständlich ihn nicht entlassen, aber wir wollen doch die Möglichkeit haben, daß wir ihn aus dem Bezirksvorstand entfernen können. Ich stelle deshalb folgenden Antrag, der hoffentlich für sich selbst spricht:

§ 7 Absatz 1 zu streichen von der 7. Zeile an und dafür zu setzen: „Die sieben an Mitgliederzahl stärksten Organisationen stellen je ein Mitglied für den Bezirksvorstand.

Es sind ferner zwei genügend unterstützte Anträge folgenden Wortlauts eingegangen:

Zu § 7 wird beantragt: Die Geschäfte des Bezirksverbandes führt ein Vorstand, der aus sieben Personen und dem Sekretär besteht. Weber u. Gen.

Im § 7 Absatz 4 wie folgt zu ändern: Zur Prüfung der Kasse des Bezirksverbandes wählt der Bezirkstag aus seiner Mitte zwei Revisoren. Der dritte Revisor muß dem Bezirksausschuß angehören. A. Beibge u. Gen.

In der Abstimmung wird der Antrag Weber angenommen, womit der erste Teil des Antrags Haupt erledigt ist. Der zweite Teil des Antrags Haupt wird abgelehnt, desgleichen der Antrag Beibge. Dem Gesamtparagraphen wird in der durch den Antrag Weber geänderten Fassung zugestimmt.

Wittmack (Magdeburg) beantragt, zu beschließen, daß ein Mitglied der anhaltischen Organisation dem Bezirksvorstand angehören müsse. Das ist bei den Verhandlungen den Anhalter Genossen ausdrücklich zugestanden worden.

Dem Antrag wird zugestimmt.

§ 8 findet debattelos Annahme.

In § 9 wird eingefügt, daß auch je ein Vertreter der Parteigeschäfte zu den Sitzungen des Bezirksausschusses hinzugezogen werden soll.

Es folgt die Beratung des § 10. Hierzu nimmt das Wort

Haupt (Magdeburg): Die 2jährigen Perioden für die Landeskonferenzen müssen zu Bedenken Anlaß geben. Wir müssen öfter Gelegenheit haben, über unsre Einrichtungen beraten zu können, wie zum Beispiel über die Presse. Da kann es vorkommen, daß unmittelbar nach einem Bezirkstag sich schwere Differenzen ergeben, und wir müßten nach diesem Statut 2 Jahre warten, bis wir wieder einen Bezirkstag haben, der sie schlichten kann.

Beims (Magdeburg): Ich werde meinem Vorredner einige Aufklärungen geben. Der Entwurf sieht die Möglichkeit, außerordentliche Konferenzen in kürzerer Zeit als in 2 Jahren einzuberufen, vor. Die 2jährige Periode ist in der Hauptsache mit Rücksicht auf den Kostenpunkt festgesetzt worden. Möglich ist es, daß einmal ausnahmsweise in kürzerer Zeit eine Konferenz nötig wird. Das muß dann nur beantragt und vom Bezirksausschuß beschlossen werden. In der Regel werden wir aber mit 2 Jahren auskommen.

Brandes: Es muß im Statut gesagt werden, daß die Landeskonferenz — an Stelle „in der Regel" — mindestens alle 2 Jahre stattfinden solle, das geht aus dem Entwurf nicht hervor, entspricht aber nach Beims' Darlegungen den Absichten der Verfasser.

Haupt macht darauf aufmerksam, daß nach dem Statut die Sache sich so stellt, daß acht Mann dem Vorstand angehören sollen. Demnach muß die Majorität fünf Personen umfassen. So kann es kommen, daß gerade der Anhalter Delegierte über die Frage den Ausschlag gibt, ob wir eine Landeskonferenz haben sollen oder nicht. Zu einem solchen Vorrecht liegt aber kein Anlaß vor.

§ 10 wird hierauf in der vorliegenden Fassung genehmigt.

§ 1 wird ohne Widerspruch angenommen

Zu § 12 ist folgender Antrag eingelaufen:

Im § 12 Absatz 3 soll hinter den Worten: „angefangene 500 gelten für voll" gesetzt werden: „Die weiblichen Mitglieder haben anteilig ihrer Mitgliederzahl auf Vertretung auf dem Bezirksparteitag Anspruch." Frau Kosser u. Gen.

Frau Kaßner (Magdeburg) bittet, diesem Antrag der Frauen zuzustimmen. In Alte Neustadt hat man zum zweiten Male entgegen der Abmachung keine Delegierte gewählt. Die Frauen haben zweifellos ebensogut das Recht auf Vertretung wie die Männer.

Koch (Magdeburg) wendet sich gegen die Zusammensetzung des Bezirksparteitags, wie sie der § 12 vorsieht. Redner erhebt Bedenken gegen die große Zahl derjenigen, die, ohne delegiert zu sein, Stimmrecht auf dem Bezirksparteitag haben.

Beims: Die Anhalter halten besondere Landeskonferenzen ab, zu denen sie ein Delegationsrecht haben, das uns gar nicht interessiert. Für gemeinschaftliche Konferenzen gelten unsre Bestimmungen. Von den 40 Genossen, die Koch als „ungewählte" Besucher anführt, hat nur ein Teil das Stimmrecht. Der Antrag der Frauen würde auch für die weiblichen Mitglieder nicht das ihnen zustehende Recht schaffen. Ich bitte daher, von einer Annahme Abstand zu nehmen — so sympathisch er mir ist — und die Lösung dieser Frage dem Bezirksausschuß zu überlassen.

Braun (Parteivorstand): Mir scheint der Antrag der Frauen dem Organisationsstatut zu widersprechen. Die Frauen sollten als gleichberechtigte und gleichverpflichtete Genossen gelten. Ein Vorrecht ist ihnen ausdrücklich von der Partei abgelehnt worden. Zwar ist bestimmt worden, daß den Frauen in Kreisvorständen usw. nach Möglichkeit eine Vertretung eingeräumt werden muß, aber eine Pflicht, nach der Zahl der weiblichen Mitglieder die Zahl ihrer Delegierten zu bestimmen, verstößt gegen den von der Partei klar festgelegten Sinn des Organisationsstatuts.

Der Antrag der Frauen wird hierauf zurückgezogen.

Haupt (Magdeburg): Ich halte es für unmöglich, jetzt noch in den § 12 Abänderungsanträge hineinzubringen, so notwendig wie es auch sein mag. Auf dem nächsten Bezirkstag wird mancher, der heute hier anwesend ist, anders über verschiedene Bestimmungen des Statuts urteilen. Ich halte es daher für überflüssig, daß noch Anträge hierzu gestellt werden.

§ 12 wird dann in der vorliegenden Fassung genehmigt.

Die §§ 13, 14 und 15 werden gutgeheißen.

§ 16 wird genehmigt. Der dazu vorliegende Antrag 5 (Wilhelmstadt) wird als selbstverständlich abgelehnt.

Die Beratung des § 17 sowie des dazu vorliegenden nachstehenden Antrags

Die zu wählenden Preßkommissionsmitglieder dürfen weder Arbeitnehmer noch sonstige geschäftliche Interessenten des Parteigeschäfts sein. Lebbin u. Gen.

wird zunächst ausgesetzt. Die restlichen §§ 18, 19 und 20 werden genehmigt.

Hierauf wird in die Mittagspause eingetreten.

*

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender Fabian eröffnet gegen 3 Uhr die Verhandlungen. Es ist zunächst noch folgender Antrag eingelaufen:

Im § 17 sind die Worte „und den Firmenträgern" zu streichen. Reimelt (Burg).

Koch (Wanzleben) begründet den Antrag Wanzleben. Schon im Anfang des Bestehens der „Volksstimme" gehörten der Preßkommission zwei Vertreter von Wanzleben an. Als 1908 beschlossen wurde, daß jeder Landwahlkreis einen Delegierten zur Preßkommission entsenden könne, wurde gleich bemerkt, daß Salzwedel-Gardelegen auf die Entsendung eines Mitgliedes der Kreisorganisation verzichtet und die Vertretung des Kreises dem Wanzleber Kreis übertragen werde. Nun soll aber darin eine Aenderung eintreten. Die Genossen von Wanzleben wahren also nur alte Rechte, wenn sie darauf hinwirken, daß sie für ihren Kreis einen zweiten Vertreter wählen können. Nun bin ich der Meinung, daß für das Delegationsrecht nicht allein die Abonnentenzahl maßgebend zu sein braucht. Wenn aber gesagt wird, Magdeburg gebühre die starke Vertretung von sieben Mitgliedern, weil die Inserate zum weitaus größten Teil aus Magdeburg kommen und die Stadt der Zeitung eigentlich die wirtschaftliche Grundlage gebe, so muß entgegnet werden, daß ein großer Teil des Magdeburger Wirtschaftsgebiets im Kreise Wanzleben liegt. Dieser Tatsache hat man wohl auch früher Rechnung tragen wollen, als man Wanzleben zwei Vertreter zugestand.

Lebbin (Magdeburg): Wir in der Neustadt stellen den Antrag: Die Mitglieder der Preßkommission dürfen weder Arbeitnehmer noch sonst Interessenten der „Volksstimme" sein. In der Neustadt war ein recht markanter Fall vorgekommen, der uns zu der Stellung dieses Antrags berechtigt. Nachdem Redner den Fall vorgetragen hat, ersucht er um Annahme des Antrags.

Brandes: Ich möchte die Antragsteller ersuchen, den Antrag Lebbin zurückzuziehen. Wir haben bisher doch allzu schlechte Erfahrungen nicht gemacht. Die Grenze, inwieweit geschäftliche Interessen mit persönlichen kollidieren, die nicht immer leicht zu ziehen. Wenn der Antrag der Preßkommission überwiesen wird, werden wir in der Geschäftsordnung der Preßkommission darauf Bedacht nehmen, den persönlich Interessierten in einzelnen Fällen ausdrücklich das Stimmrecht abzuerkennen. (Der Antrag wird zurückgenommen.)

Wenn ich zum Antrag Wanzleben sprechen soll, so muß ich sagen, daß in der Preßkommission bisher noch keine Veranlassung vorlag, eine Aenderung in der Zusammensetzung der Kommission zu erstreben. Mit dem Begriff „Gerechtigkeit" darf man hier nicht operieren. Denn es ist doch auch keine Gerechtigkeit, wenn den verhältnismäßig wenigen Abonnenten des Wahlkreises Salzwedel ein Delegierter zugestanden wird — ich halte das für durchaus praktisch und möchte nicht, daß es geändert wird, — und den Magdeburger Genossen mit ihrem rund 70 mal so großen Abonnentenstand nur eine 5 mal so große Vertretung gewährt werden soll. Man muß doch berücksichtigen, daß die Magdeburger Genossen nur schweren Herzens vor 5 Jahren ihre Zustimmung zu der Aenderung gegeben haben, denn sie sahen, daß ihre Rechte geschmälert wurden und hegten die Befürchtung, daß mit dieser Schmälerung fortgefahren würde, sobald einmal der Anfang gemacht wäre. Wir haben ihnen damals gesagt, daß man so viel auf Treu und Glauben sich verlassen müsse, daß eine andre Zusammensetzung der Preßkommission nur eintreten werde, wenn wirklich Mißstände dazu zwingen. Solche Mißstände sind bisher in keiner Weise hervorgetreten, und deshalb bitte ich Sie, tragen Sie durch solche Beschlußfassung nicht Streit und Mißstimmung in die Reihen der Parteigenossen, was uns schwer schädigen könnte und was wir vermeiden müssen. Ich möchte empfehlen, das Stimmrecht der Firmenträger im Entwurf zu streichen. Beratende Stimmen haben sie heute schon und zur Gewährung weiterer Rechte an sie liegt kein Anlaß vor. Lassen Sie es dabei, wie es bisher war. Wir sind dabei gut gefahren und werden das auch in Zukunft tun.

Holzapfel (Magdeburg): Wenn früher die Genossen von Wanzleben und Aschersleben solche Anträge begründeten, dann beriefen sie sich immer dabei auf die Demokratie. Der Entsendung in die Preßkommission liegt eigentlich ein Pluralverfahren zugrunde. Bis jetzt kann kein Kreis auftreten und sagen, er sei benachteiligt worden, weil der Kreis einen Vertreter zuwenig in die Preßkommission gesandt hätte. Eine unnütze Verstärkung der Preßkommission erschwert nur ihre Arbeiten. Lassen Sie es also bei dem bisherigen Zustand.

Reimelt (Burg) ist gegen den Antrag 9 (Wanzleben), weil nicht allein die Zahl der Abonnenten maßgebend sein dürfe. Wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht gezogen würden, könnte Jerichow mit größerm Recht eine vermehrte Vertretung verlangen, denn Burg ist bei der Aufbringung der Inserate so stark beteiligt wie alle andern Wahlkreise ohne Magdeburg zusammengenommen. Den Firmenträgern Stimmrecht zu geben, ist unzweckmäßig. Dadurch würde Magdeburg noch zwei stimmberechtigte Vertreter mehr bekommen.

Beims (Magdeburg): Ich möchte nur zu dem Antrag Reimelt einige Worte sagen: Die Firmenträger sind für alles verantwortlich. Es ist auch nicht wahr, daß überall die Firmenträger kein Stimmrecht haben. In einer Reihe von Städten, die Redner anführt, ist es so wie es der Entwurf vorschlägt.

Wizorowski (Staßfurt): Auf dem vorjährigen Bezirkstag haben wir den Antrag von Kalbe-Aschersleben gestellt, daß auf je 3000 Abonnenten ein Delegierter zur Preßkommission entfallen soll. Wir stimmen heute erst für den Antrag Wanzleben und behalten uns für den Fall seiner Ablehnung vor, unsern eignen Antrag zu wiederholen. Der Antrag stirbt nicht, bis er sachlich erledigt ist. Für uns ist die Frage eine rein prinzipielle. In der bisherigen Zusammensetzung fehlt jedes Prinzip. Gerecht ist auch das bisherige System nicht, daß die Magdeburger auf je 1700 Abonnenten einen Vertreter haben, dagegen Kreise mit 5000 Abonnenten überhaupt nur einen. Wenn aber von der finanziellen Stärkung des Blattes geredet wird, dann muß man auch daran erinnern, daß das Blatt erst einen großen Aufschwung genommen hat, seit die Kreise Halberstadt und Aschersleben ihr eignes Blatt aufgaben und zur „Volksstimme" übertraten. Wenn Magdeburg und Wanzleben Opfer gebracht haben, so sind doch die 3000 Abonnenten, die wir damals in die Ehe brachten, auch ein ganz anständiges Opfer. Wenn Holzapfel von dem Pluralwahlrecht spricht, so muß doch gesagt werden, daß das bisherige System ein Pluralrecht zugunsten der Magdeburger darstellt. Ich richte die Bitte speziell an die Magdeburger Genossen: Stellen Sie sich doch der Entwicklung nicht in den Weg, das wirft nur ein schlechtes Licht auf Sie, nützt aber nichts. Sie haben früher gegen die Vorschläge sich gewendet, die der Preßkommission die Kompetenzen zuerkennen wollten, die sie jetzt schon längst hat. Es ist so gegangen gegen Ihren Willen. Schieben Sie auch heute nicht die Sache auf die lange Bank, sondern benutzen Sie diese Statutberatung, um die notwendige Entscheidung sofort zu treffen!

Koch (Wanzleben) tritt nochmals für den Antrag Wanzleben ein, der von den Funktionären der Kreisorganisation gestellt werde. Wenn es bisher zwischen Stadt und Land noch keine Differenzen gegeben hat, so ist nicht einzusehen, weswegen man sich gegen den Antrag, der dem Lande etwas mehr Rechte einräumt, so heftig wendet. Im Bezirksausschuß kam zum Ausdruck, daß in den Vororten Magdeburgs, die zu Wanzleben gehören, mehr Abonnenten vorhanden sind als in manchen Stadtbezirken Magdeburgs, von denen jeder einen Vertreter wählen kann.

Von den Delegierten des Kreises Kalbe-Aschersleben ist folgender Eventualantrag eingegangen:

Es wird beantragt, dem Absatz 2 und 3 des § 17 folgende Fassung zu geben:

Die Magdeburger Preßkommission besteht aus den beiden Firmenträgern und den Delegierten der acht Wahlkreise des Regierungsbezirks Magdeburg. Jeder Kreis wählt auf seiner Generalversammlung auf je 3000 Abonnenten einen Delegierten und die nötige Anzahl Stellvertreter. Ergibt sich bei der Teilung der Abonnentenzahl durch 3000 ein Ueberschuß von mehr als 1500, so ist hierfür noch ein Delegierter zu wählen. Kreise mit weniger als 3000 Abonnenten wählen einen Delegierten. Hierfür gilt diejenige Zahl von Abonnenten, die sich in jedem Wahlkreis am Schlusse jedes Geschäftsjahres nach den Feststellungen der Expedition der „Volksstimme" vorfindet. Innerhalb eines Monats nach Schluß des Geschäftsjahrs ist diese Zahl jeder Kreisparteileitung durch die Expedition mitzuteilen. Greiner u. Gen.

Landsberg (Magdeburg): Ich kann den Antrag Wanzleben nicht so tragisch nehmen wie Genosse Brandes. Eins der weisesten Worte, die ein Politiker je geäußert hat, ist das des alten Meyer (Arnswalde): „Es geht auch so!" Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Kommission bisher gut und friedlich gearbeitet hat, sie wird das aber auch in andrer Zusammensetzung tun. Denn die Genossen aller Kreise werden möglichst die besten Genossen in die Preßkommission entsenden. Die Magdeburger können den Antrag Wanzleben ja ganz leicht ausgleichen, wenn sie nur ein paar tausend neuer Abonnenten hinzugewinnen. Außerdem werde ja durch den Eintritt der beiden Magdeburger Firmenträger der Einfluß der Magdeburger wiederhergestellt. Juristisch muß ich mich entschieden gegen die Streichung des Stimmrechts der Firmenträger wenden. Die Firmenträger dürfen nicht zu Nullen gemacht werden, das könnte in Prozessen uns einmal sehr unangenehm fühlbar werden. Ich trete also für den Antrag Wanzleben, aber gegen den Antrag Reimelt ein.

Brandes (Magdeburg): Die Ausführungen Wizorowskis gingen darauf hinaus, was eintreten soll, wenn ein Landwahlkreis seine Abonnentenzahl ungewöhnlich steigert, vielleicht annähernd so viel Abonnenten bekommt wie Magdeburg, und trotzdem nur einen Vertreter erhält. Diese Bedenken sind hinfällig. Wenn ein Kreis seine Abonnentenzahl so steigern kann, werden die Verhältnisse so sein, daß die andern Kreise auch Schritt halten können. Wizorowski hat auch das Verhältnis der Zahl der Landabonnenten zu den Magdeburger Abonnenten zuungunsten Magdeburgs dargestellt. Daß Magdeburg dem Geschäft die finanzielle Grundlage gibt, kann nicht bestritten werden und muß auch bei der Festsetzung des Delegationsrechts beachtet werden. Genosse Landsberg will mit juristischen Gründen die Notwendigkeit, den Firmenträgern Stimmrecht zu geben, nachweisen. Als das erste Bezirksstatut beraten wurde, hieß es anders. Auch von Berlin erging seinerzeit der Rat, den Firmenträgern das Stimmrecht nicht zu geben.

Der Vorsitzende teilt mit, daß der zu Beginn der Verhandlungen zurückgezogene Antrag 8 (Wilhelmstadt) in folgender abgeänderter Form wieder eingebracht worden ist, der an Stelle des Absatzes 2 im § 17 des Entwurfs treten soll:

Die Preßkommission besteht aus 7 Mitgliedern des Wahlkreises Magdeburg, den beiden Firmenträgern und 9 Delegierten der übrigen 7 Kreise, wovon auf jeden Wahlkreis ein Mitglied und die verbleibenden 2 auf die Kreise außer Magdeburg verteilt werden, welche die meisten Abonnenten haben.

Ein von **Faust** (Magdeburg) begründeter und von **Haupt** (Magdeburg) bekämpfter Schlußantrag wird angenommen.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag Reimelt wird abgelehnt, ebenfalls, und zwar mit 43 gegen 35 Stimmen der Antrag Wanzleben (Antrag 9). Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wird der Eventualantrag Kalbe-Aschersleben abgelehnt. Dagegen wird der Antrag 8 (Wilhelmstadt) in der neuen Fassung mit 52 gegen 38 Stimmen angenommen.

In der Gesamtabstimmung wird mit 70 Stimmen das Gesamtstatut genehmigt.

Es folgt der

Geschäftsbericht der Preßkommission.

Brandes (Magdeburg, Berichterstatter): Nach Fertigstellung des gedruckten Berichts haben wir noch eine Vollsitzung gehabt, die einige wichtige Beschlüsse gefaßt hat. Es handelte sich zunächst um eine Beschwerde des Berichterstatters aus Burg, die die Kürzung von Berichten betraf. Wir haben beschlossen, in der ersten Sitzung der neuen Kommission den Ausbau des Provinzteils zu beraten und zu prüfen, ob und inwieweit mehr Raum für den Provinzteil zur Verfügung gestellt werden kann. Allerdings wird es an einzelnen Beschwerden auch nach einem solchen Ausbau nicht fehlen. Ferner haben wir uns mit den Romanen der Zeitung beschäftigt. Es lag eine Beschwerde von einem Genossen vor, der glaubte, daß in dem Roman „In schlechten Händen" ein fanatischer Geistlicher allzu sympathisch geschildert worden sei. Persönlich bin ich der Meinung, daß die Schilderung dieses Mannes im Roman durchaus nicht geeignet war, für ihn Sympathie zu erwecken. Die Preßkommission erkannte auch an, daß der Roman ein bedeutendes literarisches Werk sei und daß die Redaktion gut daran getan hat, ihn unsern Lesern zur Kenntnis zu bringen. Die Kommission erkannte ferner an, daß es schwierig ist, für die sozialdemokratische Presse gute Romane zu finden. Sie hält es aber für nötig, daß auch unsre Unterhaltungsliteratur zur weitern Schulung und Bildung unsrer Leser dienen soll. Dazu sind Tendenzromane nicht nötig. Man muß auf jeden Fall darauf sehen, daß unser Unterhaltungsteil nicht etwa auf den Charakter der Kientöppe herabsinkt. Redner macht sodann noch einige geschäftliche Mitteilungen und schließt mit einem warmen Appell zu fleißiger weiterer Werbearbeit für unsre Presse, die die wichtigste Vorarbeit für die spätern unausbleiblichen Kämpfe zu leisten hat.

Franz Bethge (Magdeburg): Der erfreuliche Aufschwung des Abonnentenstandes, den uns die politische Erregung der Reichstagswahl brachte, konnte bis zum Schlusse des Vorjahrs gehalten werden. Dann ging es, wie in andern Parteizeitungen, leider allmählich etwas bergab. Die zum Herbst eingeleitete Agitation hat uns den Verlust beinahe wieder eingebracht. Es ist zu erwarten, daß bei fleißiger weiterer Werbearbeit, wozu der Verlag wie in frühern Jahren, angemessene bare Unterstützungen an die Kreise bereithält, der alte Stand bald wieder erreicht sein wird. Erfreulicher ist der allgemeine Geschäftsstand. Die Einnahmen an Abonnements und Inseraten sind im Hinblick auf die gleiche Zeit des Vorjahrs gestiegen, der Umsatz in der Druckerei und Buchhandlung hat sich gehoben. Zu bedauern sei es, daß immer wieder Gewerkschaften und Arbeiter-Sport- und -Vergnügungsvereine bürgerlichen Geschäften ihre Druckaufträge erteilten. Auch der Geschäftsgewinn scheine zufriedenstellend zu werden. Im Laufe des Jahres konnten wir von in frühern Jahren aufgenommenen Darlehen 14 000 Mark abstoßen und außerdem für verschiedene maschinelle Verbesserungen unsres Betriebs 7000 Mark aufwenden. — Mit der Einführung der täglichen Unterhaltungsbeilage „Die Rast" haben wir einen guten Griff getan, fast alle Kreis-Generalversammlungen äußerten sich anerkennend. Das Versprechen, den provinziellen Teil dafür zu erweitern, sei gehalten. In den 9 Monaten des laufenden Jahres enthalte der provinzielle Teil ungefähr 9500 Zeilen mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Die Behauptungen über die Vernachlässigung der Provinz seien daher nicht stichhaltig.

Schüler (Cracau): Ich habe nur zum Bericht über die Preßkommission etwas richtigzustellen. Es handelt sich um die Entlassung des Buchbinders, bei der die Geschäftsleitung nicht richtig gehandelt hat. Für die Folge bitte ich, bei solchen Fällen vorsichtiger zu verfahren, damit Nachwirkungen für die Organisation vermieden werden.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Die Verhandlungen des Bezirkstags werden geschlossen und zu gemeinsamer Beratung treten nunmehr die Delegierten der Bezirke Magdeburg und Anhalt zusammen.

* * *

Landeskonferenz der anhaltischen Sozialdemokratie.

Schönebeck, den 19. Oktober 1913.

Da die Delegierten aus Zerbst, Bernburg und Nienburg verspätet eintreffen, wird die Konferenz anstatt um 9½ Uhr erst um 11 Uhr eröffnet.

Der Landesvorsitzende **Deist** (Dessau) führt aus, wie die anhaltische Landesorganisation durch den Parteivorstand und den Parteiausschuß zu der Verschmelzung mit dem Agitationsbezirk Magdeburg gedrängt worden ist. Der Landesvorstand habe die Ueberzeugung gewonnen, daß sich Anhalt auf die Dauer gegen die Verschmelzung mit Magdeburg mit Erfolg nicht sträuben könne. Er bitte deshalb, der Verschmelzung zuzustimmen und auch den vorliegenden Statutenentwurf, der das Ergebnis vieler Beratungen zwischen den Vorständen der anhaltischen und Magdeburger Bezirksorganisationen sei, anzunehmen.

Nachdem noch Genosse **Trautewein** (Gernrode) bemerkt hatte, daß Anhalt nach der Verschmelzung nicht nur nach Magdeburg Beiträge zu zahlen, sondern auch Vorteile in der Agitation haben werde, wurde der Verschmelzung im Prinzip gegen eine Stimme zugestimmt.

Der Antrag von Magdeburg-Neue Neustadt und -Süd, eine Kommission einzusetzen, die noch einmal das Bezirksstatut durchberatet und das Ergebnis dem Bezirkstag im nächsten Jahre vorlegt, wird einstimmig abgelehnt.

Der Antrag von Jerichow (Burg) aus dem § 2 die Worte: „Niemand kann gleichzeitig in mehreren Kreisorganisationen Mitglied sein. Verlegt ein Mitglied seinen Wohnsitz in einen andern Wahlkreis und soll die Mitgliedschaft in der bisherigen Kreisorganisation erhalten bleiben, so entscheidet in Streitfällen auf Anrufung der Bezirksausschuß über die Organisationszugehörigkeit endgültig." zu streichen, wird ebenfalls einstimmig abgelehnt. Abgelehnt wird auch der Antrag Burg und Magdeburg-Alte Neustadt, die Beiträge der Kreisorganisationen an den Bezirksverband auf 6 Prozent festzusetzen. Ein Antrag, die Beiträge auf 7 Prozent zu bemessen, wurde einstimmig angenommen. Der Antrag Magdeburg-Wilhelmstadt, den Kreisorganisationen das gesamte Material unentgeltlich zu liefern, wird einstimmig abgelehnt. Endlich wird auch der Antrag Wolmirstedt-Neuhaldensleben: „Das Preßkommissionsmitglied ist in den Generalversammlungen der Kreisorganisationen zu wählen", abgelehnt. Der Entwurf wird hierauf einstimmig angenommen.

Dann wird beschlossen, den Genossen Günther (Bernburg) zur Wahl in den Bezirksvorstand vorzuschlagen.

Der Bericht des Landesvorstandes wird wegen Mangel an Zeit von der Tagesordnung abgesetzt. Genosse Deist bleibt bis zur nächsten Landeskonferenz im Frühjahr 1914 Landesvorsitzender.

Die Nachmittagsitzung wurde mit der Diskussion über den Stand des Geschäfts des „Volksblattes" ausgefüllt. —

* * *

Erster gemeinsamer Bezirkstag.

Fabian (Magdeburg) eröffnet um 5 Uhr die Verhandlungen. Ins Bureau werden gewählt **Fabian** und **Deist** (Dessau) als Vorsitzende sowie die Genossen **Bock** (Bernburg), **Reimelt** (Burg) und die Genossin **Bauherr** (Wanzleben) als Beisitzer. Die Tagesordnung wird wie folgt festgesetzt:

1. Die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Organisationen des Regierungsbezirks Magdeburg und des Herzogtums Anhalt;
2. Beratung des Statutentwurfs;
3. Geschäftsberichte: a) des Bezirkssekretärs, b) des Kassierers und der Revisoren, c) des Jugendobmanns:
4. Wahlen;
5. Agitation.

Ueber die Vereinigung der beiden Bezirke referiert

Günther (Bernburg): Der Beschluß scheint nur noch eine Formalität zu sein. Ich glaube aber doch darauf hinweisen zu müssen, daß wir Anhalter uns nicht nur der höhern Gewalt, sondern auch der höhern Einsicht fügen. Deshalb bedaure ich auch, daß heute noch von Genossen des Magdeburger Bezirks Bedenken gegen die Verschmelzung geäußert wurden, die von Anhalter Genossen mit Freuden aufgenommen wurden, denen es nunmehr schien, als ob doch noch das Scheitern der Verschmelzung möglich sein werde. Deshalb muß man noch die letzten Bedenken hier zu zerstreuen suchen. Wir Anhalter sind gute Demokraten und fügen uns gern den Beschlüssen der Partei, und da der Parteitag von Chemnitz uns die Richtlinien gegeben hat, haben wir uns gern dem Beispiel andrer Bezirke gefügt und die Vereinigung erstrebt. Wir haben aber auch erkennen gelernt, daß die Verschmelzung im Interesse des Ganzen liegt. Besonders ist uns die Vereinigung mit Magdeburg leicht geworden, mit dem wir doch schon seit längerm in Beziehung stehen. Wir haben in Anhalt ganz schöne Erfolge erzielt. Wir haben rund 10 000 Mitglieder, wovon 3000 Frauen, dazu 18 000 Abonnenten auf das „Volksblatt". Neben 160 Gemeindevertretern haben wir bereits Vertreter in zwei Kreisverwaltungen, einen Vertreter im Landtag und nach der neuen Reglung des Wahlrechts stehen uns noch 6 bis 8 in Aussicht. Die Erfolge genügen uns nicht, aber wir heben sie hervor, um Ihnen zu zeigen, daß wir uns immerhin sehen lassen können. Das ist besonders notwendig, weil man uns oft im Reich angegriffen hat. Wir lieben keine Richtungsstreitigkeiten, wenn wir sie auch nicht für ein Unglück halten. Wo solche bei uns aufgetaucht sind, da haben unsre Genossen in ihrer Masse immer aufs deutlichste bekundet: „Wir sind nicht „Revisionisten" und nicht „Radikale", wir sind Sozialdemokraten!" (Beifall.) Aus der Verschmelzung erhoffen wir eine Befruchtung unsres Parteilebens, und im Zeichen des Geburtenrückgangs hoffe ich, daß aus unsrer neuen Ehe eine ganze Anzahl lebenskräftiger Sprößlinge in Form recht vieler neugewonnener Parteigenossen entspringen werde. (Beifall.)

Das Wort zur Debatte wird nicht verlangt; ohne Widerspruch wird die Verschmelzung der beiden Bezirke gutgeheißen.

Der Vorsitzende teilt zunächst mit, daß zwei Vorschlagslisten für die Vorstandswahl eingegangen sind. Die erste Liste enthält die Namen Fabian, Vorsitzender, Fr. Bethge, Kassierer, Wittmaack, Schriftführer, Bergemann, Günther, Klotsch und Frau Kaßner, Beisitzer. Die zweite Liste weist an Stelle der Genossen Bergemann und Klotsch die Namen Lebbin und Schöler, im übrigen dieselben Namen auf. Die Mandatsprüfungskommission aus der Vormittagstagung des Bezirks Magdeburg wird als Wahlkommission bestellt und beauftragt, die Stimmzettel einzusammeln.

Hierauf wird in die

Einzelberatung des Statuts

eingetreten.

Der Streichung des letzten Satzes in § 2 wird zugestimmt.

Haupt (Magdeburg) tritt nochmals dafür ein, daß die Bestimmung gestrichen wird, wonach niemand in mehr als einem Kreise Mitglied sein kann. Das deutsche Organisationsstatut läßt eine solche Einrichtung zu. Es trifft auch nicht zu, daß es nur reiche Genossen sind, die sich den Luxus einer Doppelorganisation leisten können. Für mich war es eine reine Anstandspflicht, daß ich bei meinem Wegzug von Magdeburg nach dem Kreise Jerichow auch in Magdeburg die Beiträge für die politische Organisation weiterzahlte, weil ich in Magdeburg Funktionär, Stadtverordneter und so weiter blieb. Redner ersucht um Annahme des Antrags Jerichow, der Doppelorganisation zuläßt.

Von Jerichow ist der Antrag eingegangen, in den § 2 einzufügen, an Stelle der beantragten Streichung die Worte zu setzen: „Im übrigen gelten die Bestimmungen des Organisationsstatuts der Gesamtpartei.

Auf Antrag **Bergemann** wird hierauf Schluß der Debatte beschlossen, desgleichen, und zwar nach kurzer, zum Teil persönlich gefärbter Geschäftsordnungsdebatte, daß nur die Paragraphen zur Beratung gestellt werden, über die sich in den beiden Sondersitzungen Meinungsverschiedenheiten ergeben haben.

Zum § 5 wird nach kurzer Debatte zunächst beschlossen, das gesamte Verwaltungsmaterial unentgeltlich zu liefern.

Um die Höhe der Beiträge, die an den Bezirksvorstand abgeführt werden sollen, entspinnt sich eine kurze Debatte. Die Anhalter Genossen lassen durch **Günther** (Bernburg) erklären, daß sie zwar für 7 Prozent sich entschieden hätten, dabei aber von der Voraussetzung ausgegangen seien, daß das Verwaltungsmaterial nicht unentgeltlich geliefert werde. Nachdem das anders beschlossen worden sei, würden auch die Anhalter Genossen für 8 Prozent stimmen.

Die Abstimmung ergibt, daß sich die große Mehrheit des Bezirkstags für die Abführung von 8 Prozent der Beiträge entscheidet.

Die übrigen Paragraphen werden mit den von der Tagung des Magdeburger Bezirks getroffenen Aenderungen, denen sich die Anhalter angeschlossen haben, genehmigt.

In der Gesamtabstimmung wird das Statut gegen sieben Stimmen angenommen. Es soll mit dem 1. April 1914 in Kraft treten.

Koch (Magdeburg) fragt an, ob die Magdeburger Preßkommission auf 2 Jahre oder auf 1 Jahr gewählt werden soll.

Fabian: Die Preßkommissionsmitglieder werden von den Kreisorganisationen gewählt, die zweijährigen Perioden für die Bezirksparteitage haben also damit nichts zu tun.

Bergemann schlägt vor, daß bis zum Inkrafttreten des neuen Bezirksstatuts die in diesem Jahre von den Organisationen des Magdeburger Bezirks gewählten Preßkommissionsmitglieder weiter zu amtieren haben.

Beims schlägt dazu noch vor, daß der Bezirkstag den alten Satzungen gemäß die von den Organisationen vorgeschlagenen Preßkommissionsmitglieder bestätigen möge.

Koch (Buckau) stellt fest, daß der Bezirkstag nur alle zwei Jahre stattfindet, auch der Bericht des Vorsitzenden der Preßkommission umfasse diese Zeit. Deshalb müsse auch die Amtsdauer der einzelnen Mitglieder der Kommission so lange dauern. Ein bestimmter Antrag auf Aenderung wird jedoch vom Redner nicht gestellt.

Dem Antrag Beims entsprechend werden die Vorschläge der Kreise sanktioniert und das übrige den Kreisen überlassen.

Nunmehr folgen die

Geschäftsberichte.

Den Bericht des Bezirkssekretärs erstattet **Beims**: Kreisvorstände und Bezirksvorstand haben sich in der Berichtszeit bemüht, die Agitation lebhaft zu gestalten. Es sind allgemeine Flugblattverbreitungen vorgenommen. Die „Landpost" ist unter großen Kosten in einer Auflage von 20 521 für die Nummer, also in 9 Monaten in einer Auflage von 184 960 Stück verbreitet. Die bei der Wahlagitation gefundenen Stützpunkte konnten zwar nicht in allen Kreisen und an allen Orten gehalten werden. Gleichwohl zeigt schon die Vermehrung in der Zahl der Ortsgruppen, daß unsre Agitationskraft gewachsen ist.

Leider waren nicht alle Agitationsversammlungen so besucht, wie wir das wünschen mußten. Die Bewegung, die gegen die Militärvorlage von unsrer Partei durchgeführt wurde, litt stellenweise unter schlechtem Versammlungsbesuch. Auch die Versammlungen am 20. Oktober, in denen die Junkerregierung Preußens an das Königswort von 1908 erinnert wurde, hätten allgemeiner stattfinden und besser besucht sein können. Ebenso waren die Frauenversammlungen im März nur teilweise gut besucht.

Unsre Volksstimme hat in der Berichtszeit an Abonnenten etwas verloren. Nach der Reichstagswahl machte sich in den Kreisen der Genossen, auf deren Mitarbeit wir angewiesen sind, eine Unlust zur agitatorischen Mitarbeit bemerkbar. Das erklärt sich zum Teil aus der Ueberanstrengung, mit der während des Wahlkampfes und während einer langen Zeit für die Partei gearbeitet werden mußte.

Unter dieser Arbeitsunlust litt auch die Mitgliederzahl. Zwar haben wir die Zahl der männlichen Mitglieder um 88 vermehren können. Die Zahl der weiblichen Mitglieder sank jedoch um 257, so daß am Schlusse der Berichtszeit 169 Mitglieder

weniger im Bezirksverband organisiert waren, als zu Beginn. Ein Blick auf die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen im Reiche und im Bezirk zeigt uns, daß die Gewerkschaften im Jahre 1913 ihre Mitgliederzahlen auch nicht so steigern konnten als im Jahre zuvor. 1911 hatten die Gewerkschaften eine Zunahme um 303 688 Mitglieder = 15,5 Prozent; 1912 eine Zunahme um 209 404 = 9.02 Prozent. Die Partei gewann im Jahre 1911 133 550 Mitglieder = 15,9 Prozent, in der Zeit vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 12 738 Mitglieder = 1,3 Prozent. Der immerhin hohen Zunahme der Gewerkschaftsmitglieder entspricht nicht die geringe Zunahme der Parteimitglieder. Und was hier vom Reiche gilt, das gilt noch mehr von den acht Wahlkreisen des Regierungsbezirks. Den rund 61 000 Gewerkschaftsmitgliedern stehen nur rund 24 000 politisch organisierte Parteigenossen gegenüber.

Unsre Anhalter Genossen sind in der Mitgliederwerbung erfolgreicher gewesen als wir. Der 1. Kreis, Dessau-Zerbst, bucht einer Gewinn von 442, der 2. Kreis, Bernburg-Köthen, einen solchen von 312 Mitgliedern. Zusammen haben die Anhalter gewonnen 754. Aus einer Zusammenstellung der in den Kartellen vereinigten Gewerkschaftsmitglieder und der Zahl der in diesen Gebieten organisierten Parteigenossen ersehen Sie, daß das Verhältnis in den Städten unsers Bezirks sehr unterschiedlich ist. Burg steht als Industriestadt obenan. Die dortigen Genossen haben in jahrelanger zäher Agitationsarbeit es fertiggebracht, die Verhältniszahl von 73 vom Hundert der gewerkschaftlich Organisierten zu erreichen. Ihnen folgen Dessau mit 63,3, Nienburg mit 57,9, Bernburg mit 51,1, Koswig mit 50,7, Gommern mit 50,4. Wir haben Ihnen die Zahlen in einer Tabelle unterbreitet, damit Sie zu Hause Vergleiche anstellen und nunmehr mit Feuereifer den vorangeschrittenen Ortsgruppen folgen können.

Einerlei welcher Richtung in der Partei wir zuneigen mögen, ob wir der Ansicht sind, daß durch Weckung der revolutionären Kampfeslust oder durch praktische Gegenwartsarbeit die Wege zu dem allen gemeinsamen Ziele der sozialistischen Ordnung der Dinge verkürzt werden können, immer werden wir einig sein müssen in der Auffassung, daß ohne eine umfassende Organisation der Arbeiterklasse, ohne die sich ewig wiederholende Kleinarbeit in der Agitation und Organisation die Dinge nicht vorwärts zu treiben sind.

Niemals werden wir Erfolge halten können, wenn das Fundament unsern Erfolgen fehlt, wenn die Organisation versagt. In diesem Sinne haben wir Euch oft zugerufen: Organisation ist alles! Sie ist das Unentbehrlichste im Klassenkampf der Arbeiter!

Von einer Beschickung der Parteischule haben wir im vorigen wie auch in diesem Winter abgesehen. Damit haben wir im Einverständnis mit den Kreisvorständen gehandelt.

Am 2. Juli mußten die Wähler des Wahlkreises Salzwedel-Gardelegen in der Nachwahl entscheiden, ob der Junker von Kröcher für den Rest der Legislaturperiode des Reichstags ihr Vertreter sein sollte. Für uns lag die Situation besonders schwierig. Wiederum mußten wir mit einem neuen Kandidaten aufwarten. Dazu kam die ungünstige Jahreszeit, die die meisten Arbeiter fern von ihren Wohnorten hielt. Weiter machte sich eine starke Verzagtheit unter den sozialdemokratischen Arbeitern bemerkbar, die der Bauernbündler Dr. Böhme geschickt für seine Kandidatur auszunutzen wußte. Unsre Partei trat mit aller Energie in den Wahlkampf ein. Die schwache Organisation war indessen den mißlichen Verhältnissen nicht gewachsen. Wir verloren 500 Stimmen gegen die Hauptwahl von 1912, die Konservativen hatten zwei Kandidaten aufgestellt, um so die schwankenden Bauern für ihre Sache zu ködern. Für den Bauernbund kandidierte der alte Kandidat Dr. Böhme. In der Stichwahl hat unsre Partei die Parole für den Bauernbündler Dr. Böhme ausgegeben, nachdem dieser in öffentlicher Versammlung einwandfrei für unsre Stichwahlbedingungen bis auf wenige Nebensächlichkeiten eingetreten war. Am 10. Juli fiel v. Kröcher in der Stichwahl und Böhme siegte mit einem Mehr von 2200 Stimmen.

Zu dem Begräbnis des Genossen Bebel hat der Bezirksverband die Genossen Beims und Fabian delegiert. Außerdem hatten die Kreise Magdeburg, Aschersleben, Wanzleben und Jerichow eine Delegation entsandt.

Sobald feststand, daß die Vereinigung der beiden Organisationen Bezirke Magdeburg und Anhalt perfekt werden mußte, hat der Bezirksvorstand die Anhalter Organisationen mit unserm Verwaltungsmaterial versehen. Zu dem Zwecke sind die besoldeten Parteisekretäre nach Magdeburg zusammenberufen, um die Neuauflage gründlichst durchzusehen. Wir haben dabei Verbesserungen in größerm Umfang durchgeführt. Eine völlige Neuauflage aller Verwaltungsmaterialien mußte erfolgen. Die Kosten dafür sind natürlich sehr hohe. Fast das ganze Verwaltungsmaterial wurde den beiden Anhalter Kreisen für den Fall, daß die Vereinigung erfolgen würde, gratis zur Verfügung gestellt.

Eine Neubearbeitung der kleinen Anleitung für unsre Parteifunktionäre erfolgte ebenfalls. Auch die kleine Schrift über das Vereins- und Versammlungsrecht wird der Bezirkssekretär in neuer Bearbeitung demnächst herausgeben.

Die in der Berichtszeit besonders hervorgetretene Teurung ist inzwischen nicht milder geworden. Zwar sind hier und da die Preise etwas zurückgegangen. Aber die wichtigsten Nahrungsmittel, Brot und Fleisch, halten nach wie vor die Teurungspreise. Dabei ist die Not heute infolge der inzwischen erheblich gesteigerten Arbeitslosigkeit in Tausenden von Arbeiterfamilien größer geworden. Und mancher Vater, manche Mutter sieht von äußerster Sorge bedrückt in die Zukunft, die nicht für alle so sorgenfrei daliegt, wie für den Prinzen von Cumberland. Unsre Gemeindevertreter werden in den nächsten Wochen ihre ganze Kraft der Arbeitslosenfürsorge widmen müssen. Es gilt die Opfer einer ungerechten Ordnung der Dinge zu schützen. Wir wollen zu unserm Teile für die Hungrigen nach Möglichkeit Nahrung schaffen, nicht in der schmählichen Form der Armenunterstützung, sondern indem wir Arbeit und billige Nahrung fordern. Die Gemeinden streiken gegen unsre Forderungen nach Arbeit und Brot. Sie verweisen uns an den Staat. Dieser verweist uns an das Reich, und dieses wiederum verweist uns an die Gemeinden und an die — Sozialdemokratie. Wohlan! Wo die sanften Christen sich, angewidert von dem Elende, daß sie selber verschulden, abwenden, da soll und wird die Partei durch die Gewerkschaften und Genossenschaften praktisch helfen, und sie wird den falschen Christen die Maske abnehmen und zeigen, wer der wahre Helfer der Arbeiterklasse ist.

Franz Bethge: Der Kassenbericht umfaßt nur den Zeitraum von drei Vierteljahren; es können daher nicht gut Vergleiche angestellt werden mit dem Kassenbericht vom Vorjahr. Die gelegentlich der Debatte über die Festsetzung der Beitragssätze gefallene Aeußerung, der Kassenbestand betrage 1200 Mark, ist ein Irrtum. Der Redner hat in den gedruckten Jahresberichten übersehen, daß wir Gelder bei der Sparkasse belegten. Diese Summe beläuft sich heute auf 5015,78 Mark. In Anbetracht der beschlossenen unentgeltlichen Lieferung des gesamten Verwaltungsmaterials an die Kreise ein mäßiger Betrag. Der Kassenbestand beträgt 6200 Mark. Ich freue mich, daß ich diese schöne Summe erst zu nennen brauche, nachdem Sie schon 8 Prozent Bezirksbeitrag beschlossen haben. (Heiterkeit.) Die Kassenverhältnisse sind erfreuliche und ich hoffe, daß sie noch erfreulicher sind, wenn wir uns beim nächsten Bezirkstag wiedersehen.

Henning teilt mit, daß die Revisoren die Bücher und Belege in Ordnung befunden haben und deshalb Entlastung beantragen.

Frau **Kaßner** (Magdeburg): Der Bericht des Sekretärs zeigte, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder zurückgegangen ist. Das ist bedauerlich. Um über wichtige Fragen der Frauenagitation Aufklärung zu schaffen, haben wir beschlossen, morgen eine Frauenkonferenz abzuhalten. Bei frühern Konferenzen wurde uns gesagt, daß die Frauen wohl gern für ihre Sache wirken möchten, sie würden aber zuwenig von den Männern unterstützt. Ich hoffe, daß das bald anders wird.

Dem Antrag der Revisoren auf Entlastung des Kassierers wird zugestimmt.

Ein Vorschlag, die bisherigen Revisoren noch für die Zeit bis zum 1. April zu bestätigen, wird angenommen. Der Bericht des Genossen Undeutsch für den Bildungsausschuß wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Ladebeck (Schönebeck) überbringt die Einladung der Schönebecker zu einer geselligen Veranstaltung zu Ehren der Delegierten.

Inzwischen hat die Wahlkommission ihre Arbeiten beendet. Den Bericht über das

Ergebnis der Vorstandswahl

erstattet **Schumann** (Magdeburg):

Es wurden 165 Stimmen abgegeben. Davon waren 153 gültig; 12 Stimmen mußte die Kommission für ungültig erklären, weil sie acht Namen enthielten, nämlich neben den Namen der sieben zu wählenden Vorstandsmitglieder noch den Namen des Sekretärs. Es erhielten Stimmen: Fabian 152, Bethge 153, Wittmaack 153, Bergemann 126, Günther 151, Klotsch 132, Frau Kaßner 153, Lebbin 24 und Schöler 17, zersplittert 2 Stimmen. Gewählt sind somit die sieben Erstgenannten. Falls der Bezirkstag die oben erwähnten ungültigen Stimmen für gültig erklären sollte, dann müssen noch jedem der gewählten Genossen 12 Stimmen hinzugezählt werden, da alle zwölf Stimmzettel auf deren Namen lauteten.

Da die zwölf beanstandeten Stimmzettel auf das Wahlergebnis keinen Einfluß ausüben, nimmt der Bezirkstag den Bericht der Wahlkommission lediglich zur Kenntnis.

Damit sind die Verhandlungen des Bezirkstags erledigt.

Vorsitzender **Deist**: Wir sind am Schlusse unsrer Beratungen angelangt. Wir haben die Verschmelzung Anhalts mit dem Bezirk Magdeburg beschlossen. Die Beratungen gingen nicht ganz glatt vonstatten. Es waren eine Reihe Widerstände zu überwinden. Ich darf aber wohl wünschen, daß nach der formellen Verschmelzung nun auch eine wirkliche eintritt. Wir dürfen in Zukunft nicht sagen: Wir Anhalter und wir Magdeburger, sondern wir Sozialdemokraten des Bezirks Magdeburg-Anhalt. (Beifall.) Redner schließt mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Versammelten begeistert einstimmen.

Hierauf wird um 6¼ Uhr abends der gemeinsame Bezirkstag geschlossen. —

Vereins-Kalender.

Unter dieser Rubrik kostet die Zeile **10** Pfennig. Der Betrag ist vorauszubezahlen.

Sozialdemokratischer Verein, Bezirk Buckau. Am Mittwoch den 22. Oktober, abends 8½ Uhr, Sitzung der Obleute und Kassierer in der „Thalia", Dorotheenstraße 14. 283 Der Bezirksleiter.

Genossenschaftsfunktionäre! Das „Genossenschaftliche Volksblatt" liegt in den Lagern zum Abholen bereit. 1775

Turnerschaft Magdeburg (A.-T.). Mittwoch den 22. Oktober, Sitzung des Vorstandes und der Funktionäre bei Lüchtefeld.

Neue Neustädter Damenchor. Dienstag abend 8½ Uhr Uebungsstunde und Generalversammlung im „Weißen Hirsch". 1778

Burg. Bildungsausschuß. Beginn des Vortragskursus am Dienstag abend 8 Uhr in der „Linde". 1772

Halberstadt. Sängerbund. Uebungsstunde für Frauenchor Dienstag den 21., für Männerchor Sonnabend den 25. Oktober im Gewerkschaftshaus.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

					Fall	Wuchs
Iser, Eger und Moldau.						
Jungbunzlau	17. Oktbr.	+ 0,01	18. Oktbr.	+ 0,01	—	—
Laun	„	— 0,08	„	— 0,28	0,20	—
Budweis	„	— 0,10	„	— 0,12	0,02	—
Prag	18. „	+ 0.49	19. „	—	—	—
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	18. Oktbr.	+ 1,20	19. Oktbr.	+ 1,20	—	—
Weißenfels Untp.	„	— 0,14	„	— 0,08	—	0,06
Trotha	„	+ 1,40	„	+ 1,36	0,04	—
Alsleben	„	+ 0,78	„	+ 0,74	0,04	—
Bernburg	„	+ 0,42	„	+ 0,40	0,02	—
Kalbe Obernegel	„	+ 1,40	„	+ 1,45	—	0,05
Kalbe Unternegel	„	— 0,01	„	— 0,10	0,09	—
Grizehne	„	+ 0,13	„	— 0,07	0,20	—
Mulde.						
Dessau, Muldenbr.	18. Oktbr.	— 0,20	19. Oktbr.	— 0,19	—	0,01
Elbe.						
Pardubitz	17. Oktbr.	— 0,69	18. Oktbr.	— 0,68	—	0,01
Brandeis	„	— 0,20	„	— 0,21	0,01	—
Melnik	„	+ 0,42	„	+ 0,46	—	0,04
Leitmeritz	„	— 0,13	„	— 0,13	—	—
Aussig	18. „	—	19. „	— 0,03	—	—
Tetschen	„	— 1,39	„	— 1,47	0,08	—
Lorgum	„	+ 0,46	„	+ 0,47	—	0,01
Wittenberge	„	+ 1,46	„	+ 1,51	—	0,05
Boitzenburg	„	+ 0,73	„	+ 0,78	—	0,05
Barby	„	+ 0,84	„	+ 0,82	0,02	—
Schönebeck	„	+ 0,81	„	—	—	—
Magdeburg	19. „	+ 0,71	20. „	+ 0,78	—	0,07
Tangermünde	18. „	+ 1,22	19. „	+ 1,24	—	0,02
Wittenberge	„	+ 0,83	„	+ 0,78	0,05	—
Tönnig	„	+ 0,36	„	+ 0,33	0,03	—
Lenzenburg	„	+ 0,35	„	+ 0,33	0,02	—
Hohnstorf	„	+ 0,40	„	—	—	—
Lauenburg	„	+ 0,38	„	+ 0,36	0,02	—

* Aussig, 20. Oktober. Pegelstand — 0,08. Vom Oberlauf werden 10 Zentimeter Fall gemeldet. Magdeb. Ztg.

Eingesandt.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

An unsre Schachfreunde!

Die Einführung der Schachspalte in der „Volksstimme" hat den früher schon hin und wieder erörterten Gedanken wieder auftauchen lassen, auch in Magdeburg einen Arbeiter-Schachklub zu gründen. Eine größere Anzahl von Schachfreunden hat sich bereits gefunden, die geneigt sind, dem Schachklub beizutreten. Um die Gründung vorzunehmen, findet am Mittwoch den 22. Oktober, abends 8½ Uhr, im „Luisenpark" eine Versammlung statt, zu der jeder Schachfreund hiermit ebenso dringend wie freundlich eingeladen wird.

ew.

Briefkasten.

O. F., Kalbe a. d. S. 1. Der Parteigenosse muß einen entsprechenden Antrag an die Behörde stellen. 2. Für die Dauer einer militärischen Uebung brauchen keine Steuern gezahlt zu werden. —

Mehrere Abonnenten. Die Eltern können die Aussteuer verweigern, wenn sich die Tochter ohne die erforderliche elterliche Einwilligung verheiratet. 2. Nach dem vollendeten 21. Lebensjahr. —

Marktberichte.

Magdeburg, 18. Oktober. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer und Sommer- ruhig, gut 180—183 Mk. — Roggen inländ. ruhig, gut 161—163 Mk — Gerste hiesige Chevalier- gut 174 bis 180 Mk., feinste über Notiz, Land- gut 165—170 Mk., ausländische Futtergerste stetig, gut 126—129 Mk. — Hafer inländischer stetig, gut 166—170 Mk., mittel 160—165 Mk. — Mais runder gut 141—143 Mk.

Allgemeine Ortskrankenkasse.

Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf den 11. Oktober 1913.

Mitgliederbestand am 18. Oktober 1913		Krankenbestand am 18. Oktober 1913	
männliche	6290 (6380)	männliche	214 (221)
weibliche	2857 (2857)	weibliche, ausschließl. d. Wöchn.	109 (108)
zusammen	9147 (9237)	zusammen	323 (329)
männliche	68,7 % (69,0 %)	männl. des Mitgl.-Bestandes	3,8 % (3,9 %)
weibliche	31,3 % (31,0 %)	weibl. des Mitgl.-Bestandes	4,1 % (4,1 %)
		zus.	3,9 % (4,0 %)

Außerdem befinden sich in Krankenhäusern und Heilstätten 27 (33) männliche, 9 (10) weibliche Mitglieder.

Wöchnerinnen 17 (18) Mitglieder. — Sterbefälle 1 (3) Mitglieder.

Gezahltes Krankengeld vom 13. bis 18. Oktober Mk. 3070,15 (3331,80).

Davon am 18. Oktober Mk. 2728,50 (2866,62).

Kaufmännische Ortskrankenkasse.

Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf den 11. Oktober 1913.

Mitgliederbestand am 18. Oktober 1913		Krankenbestand am 18. Oktober 1913		
männliche	4561 (4577)	männliche	120 (102)	
weibliche	5793 (5731)	weibliche	142 (135)	
zusammen	10354 (10308)	zusammen	262 (237)	
männliche	44,0 % (44,4 %)	männliche	2,6 % (2,2 %)	zus. 2,5 %
weibliche	56,0 % (55,6 %)	weibliche	2,45 % (2,4 %)	(2,3 %)

In Krankenhäusern, Heilstätten und andrer Fürsorge befinden sich 21 (20) männliche und 20 (19) weibliche Mitglieder.

Wöchnerinnen 23 (22) Mitglieder. Sterbefälle 1 (3).

Gezahltes Krankengeld vom 13. bis 18. Oktober Mk. 2253,43 (1873,20).

Davon am 18. Oktober Mk. 2016,15 (1707,15).

Aus dem Geschäftsverkehr.

JUNO
2 Pfg. Cigarette

Kreuzstern. MAGGI's Bouillon-Würfel
5 Würfel 20 Pfg., einzelne Würfel 5 Pfg.
zeichnen sich durch feinen, natürlichen Fleischbrühgeschmack aus und werden wie hausgemachte Fleischbrühe verwendet
zu Bouillon-Suppen, Saucen, Gemüsen usw.
„MAGGI's gute, sparsame Küche".

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 247. Magdeburg, Dienstag den 21. Oktober 1913. 24. Jahrgang.

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

In der Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins der Filiale Neuhaldensleben wurde Klage geführt, daß die Kreisleitung keine Delegation zum Begräbnis des verstorbenen Genossen Knüppel in Erxleben entsandt habe. Es sei hiermit festgestellt, daß die Kreisleitung nicht wußte, wann Genosse Knüppel beerdigt wurde.

Die Kreisleitung. J. A.: Wilh. Ludwig.

Zu dem Jugendvortrag.

der am Dienstag in „Friedrichslust", Magdeburg, Leipziger Straße, veranstaltet wird, ist die Jugend von **Lemsdorf, Groß- und Klein-Ottersleben** freundlichst eingeladen. Dr. Max Poensgen-Alberty spricht über deutsche Freiheitsdichter. Jugendfreunde, erscheint in großer Zahl! —

Rothensee, 20. Oktober. (Eine öffentliche Versammlung.) die leider nur mäßig besucht war, tagte am Sonnabend abend im Lokal von Kumbier. Genosse Nitsch (Magdeburg) referierte über „Die Bedeutung des Massenstreiks und die Arbeitslosenversicherung für die Arbeiter". Der Vortrag wurde mit Beifall entgegengenommen. Nach dem Vortrag ermahnte Genosse Nitsch in eindringlichster Weise, einen bessern Besuch des Versammlungslokals anzustreben. Mit einer Aufforderung des Genossen Gabriel, beständig neue Mitglieder für den Verein und neue Abonnenten für die „Volksstimme" zu werben, wurde die Versammlung geschlossen. —

Biere, 20. Oktober. (Unfälle.) Am Donnerstag verunglückten die Bergleute Otto Hoyer und Wilhelm Hänicke auf der Kohlengrube zu Eggersdorf. Der Bergmann Hoyer lag bis zu den Knien unter herabgestürzten Tonmassen. Der Bergmann Hänicke wollte seinem Kameraden Hilfe bringen, dabei gingen aber nochmals Tonmassen nieder und trafen den Helfer so schwer, daß er mittels Droschke nach seiner Wohnung gebracht werden mußte. Der Verunglückte trug schwere innere Verletzungen davon. —

Burg, 20. Oktober. (Kartellsitzung.) Entschuldigt fehlen je ein Delegierter der Brauereiarbeiter, Buchdrucker, Holzarbeiter, Lederarbeiter und Schuhmacher; unentschuldigt je ein Delegierter der Dachdecker, Landarbeiter, Metallarbeiter, Töpfer, Transportarbeiter und Zimmerer. Die vorgelegte Abrechnung vom dritten Quartal weist eine Einnahme von 3633,44 Mark auf, der 901 Mark Ausgabe gegenüberstehen, so daß ein Vermögen von 2732.44 Mark vorhanden ist. Es folgt ein Vortrag des Genossen Anders über Paritätische Arbeitsnachweise. Redner fordert am Schlusse seiner Ausführungen auf, alles daran zu setzen, daß in Burg ein paritätischer Arbeitsnachweis errichtet werde. Ihm müsse die Einführung der kommunalen Arbeitsfürsorge folgen. Die Ausführungen werden beifällig aufgenommen. Vom Vorsitzenden wird die Mitteilung gemacht, daß bereits Vorarbeiten zu einem Antrag betreffend Einführung der Arbeitslosen-Fürsorge erledigt wurden. Sodann berichten die Gewerbebeisitzer über fünf Fälle, die zur Verhandlung standen. Auf die am 18. November stattfindende Ausschußwahl zur Kreisortskrankenkasse wird aufmerksam gemacht. Aufgefordert wird, alle Beteiligten auf die Wichtigkeit der Wahlen hinzuweisen. Als Bibliothekar wird Genosse Schedtler gewählt. Aus einer Anfrage geht hervor, daß der Samariterkolonne über die Verhandlung ihres Antrags in der letzten Sitzung nur unvollständig berichtet worden ist. Es muß ausdrücklich festgestellt werden, daß das Kartell nur die einleitenden Schritte zur Errichtung der Kolonne getan hat, kann aber nicht als Träger dieser Einrichtung gelten. Es muß wiederholt werden, daß der Arbeitersamariterbund eine gewisse Pflicht hat, die Kolonnen zu unterstützen. Den Krankenkassen, deren Mitglieder die erste Hilfe der Kolonne in Anspruch nehmen, muß es zur Pflicht gemacht werden, Zuschüsse zu leisten. Eine weitere Anfrage betraf das Gerücht, welches besagt, in Burg solle ein Gewerkschaftshaus errichtet werden. Genosse Dreßler beantwortet die Frage dahingehend, daß von den Gewerkschaftsvorständen eine Kommission eingesetzt wurde, die für Abhilfe im jetzigen schlechten Herbergswesen geeignete Vorschläge machen soll. Einen praktischen Vorschlag jetzt schon zu machen, ist die Kommission noch nicht in der Lage, doch stehe fest, daß an den Bau eines Gewerkschaftshauses nicht gedacht werden kann. Genosse Ostwald teilt mit, daß die Gewerkschaften benachrichtigt werden und dann selbst entscheiden könnten, wenn die Kommission nicht in der Lage ist, einen Vorschlag zu machen. Vom Genossen Maltritz wird das Gebaren einiger Genossen in der Schneider-Zwangsinnung scharf verurteilt. Dieser Innung müssen in Zukunft auch die Schneiderinnen angehören. Mit wahrem Feuereifer werde gearbeitet, um alle Schneiderinnen für die Innung heran zu holen, soweit sie für Kundschaft arbeiten. Nach Erledigung einiger kleiner Fragen wurde die Sitzung geschlossen. —

— (Selbstmord eines Rekruten.) In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag hat sich ein Rekrut des hiesigen Artillerie-Regiments erhängt. Anscheinend hat er den Uebergang von der Freiheit zum Zwange des Militarismus nicht ertragen können. —

— (Enttäuscht) waren die, welche von dem veranstalteten Fackelzug so Großes erwartet hatten. Man hatte so viel jugendliche Personen dazu engagiert, daß der beabsichtigte Eindruck vollständig verloren ging. —

Eickendorf, 20. Oktober. (Feuer.) Am Freitag früh brannte der Stall des Arbeiters Winterfeld nieder. Im Stalle befanden sich ein Schwein und Kohlen, die ein Raub der Flammen wurden. Als der Besitzer nach dem Gemeindevorstand im Hilfe kam, erhielt er die Antwort, er solle sich selbst helfen, Wasser sei nicht da. Das eröffnet schöne Aussichten für die Zukunft. Als beim Amtmann Koch die Scheune brannte, da wurde die Feuerwehr von Biere alarmiert und um Wasser gebeten, warum hier nicht? —

Oschersleben, 20. Oktober. (Ein gerichtliches Nachspiel zum diesjährigen Jubiläums-Schützenfest.) In einer Schöffengerichtsverhandlung wurde die Privatklage des Stadtv. Eckler gegen den Stadtv. Heinemann verhandelt. Geladen waren 25 Zeugen, zum größten Teile Schützenbrüder. Heinemann wurde beschuldigt, den Privatkläger öffentlich beleidigt zu haben, indem er zu mehreren Personen gesagt hat, Eckler habe den Ehrenpreis durch Mogelei beim Schießen erhalten. Diese Behauptung hat Heinemann vor dem Ehrengericht des Schützenvereins wiederholt. Heinemann bestritt, dies gesagt zu haben. Er habe nur im allgemeinen gesprochen, daß Mogeleien seit Jahren vorgekommen seien und daß schon lange der Verdacht bestehe, daß es bei Ecklers Schüssen nicht mit rechten Dingen zugeht. Es müsse mit den verdammten Mogeleien endlich mal ein Ende nehmen. Die Zeugenvernehmung ergab keine bestimmten Anhaltspunkte. Es konnte dem Kläger kein Beweis erbracht werden, daß er sich etwas zuschulden kommen ließ. Der Angeklagte Stadtv. Heinemann wurde wegen öffentlicher Beleidigung in zwei Fällen zu je 50 Mark Geldstrafe verurteilt; außerdem wurde dem Privatkläger das Recht zugesprochen, das Urteil auf Kosten des Beklagten zu veröffentlichen. Die Verhandlungen zeigten, wie hoch die vielgerühmte Brüderlichkeit der Schützen steht. —

— (Seht die Wählerliste ein!) Die Liste der stimmfähigen Bürger für die Stadtverordnetenwahlen liegt noch bis zum 21. Oktober aus. Jeder Wähler beeile sich, die Liste einzusehen. Wer daran behindert ist, beauftrage damit die Genossen Köhrich und Krebs. Von der Parteileitung wird eine Abschrift der Wählerliste ausgelegt, die in den nächsten Tagen eingesehen werden kann. —

Stendal, 20. Oktober. (Fliegerabsturz.) In den Vormittagsstunden am Sonnabend traf in Stendal die Nachricht ein, daß in der Nähe des Dorfes Döbbelin in der vorhergehenden Nacht ein Flieger abgestürzt sei. Es handelt sich um den Fluglehrer Wieding aus Johannisthal, der sich um den Preis der Nationalspende bewerbe. Wegen Versagens des Motors mußte er niedergehen und ist infolge des nebligen Wetters in die Drähte der Ueberlandzentrale geraten. Dabei überschlug sich der Apparat. Soweit bekannt, ist das Unglück für den Flieger verhältnismäßig günstig abgelaufen; der Arzt hat nur leichtere Verletzungen festgestellt. Der Apparat dagegen ist arg beschädigt.

— (Sonderbare Auffassung.) Der aus Tangermünde gebürtige Telefunkenmaat Spieler, einer der Geretteten vom Militärluftschiff L. 1 entging zum zweitenmal dem Tode nur dadurch, daß er, trotzdem er zum Dienste des jetzt verunglückten Marineluftschiffs „L. 2" kommandiert war, an diesem Unglückstag an der Beerdigung des Freiherrn von Maltzahn, (verunglückter Führer des „L. 1") teilnahm. Hierzu schreibt das „Intelligenzblatt": „Spieler blieb somit durch Gottes Fügung vor dem sichern Tode bewahrt." — Selbstredend wird für S. ein andrer zu dieser Todesfahrt befohlen worden sein (nach der Verlustliste zu schließen Signalmaat Kluge. D. B.), der nun für Spieler den sichern Tod fand. Nach Lesart des „Kreisblattes" dann wohl auch durch „Gottes Fügung"? —

— (Die Stadtverordneten-Wahlen) finden am 6. und 7. November statt. —

Thale, 20. Oktober. (Volksvereinsversammlung.) Genosse Huth gab die Abrechnung vom letzten Quartal bekannt, an der keinerlei Ausstellungen gemacht wurden. Schinkel referierte über den Bezirks- und den Frauentag. Der Redner behandelte das Statut und hob dabei die Unterschiede zwischen den alten und neuen Satzungen hervor. Wenn nun auch die Paragraphen etwas reichlich lang ausgedehnt sind, so wäre es doch nicht angebracht, dem Antrag auf nochmalige Kommissionsberatung und Verschiebung der Beschlußfassung auf das nächste Jahr zuzustimmen. Nach Annahme der gestellten Abänderungsanträge könne der Delegierte dem Statut zustimmen. Die Versammlung erklärte sich mit den gestellten Abänderungsanträgen einverstanden. Ueber die Beschickung der Frauenkonferenz entspinnt sich eine Debatte zwischen den Genossen Huth, Schinkel und Genossin Nodurft. Als Delegierte wird Genossin Nodurft gewählt. Die letzte Hausagitation für die „Volksstimme" hat das erfreuliche Resultat gebracht, daß 59 neue Abonnenten gewonnen wurden. Beschlossen wurde, in der nächsten Zeit eine Hausagitation für den Volksverein zur Werbung von Mitgliedern vorzunehmen. Am nächsten Sonntag sollen die Volkskalender verbreitet werden. —

Wanzleben, 20. Oktober. (Bei den Wahlen zum Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse) sind für die Liste A (amtliche Liste) 49 Stimmen, für Liste B (christlich-nationale Liste) 38 Stimmen, für Liste C (Liste der freien Gewerkschaften) 80 Stimmen abgegeben worden. Nach diesem Resultat würde die amtliche Liste fünf, die christlich-nationale drei und die der freien Gewerkschaften acht Vertreter erhalten. Wenn das Resultat auch noch nicht befriedigt, so stellt es immerhin einen schönen Erfolg der freien Gewerkschaften dar. Noch dazu, da von christlich-nationaler Seite die ganze Woche hindurch intensiv gearbeitet worden ist, um gegen uns Stimmung zu machen. —

Wernigerode, 20. Oktober. (Stadtverordneten-wahlen.) Die Wahlperiode folgender Stadtverordneten geht mit Ablauf des Jahres zu Ende. Wahlbezirk Wernigerode 1. Abteilung: Rechtsanwalt Hasert und Bürgermeister a. D. Reinhard; 2. Abteilung: Kaufmann Ernst und Kaufmann Liebetruth; 3. Abteilung: Schlossermeister Müller, Handschuhfabrikant Bürger und Zimmermann Oberbeck. Im Wahlbezirk Hasserode, 1. Abteilung: Rentier Badendieck; 2. Abteilung: Brauereidirektor Balz; 3. Abteilung: Steinhauer Ruhberg genannt Haupt. Zur Vornahme der Ergänzungswahlen sind folgende Termine festgesetzt: Im Wahlbezirk Wernigerode für die 3. Abteilung (Steuersatz unter 163,74 Mark) auf Freitag den 14. November, von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags und von 4 bis 8 Uhr nachmittags; für die . Abteilung (Steuersatz von 163,74 bis 732,29 Mark) auf Montag de. 17. November von 10 bis 1 Uhr mittags; für die 1. Abteilung (Steuersatz über 732,29 Mark) auf Montag den 17. November, nachmittags von 4 bis 5 Uhr. Wahllokal: Stadtverordneten-Sitzungszimmer im Rathaus. Im Wahlbezirk Hasserode für die 3. Abteilung (unter 164,03 Mark) auf Sonnabend den 15. November von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags und von 4 bis 8 Uhr nachmittags; für die 2. Abteilung (Steuersatz von 164,03 bis 1013,30 Mark) auf Dienstag den 18. November, von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags; für die 1. Abteilung (Steuersatz 1013,30 Mark) auf Dienstag den 18. November, nachmittags 4 bis 5 Uhr. Wahllokal: Amtshaus Hasserode. Jedem Wähler geht vor der Wahl eine schriftliche Mitteilung zu, welcher Abteilung er angehört und unter welcher Summe er in die Wählerliste eingetragen ist. Diese Mitteilung ist aufzubewahren und zum Wahltermin unbedingt mitzubringen. —

— (Ortskrankenkasse.) Für die Wahlen des Vorstandes der am 1. Januar 1914 ins Leben tretenden Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Wernigerode und die Amtsbezirke Nöcheurode und Schloß Wernigerode ist sowohl von den Arbeitgebern als auch Arbeitnehmern nur je ein Wahlvorschlag eingereicht worden. Die in diesen Wahlvorschlägen benannten Bewerber gelten daher als gewählt. Es sind dies aus der Gruppe der Arbeitgeber als Vorstandsmitglieder: Malermeister Albert Bartels, Uhrmacher Paul Schluck (Wernigerode), Prokurist Paul Krause (Nöschenrode) und Kaufmann Robert Hildebrandt (Wernigerode). Als Ersatzmänner: Gastwirt Dietrich Hetzling, Schneidermeister Hugo Papendieck, Fleischermeister Friedrich Hohmann, Malermeister August Brink, sämtlich in Wernigerode. Aus der Gruppe der Versicherten als Vorstandsmitglieder: Steinmetz Heinrich Bopp, Schriftsetzer Richard Thormann, Mauerpolier Karl Fricke, Arbeiter August Mayhak, Zimmerer Eduard Oberbeck, Tischler Viktor Hartung jun., Former Franz Weiche und Holzhauer Karl Körber. Als Ersatzmänner: Schmied Albert Schmidt, Zimmerpolier Wilhelm Wilke, Arbeiter August Zahlbach, Zimmerer Hermann Dickhut, Maurer Ernst Schrader, Tischler Emil Schlagemilch, Steinhauer Karl Lumme, Zigarrenmacher Heinrich Conradi, sämtlich in Wernigerode. —

— (Tödlicher Unglücksfall.) Der Milchhändler Lüderitz aus Benzingerode fuhr am Freitag nachmittag, wie täglich, von Wernigerode nach seinem Heimatsdorf. Kurz vor der Heuerichen Ziegelei auf der Benzingeröder Chaussee löste sich ein Vorderrad von seinem Fuhrwerk. Lüderitz wollte die dadurch aufgeregten Pferde halten, sprang ab und verwickelte sich in den Zugsträngen. Die Pferde gingen weiter und dem L. wurde beim Anfahren an einen Baum der Brustkorb eingedrückt. Der Führer eines von Benzingerode kommenden Fuhrwerks nahm sich des Verunglückten an und transportierte ihn nach dem hiesigen Krankenhaus. Lüderitz verstarb aber schon auf dem Transport. L. hinterläßt Frau und vier Kinder im Alter von 7, 11, 13 und 17 Jahren. Der so jäh aus dem Leben Geschiedene ist erst 37 Jahre alt. Lüderitz hatte schon einmal vor längerer Zeit einen Unfall mit dem Wagen, welcher aber noch glücklich abgelaufen war. —

Selbstmord oder Mord?

(Dritter Tag.)

In der Beweisaufnahme wurden eine Reihe von Zeugen vernommen, denen gegenüber der Angeklagte Nickel seinerzeit das Geständnis abgelegt hatte, daß er auf Anstiften der Frau Menzel ihren Mann erschossen habe.

Der Gastwirt Thomae, bei dem Nickel längere Zeit verkehrt hatte, bekundet, daß N. viel von seiner Braut erzählt habe. Nickel habe u. a. auch einmal erklärt, daß Frau Menzel, wenn er es wolle, kommen müsse. Sie wolle, daß er nach außerhalb gehe und dort 2 Jahre arbeite; zu diesem Zwecke wolle sie ihm 100 Mark geben. Bei dieser Gelegenheit habe N. geäußert: „Die Sache liegt tiefer, wenn Sie wüßten, was ich für dieses Weib getan habe." Er sei dann zu Frau Menzel gefahren und mit vollem Portemonnaie wiedergekommen. Am 13. März habe, wie der Zeuge bekundet, Nickel wieder in dem Lokal gesessen. Er sei sehr betrübt gewesen und habe den Eindruck gemacht, als wenn er irgend etwas Schweres auf dem Herzen gehabt. Auf seine Frage, was denn los sei, habe Nickel angefangen zu weinen und mit Tränen in den Augen ihm die Hände auf die Schultern gelegt und geäußert: „Ich kann es Ihnen ja nicht sagen, was mich quält!" — „Ich sagte zu ihm", so fährt der Zeuge fort, „daß es doch das beste wäre, wenn er sage, was ihn bedrücke, und sein Gewissen erleichtere". Da er schon vorher alle möglichen Andeutungen über die Menzelschen Eheleute gemacht hatte, nahm ich an, daß seine gedrückte Stimmung hiermit in irgendeiner Weise in Verbindung stehe und fragte ihn danach. Nickel erklärte hierauf weinend: „Ich habe den Mann erschossen, das Weib hat mich dazu angestiftet!" Auf meine Frage, wie er denn zu einer so furchtbaren Tat gekommen sei, erzählte Nickel: „Ich habe die Frau geliebt und hätte alles für sie getan. Sie sagte mir erst, ich solle ihren Mann ins Wasser werfen, damit sie ihn los werde. Als ich mich weigerte, etwas Derartiges zu tun, fragte sie mich, ob ich mit einem Revolver umzugehen verstände. Als ich dies bejahte, forderte sie mich auf, ihren Mann zu erschießen. Ich sagte ihr, daß ich so etwas nicht tun würde, da nannte sie mich „Feigling" und da habe ich es getan!" Einige Tage später sei Frau Menzel zu ihm gekommen und habe ihm erzählt, Nickel rede alles mögliche durcheinander. Als er (Zeuge) ihr erzählte, daß Nickel sie sogar der Anstiftung zum Morde bezichtigt habe, sei Frau Menzel völlig ruhig geblieben.

Arbeiter Greve bekundet einen Vorfall, der sich in einer Stube der Frau Albisch abgespielt hat. Er befand sich dort zusammen mit Nickel und Frau Menzel. Zwischen letztern entstand ein Streit, in dessen Verlauf Nickel heftig auf die Frau Menzel einschlug, als sie wider seinen Willen weggehen wollte. Da habe Nickel wütend ihr zugerufen: „Du mußt machen, was ich will. Du weißt,

daß Du Anstifterin eines Mordes bist!"

Frau Menzel habe gegen diese Beschuldigung nicht nachdrücklich sich gewehrt, sondern nur gewimmert und laut geweint und geschluchzt: er solle doch ruhig sein und das Schlagen sein lassen. Am nächsten Tage habe ich Nickel zur Rede gestellt, was die Aeußerung denn zu bedeuten habe, er hat aber geantwortet: „Du mußt auf so etwas nichts geben, ich rede manchmal etwas so hin, was keine Bedeutung hat." — Nickel bestreitet ganz entschieden die Behauptung des Zeugen, daß dieser seit jenem Abend nicht mehr mit ihm zusammen gearbeitet habe. Tatsächlich sei es nicht richtig, daß Greve Ende Januar 1911 nach Hamburg gegangen sei. Da die Geschwornen Wert auf die genaue Feststellung dieser Behauptung legen, werden sofort die nötigen Erhebungen vom Vorsitzenden angeordnet.

Der alsdann vernommene Zeuge ist der Sohn des Gastwirts Danner. Er kennt Nickel aus dem Lokal seines Vaters. Dort hat Nickel mehrfach erzählt, er habe eine Braut, er habe nicht nötig zu arbeiten, denn er bekomme genügend Geld von seiner Braut; er habe mit seiner Braut eine schwere Sache vor, wenn er kein Geld von ihr bekomme, würde sie auch dran sein. Erhalte er genügend Geld, dann würde er ins Ausland gehen und die Sache würde unaufgeklärt bleiben. Nickel sei dabei angetrunken gewesen und er (Zeuge) habe deshalb nicht weiter gefragt.

Die Vernehmung der Sachverständigen.

Der erste Sachverständige, Medizinalrat Dr. Stoermer, öffnet eine unscheinbare Holzkiste und entnimmt aus einem in dieser stehenden Glasgefäß den Kopf des Ermordeten. Der noch mit dem vollen Haarschmuck versehene Schädel, der einen wahrhaft grauenerregenden Eindruck macht, ist noch mit der Haut umgeben, die eine gelblich-grüne Fäulnisfarbe angenommen hat. Der Sachverständige betont, daß es sehr schwierig war, den Kopf, nachdem er über 1½ Jahre im Grabe gelegen hatte, in einer Weise zu konservieren, um daran die erforderlichen Untersuchungen vornehmen zu können. Der Sachverständige schildert, wie die Leiche im Grabe gelegen habe, und erklärt dabei, daß die Berliner Friedhofserde im allgemeinen gut konservierend wirke. Nach 20wöchiger Behandlung mit einer Konservierungsflüssigkeit sei der Schädel dann geöffnet worden, nachdem mehrere Röntgenaufnahmen davon gemacht worden seien. Auf den den Geschwornen vorgelegten Röntgenbildern sind deutlich die in dem Schädel befindlich gewesenen Revolverkugeln zu erkennen. An dem in verschiedene Teile zerlegbaren Schädel sind die zwei Einschußöffnungen, die dicht vor dem linken Ohr in der Schläfengegend liegen, deutlich erkennbar. Wie der Sachverständige weiter erklärt, sind sogar die in der Nähe der Schläfe befindlichen Haarpartien mikroskopisch untersucht worden, wobei sich ergab, daß sie der Hitze des Feuerstrahls der Schußwaffe ausgesetzt gewesen seien. Es handelt sich jedoch nicht um Schüsse, die aus unmittelbarer Nähe abgegeben worden seien. Verschiedene Anzeichen sprächen dafür, daß die Schüsse aus zirka 10 Zentimeter Entfernung abgegeben seien. Das Wichtigste ist die Feststellung der Schußrichtung, und da muß gesagt werden: es ist etwas ganz Ungewöhnliches, daß ein Selbstmörder in dieser Weise einen Schuß auf sich abgibt. Man muß schon eine Häufung von Ungewöhnlichem und Seltsamkeiten annehmen, wenn man in diesem Falle einen Selbstmord annehmen wollte. Zu den von mir angegebenen Gründen kommt doch noch, daß der Schuß aus einer gewissen Entfernung abgegeben worden ist. Der Schuß, welcher wahrscheinlich als der erste anzunehmen ist, ist ein solcher, daß die Möglichkeit vorliegt, der Erschossene konnte vielleicht schwer verletzt werden, konnte aber noch eine Weile leben und vielleicht sogar mit dem Leben davonkommen. Etwas andres ist es, wenn man die Blutung, die durch diesen Schuß hervorgerufen wurde, die sehr bedeutend war und durch die Blutung durch den andern Schuß noch vergrößert wurde, in Betracht zieht. Nach den genauen Feststellungen, die bezüglich des ersten Schußkanals mühselig getroffen werden konnten, ist zu sagen: es ist nicht möglich sich mit der rechten Hand einen solchen Schuß selbst beizubringen; mit der linken Hand wäre es zwar möglich, aber es ist nicht wahrscheinlich. Ueber den zweiten Schußkanal war Bestimmtes nicht mehr festzustellen. Es ist an sich möglich, daß ein Selbstmörder mehrere Schädelschüsse auf sich abgibt, es ist aber nicht wahrscheinlich; daß beide dann links und so dicht nebeneinander abgegeben wären, wäre mir ein Novum. Wenn man, wie gesagt, nicht eine Häufung von Unwahrscheinlichkeiten und Ungewöhnlichkeiten annehmen will, so ergibt sich als Schlußfolgerung der sehr sorgfältig gemachten Feststellungen, daß

Menzel von fremder Hand getötet ist.

Bei diesem Gutachten bleibt der Sachverständige auch nach wiederholten Fragen der Verteidiger.

Ueber den Geisteszustand der Frau Menzel wird hierauf Medizinalrat Dr. Stoermer kurz vernommen. Der Sachverständige erklärt,

daß bei der Frau M. weder eine Geisteskrankheit noch eine Geistesschwäche vorliege.

Ueber den Geisteszustand des Nickel äußert sich Geh. Medizinalrat Dr. Leppmann in längerem Vortrag. Er kommt zu dem Schlusse: Aus krankhafter Grundlage habe Nickel seine Fabulierungen nicht entworfen. Wenn man annimmt, daß er sich fälschlich bezichtigt hat, so sind auch keine krankhaften Gründe dafür maßgebend. Selbstbezichtigungen pathologischer Patienten oder starker Melancholiker kommen ja vor, von einer seelischen Depression, die in solchen Fällen vorzuliegen pflege, sei aber bei Nickel auch keine Rede. Alles in allem: es sei weder erwiesen noch wahrscheinlich gemacht, daß Nickel aus krankhaften Gründen seine Selbstbezichtigung ausgesprochen, d. h. in einem Zustand, wo er dem freien Willen entrückt war.

Nach Schluß der Beweisaufnahme werden die an die Geschwornen gerichteten

Schuldfragen

formuliert. Sie lauten auf Mord bzw. Anstiftung. Die Eventualfragen gehen auf Totschlag bzw. mildernde Umstände, und bezüglich der Frau Menzel auch noch auf Begünstigung.

Staatsanwaltschaftsrat Mix sucht an den Ergebnissen der Verhandlungen darzulegen, daß unzweifelhaft kein Selbstmord vorliegt, sondern Menzel einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

Der zweite Vertreter der Anklagebehörde, Assessor Eckert, geht auf die Einzelheiten der Verhandlung ein und gelangt zu dem Schlusse: Nickel hat einen planmäßigen Mord verübt, er hat den Menzel, ohne daß irgendein Streit vorangegangen war, heimtückisch erschossen, als dieser ihm das Notizbuch zeigte. Angestiftet zu der Tat habe Frau Menzel den Nickel.

Die Verteidiger Rechtsanwälte Dr. Fränkel, Dr. Alsberg, Munk und Dr. Rothschild geben in längern Ausführungen der des Staatsanwalts entgegenstehenden Ansicht Ausdruck. Sie fassen die Momente zusammen, die für die Möglichkeit eines Selbstmordes sprechen. Sollte man aber annehmen, daß Selbstmord ausgeschlossen sei, so sei zu erwägen, ob nicht ein andrer als die Angeklagten die Tat ausgeführt habe. Käme man auch zur Verneinung dieser Frage, so müsse mit der Möglichkeit eines Totschlags und der fernern Möglichkeit gerechnet werden, daß Frau Menzel erst nach der Tat dem Täter aus Furcht Begünstigung habe zuteil werden lassen. Sie plädieren für Verneinung der Schuldfragen ev. der Frage nach Bejahung der mildernden Umstände für den Fall der Bejahung der Fragen des Totschlags

Die Beratungen der Geschwornen und des Gerichtshofs zogen sich bis in die Nachtstunden hin.

Um 10 Uhr zogen sich die Geschwornen zur Beratung zurück, die sich bis Mitternacht ausdehnte.

Der Spruch der Geschwornen lautete gegen Nickel auf schuldig des Totschlags unter Ausschluß mildernder Umstände, gegen Frau Menzel auf schuldig der Begünstigung.

Staatsanwaltschaftsrat Mix beantragte gegen Nickel 12 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von 10 Monaten Untersuchungshaft, gegen Frau Menzel die Höchststrafe von 1 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 9 Monaten.

Das Gericht verurteilte Nickel zu 12 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von 1 Jahre Untersuchungshaft und Ehrverlust auf die Dauer von 10 Jahren, Frau Menzel zu 1 Jahre Gefängnis, welches auf die erlittene Untersuchungshaft voll angerechnet wurde.

Nickel erklärte, sich bei dem Urteil nicht zu beruhigen. —

Kleine Chronik.

Eisenbahnunglück.

Am Sonntag nachmittag ist auf der Strecke Hagen (Dortmund) in der Nähe des Bahnhofs Vorhalle der 2.52 Uhr von Hagen abfahrende Eilzug 153 aus bisher unaufgeklärter Ursache an einer für die Uebergangsgleise erst in vergangener Nacht eingebauten Weiche entgleist. Die Lokomotive des Zuges fiel um und legte sich quer über die Gleise. Auch der Gepäckwagen wurde umgeworfen. Ein Personenwagen geriet mit der hintern Achse aus dem Gleis, wodurch das Hinterteil zertrümmert wurde. Der Lokomotivführer Fischer wurde schwerverletzt ins Krankenhaus Hagen eingeliefert. Der Heizer ist getötet worden. Verschiedene Passagiere erlitten leichtere Verletzungen. —

Giftmörder Hopf.

Die Voruntersuchung gegen den Artisten Hopf aus Frankfurt a. M., der sich seit April wegen sechsfachen Giftmordversuchs in Haft befindet, ist abgeschlossen. Die Untersuchung der sechs ausgegrabenen Leichen hat ergeben, daß alle stark Arsenik enthalten. Mit Bestimmtheit steht fest, daß Hopf ein uneheliches Kind seiner Frau aus erster Ehe vergiftet hat. Dagegen konnten die Giftmordversuche an Hopfs zweiter Frau und seinen Eltern nicht einwandfrei nachgewiesen werden, wohl aber ist Hopf auch des Giftmordversuchs an seiner dritten Frau überführt. —

Aus Versehen erschossen.

Eine Revolverszene, bei der ein Bankier und Villenbesitzer seinen Tod fand, spielte sich am Spätnachmittag in Glienicke an der Nordbahn ab. Der Bankier Paul Mathesius wurde von einem Arbeiter, mit dem er wegen einer Lohnzahlung in Streitigkeiten geraten war, versehentlich niedergeschossen und starb nach wenigen Minuten. Der Täter stellte sich gleich darauf freiwillig der Ortspolizei. —

Konzert.

Magdeburg, 19. Oktober.

Die Musikaufführungen in der Ulrichskirche haben wieder begonnen. Es war mit der Einrichtung dieser Aufführungen, wie damals von leitender Stelle ausgesprochen wurde, der Gewißheit Ausdruck gegeben worden, daß diese Konzerte zu einer Bedeutung im Musikleben Magdeburgs gelangen würden. Man hoffte wohl, die Führerschaft in diesen musikkirchlichen Bestrebungen zu erreichen. Aber jenes Ziel ist bis heute selbstverständlich nicht erreicht worden, da auch auf diesem Felde der Ehre, wie bei allen menschlichen Einrichtungen, die Konkurrenz in Erscheinung tritt. Leider sowohl wie Mitwirkende an den Programmen bildeten nur einen gewissen Bruchteil im musikalischen Leben, dessen Bedeutung in Kreisen, die gleiche Ziele verfolgten, von vornherein bestimmt wurde. In gewisser Beziehung haben diese Kreise nicht Unrecht, wenn schon die Parabel vom Balken und Splitter wohl einige Beachtung bei ihnen verdienen hätte. Eine führende Bedeutung haben die Musikaufführungen in der Ulrichskirche bisher nicht erlangt, werden sie auch aller Voraussagungen nach nie erreichen. Man kann jetzt magerhin den Kreis der Mitwirkenden, welche zum Teil als Komponisten, zum Teil auch als Vortragende in Erscheinung treten, um dem Bedürfnis nach geistlicher Musik in einem allerdings nur bescheidenen Rahmen zu genügen. Ein gewisser Eifer, am Dranfgängertum, ein Durchsetzungsvermögen ist zwar bemerkbar, aber diese immerhin guten Eigenschaften kommen nur einem begrenzten musikalischen Können zu Hilfe, und mehr als eine Nummer im heutigen Programm bedürfte des Wiedersehens. Was für einen idealen Erfolg muß eine Nummer wie Bachs Sarabande für Cello und Orgel geben, wenn der jugendliche Vortragende zwischen Zaghaftigkeit und Ueberschwänglichkeit hin und her schwankt und ein gelassener ruhiger Vortrag überhaupt nicht zustande kommt. Die Sängerin bemühte sich um den sogen. großen Ton. Sie sollte aber wissen, daß ihr wohlklingender Sopran dadurch an Schmelz verliert und daß diese Art der Tonerzeugung eine Stimme auf die Dauer ermüdet. Ein neuer Komponist stellte sich auch mit einer Liede vor, das einer Sammlung „Aus ernster Zeit" entnommen war, die aber ursprünglich nicht für kirchlichen Rahmen gedacht war: A. Klages komponiert ein Dankgebet in der Stimmung einer Elegie und legt sich dadurch mit der Idee seines Textes im Widerspruch. Wenn das Programm mit seinen vielen Nummern nicht 5 einhalbstündig in seinem Kreisen unbekannte Autoren berücksichtigen, sondern die Leitung der Konzerte anerkannte Größen pflegen würde, so würde dieser musikalischen Kunst mehr gedient sein. —

Grotz.

Grubenbrand in Oberschlesien.

Auf dem Heinitzflöz der Kapellengrube bei Borsigwerk kam ein großer Grubenbrand aus, der durch einen Haspelbrand entstanden sein soll. Zwei Bergleute wurden als verstümmelte Leichen geborgen. Mehrere andre wurden schwer verletzt ins Freie gebracht und nach dem Knappschaftslazarett in Rudahammer geschafft. Zwei Zimmerhäuer, ein Aufseher und ein Häuer sind leichter verletzt. Sie haben Brandwunden am Kopf und an den Händen davongetragen. Bald nach dem Unglück fuhr eine Rettungskolonne in die Grube ein, um weitere Rettungsversuche zu unternehmen. Da nur ein Teil dieser Rettungsmannschaften wieder zurückgekehrt ist, befürchtet man, daß den übrigen durch das Feuer der Rückweg abgeschnitten worden ist. Außer diesem vermißten Rest der Rettungsmannschaft befinden sich noch ein Aufseher, ein Zimmerhäuer und ein Bergmann in der brennenden Grube. —

Unter Mordverdacht verhaftet.

In einem Restaurant in St. Pauli in Hamburg wurde der Schiffseigner Wilhelm Mayer aus Malz verhaftet. Er soll bei dem großen Sacharin-, Salpeter- und Getreideschmuggel beteiligt gewesen sein, der vor kurzem in Hamburg entdeckt wurde. Mayer steht jetzt in dem dringenden Verdacht, seinen Steuermann bei dem Dorfe Lenzen über Bord in die Elbe gestoßen zu haben, um sich eines unangenehm werdenden Zeugen zu entledigen. Der Steuermann ertrank.

Eine Löwenjagd in Leipzig.

Sonntag nacht kurz vor 12 Uhr wurde auf der Berliner Straße beim Abtransport des Zirkus Barnum der große Löwentransportwagen von einem Wagen der elektrischen Straßenbahn angefahren. Dabei wurde eine Planke losgerissen, durch die 8 Löwen die Freiheit gewannen. Mit mächtigen Sätzen sprangen sie durch die Straßen. Die sofort aufgebotene Schutzmannschaft konnte drei der Löwen erschießen, ein Löwe wurde angeschossen und dann gefangen. Ein fünfter sprang in ein Hotel, flüchtete auf den Abort und wurde dort vom Wärter abgeholt, ein sechster sprang in einen Güterschuppen der Berliner Bahn und wurde dort gefangen. Die beiden andern Löwen waren bis 4 Uhr nachts noch in Freiheit.

Ein andrer Bericht besagt über den Vorfall folgendes: Ein Wagen der elektrischen Straßenbahn fuhr in der Nacht zum Sonntag in der Blücherstraße auf einen nach dem Bahnhof fahrenden Tierwagen des Zirkus Barnum auf, wobei der Tierwagen zertrümmert wurde und acht Löwen entwichen. Unter dem zahlreichen Publikum entstand eine furchtbare Panik. Ein Löwe sprang durch die Tür des Hotels Blücher, lief die Treppe hinauf und setzte alles in Schrecken. Ein Gast des Hotels, ein Franzose, der bereits im Schlaf gelegen hatte, hörte an der Tür ein starkes Kratzen und sah sich, als er öffnete, dem Löwen gegenüber. Noch schlaftrunken hielt er ihn zunächst für ein Kalb, bis er dann zu seinem Schrecken das Raubtier erkannte. Von den acht entkommenen Löwen wurden fünf durch Polizeibeamte erschossen. Zwei Löwen sind in der Richtung nach Mockau entflohen, während ein dritter sich in der Gegend des Plösner Waldes befinden soll. Von der Polizei ist eine Streife veranstaltet worden. Nach einer spätern Meldung sind nur fünf Löwen entsprungen, die sämtlich von der Polizei erschossen wurden. —

Selbstmord eines Liebespaars.

In Tutzing am Starnberger See wurden die Leichen eines Liebespaars, des 21 Jahre alten Malers Alfred Masmuth aus Frankfurt a. M. und der ebenfalls aus Frankfurt stammenden Kassiererin Auguste Herr erschossen aufgefunden. Die jungen Leute haben Karten mit dem Wunsche hinterlassen, in Offenbach a. M. eingeäschert zu werden. —

Ein steuerloser Dampfer.

Auf dem Starnberger See geriet am Sonntag abend gegen ¾7 Uhr infolge dichten Nebels der Personendampfer „Luitpold", auf dem sich etwa 400 Passagiere befanden, auf Grund. Nach einer halben Stunde gelang es dem Dampfer, wieder loszukommen. Er hatte aber das Steuer verloren und treibt jetzt steuerlos auf dem See. An den Dampfer mit Schiffen heranzukommen, ist infolge des dichten Nebels nicht möglich. Der Dampfer mußte also zunächst seinem Schicksal überlassen bleiben. Um 10 Uhr abends ist er dann bei Leoni glücklich gelandet. —

100 000 Mark unterschlagen.

Der Gerichtssekretär Faust, der 40 Jahre am Amtsgericht zu Herrnhut tätig ist, hat 100 000 Mark Mündelgelder unterschlagen. Der 81jährige Defraudant wurde ins Untersuchungsgefängnis nach Bautzen gebracht. —

Der „Bauernschreck".

Aus Graz (Steiermark) wird berichtet: An Gipsabdrücken von Fußspuren der wilden Tiere auf der Stub- und Coralpe wurde beim Vergleichen mit Hundespuren aus dem Tierspital im Veterinäramt festgestellt, daß es sich nicht um katzenartige Tiere, sondern um wildernde Bauernhunde handelt. Die Nachforschungen werden noch fortgesetzt. —

Eisenbahnunglück in Japan.

Ein Expreßzug mit 400 Festpilgern ist bei Tojama (Mitteljapan) mit einem Güterzug zusammengestoßen. Zwei Wagen des Güterzugs und sechs des Expreßzugs wurden zerstört. Zwanzig Personen sind getötet und 100 zum Teil schwer verletzt worden. —

Ein vierfacher Mörder und Brandstifter.

In der Nähe von Rorato in Oberitalien erstach ein schon wiederholt bestrafter Bauernbursche seinen eignen Vater, seinen Bruder, seine Schwägerin und eine Magd und zündete dann das Haus an, in dem er den vierfachen Mord begangen hatte. Kurz darauf wurde er verhaftet. —

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 18. Oktober.

Aufgebote: Arb. Walter Kraft mit Agnes Kreutzmann. Musiker Ewald Grimm mit Anna Mahr.

Eheschließungen: Gärtner Rich. Böhmer mit Martha Senff. Schriftsetzer Traugott Steffen mit Martha Havemann. Bautechniker Wilhelm Schnabel mit Minna Wöhleke. Bureaugehilfe Willi Müller mit Olga Reimann. Ingenieur Hugo Kayser mit Margarete Feldheim. Weißgerber Franz Graviat mit Emma Riechert. Prakt. Arzt Physikus Dr. med. Erich Dibbelt mit Margarete Rosenbusch.

Todesfälle: Sterbekassenkassierer Gustav Märtens, 67 J. 2 M. 5 T. Luise geb. Bues, Ehefrau des Lohndieners Friedrich Kraut, 61 J. 2 M. 29 T. Kaufmann Gustav Krasper, 54 J. 5 M. 1 T. Lina geb. Brüser, Ehefrau des Tischlers Robert Jäger aus Groß-Ottersleben, 25 J. 9 M. 4 T.

Buckau, 18. Oktober

Aufgebot: Schmied Gustav Schulze mit Martha Schüler.

Eheschließungen: Kaufmann Johannes Köhne in Erfurt mit Erna Köbler hier. Schlosser Gustav Jährling mit Frida Hirschmann. Arbeiter Wilhelm Strobach mit Frida Thuns. Tischler Herm. Tesch mit Frida Schadewitz. Packer Otto Fahrig mit Anna Pauser. Eisendreher Robert Regener hier mit Berta Meyer in Karlsh.

Neustadt, 18. Oktober.

Aufgebote: Kutscher Heinrich Lauenroth mit Margarete Budelmiz. Eisenbahn-Lokomotivführer Alfred Schulze mit Ella Lüders.

Eheschließungen: Zuschläger Paul Weber mit Frida Peters. Schneider Otto Spachtholz mit Meta Schiffmann. Kaufmann Heinrich Rätzel mit Friederike Dierrich in Neuhaldensleben. Kaufmann Otto Könnecke mit Margarete Weigelt. Schmied Karl Müller mit Hedwig Gerig. Lichtpauser Gustav Uhlig mit Meta Sonderhoff. Versicherungsbeamter Paul Wollweber mit Else Schumitz. Handelsmann Otto Müller mit Lina Ziermann. Eisendreher Wilhelm Bringezu mit Margarete Lippert.

Geburten: Willi, S. des Arbeiters Willi Bethge. Gerda, T. des Schriftsetzers Joseph Kral. Erna, T. des Arbeiters Otto Schröther. Elisabeth, T. des Maschinenputzers Walter Braune. Herta, T. des Fabrikanten Gustav Scharioth. Hansjoachim, S. des Kesselschmiedebesitzers Johann Bark.

Sudenburg, 18. Oktober.

Eheschließungen: Schlosser Otto Brüggemann mit Lucie Hoffmann. Geschäftsführer Walter Koch mit Else Röder. Kaufmann Karl Rössing mit Margarete Rath. Straßenbahn-Streckenwärter Otto Engelhardt mit Klara Burchhardt. Schlosser Rudolf Behrendt mit Anna Gauthier. Arbeiter Joseph Dietz mit Luise Herzog.

Geburten: Charlotte, T. des Schuhmachers August Jagelmann. Edith, T. des Schlossers Paul Haase. Gerda, T. des Landbriefträgers Ernst Gradert.

Todesfälle: Minna geb. Giebeler, Ehefrau des Privatmanns Gottlieb Magel, 57 J. 1 M. 6 T. Fleischer Ernst Helbich, 38 J. 2 M. 4 T. Privatmann Anton Wagemann, 68 J. 6 M. 23 T.

Aschersleben.

Aufgebot: Postbote Hugo Zimmermann mit Melanie Ritter.

Eheschließungen: Werkmeister Richard Große mit Anna Helbing. Schuhmacher Georg Koch in Halberstadt mit Emma Arnold hier. Bergarbeiter Hermann Reer mit Martha Wendenburg. Kutscher Franz Hinsdorf mit Ida Ziegenhorn. Bahnarb. Karl Oswald mit Elisabeth Kämmerer. Arbeiter Robert Hannibal mit Frida Krause. Bergarbeiter Friedrich Schulze mit Emma Kobert. Kellner Hermann Herzog mit Olga Flügel

Geburt: T. des Restaurateurs Alwin Hoff.

Halberstadt.

Aufgebote: Polizeisergeant Ewald Hennig in Neukölln mit Hedwig Ottilie Lina Dehmz in Goßmar. Stellmacher Gustav Adolf Denecke hier mit Else Ida Zedler in Groß-Alsleben. Arbeiter Willi Hoffmeister mit Marie Powroczuik in Sargstedt. Artist Johann Ludwig Karl Joseph Paul Spannaus mit Paula Harmsen in Hamburg. Fabrikarbeiter Hermann Otto Hänsel mit Luise Lina Klugmann in Wolfen. Arbeiter Ferdinand Krößmann mit Klara Kühne. Maler Otto Lüddecke mit Luise Sander. Eisenbahnbote Max Soban mit Alma Mann. Dreher Louis Becker mit Emma Gebhardt. Kaufmann Heinrich Klinge hier mit Gertrud Klaus in Blankenburg. Bahnunterhaltungsbeamter Friedrich Franz Willecke mit Anna Emma Meinhardt in Wegeleben. Bahnhofsvorsteher Hermann Karl Nehrkorn in Dardesheim mit Minna Auguste Abel in Langeln. Hilfsheizer Christoph Friedrich Wilhelm Werner in Bernburg mit Anna Emma Marie Wesemann hier.

Eheschließungen: Hausdiener Louis Stäps mit Elise Schneevoigt. Administrator Gotthard Haude mit Lili Montag. Oberkellner Christian Spilner mit Anna Schäfer. Bahnarbeiter Otto Schmidt mit Anna Pannicke. Kaufmann Robert Severin mit Anna Heinz.

Geburten: S. des Maurers Hermann Schröder. S. des Bankiers Walter Lindemann. S. des Tischlers Friedrich Kuchenreuther. S. des Fabrikbesitzers Willi Hartwitz.

Todesfälle: Wilhelm, S. des Arbeiters Wilhelm Bormann, 1 J. Rentner Wilhelm Wulff, 71 J. Hildegard, T. des Fabrikarbeiters Gustav Kawczynski, 3 M. Ella, T. des Korbmachers Gustav Panning, 3 J. Vorarbeiter Hermann Denkewitz, 60 J. Rosa Kaufhold, 33 J. Schmied Friedrich Probst, 24 J. Witwe Zilling, Friederike geb. Liebau, 77 J.

Neuhaldensleben.

Aufgebot: Buchhalter Friedrich August Ludwig Hintze mit Amalie Elisabeth Merkel.

Eheschließungen: Sergeant u. Bataillonsschreiber Ernst Otto Hermann Klinzmann in Magdeburg mit Else Henriette Greyner hier. Sergeant Hermann Friedrich Heise in Gardelegen mit Martha Minna Niemann hier.

Geburt: S. des Buchhändlers Otto Albrecht Zabel.

Todesfall: Kaufmann Wilhelm Ludwig Bonath, 45 J. 10 M. 28 T.

Wernigerode.

Aufgebote: Arb. Gustav Duhme mit Marie Gerlach. Postbote Otto Tippe mit Elisabeth Anna Frida Fuhrmann.

Eheschließungen: Maler Reinhold Gerecke mit Sibylla Nörgel. Müllergeselle August Eduard Krampfholz mit Johanne Hermine Heindorf. Sägemühlenarb. Karl Heinrich Friedrich Odenbach mit Barbara Grunwald.

Geburten: S. des Schmiedemstrs. August Fuchs. T. des Formers Hermann Kaiser. S. des Magnetopath Franz Zimmermann. T. des Maurers Hermann Bley. T. des Arb. Otto Eilers. S. des Arb. Karl Jakobi. S. des Arb. Gustav Belger. S. des Lackierers Gustav Pfitzenreuter. S. des Müllers Friedrich Wilhelm Hartmann. S. des Kupferschmieds Hermann Günther. S. des Maurers Friedrich Dickhut. T. des Vorarb. Paul Artur Heerdes. S. des Drehorgelspielers Friedrich Meyer. T. des Fuhrmanns Franz Bertram. S. des Installateurs Gustav Müller. T. des Arb. Heinrich Helmstedt. T. des Fleischers Hermann Trümpelmann.

Todesfälle: Wilhelm Seidenberg aus Osterwieck, 21 J. Witwe Johanne Jung geb. Scharioth, 59 J. Sattlerlehrling Gustav Kollenbach, 16 J. Frida Möser, 5 M. Sattler Bernhard Meier aus Bündheim-Harzburg, 76 J. Invalide Wilhelm Ritzling, 33 J. Ehefrau Marie Beuster geb. Hellvoigt, 61 J.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Dienstag

Mittwoch

Donnerstag

Freitag

Der große Verkauf

der während meines Baues

angestaubten und beschädigten Waren.

Da alle diese Waren unbedingt geräumt werden müssen, habe ich die Preise hierfür ohne Rücksicht auf den früheren Preis geradezu

unglaublich niedrig gestellt.

Es sind vorhanden unter anderm:

Posten **Normalwäsche**	Posten **Barchente**	Posten **Damenmäntel**	Posten **Knaben-Anzüge**
Posten **Wäsche**	Posten **Schürzenstoffe**	Diverse **Kostüme**	Posten **Herren-Anzüge**
Posten **Kleiderstoffe**	Posten **Bettzeuge**	Div. **schwarze Mäntel**	Posten **Herren-Hosen**
Posten **Schürzen**	Einige Stücke **Inlette**	**Golfjacken, Röcke**	Posten **Herren-Ulster**
Posten **Kleiderstoffe**	Posten **Gardinen**	**Blusen, Schirme**	Posten **Herren-Joppen**
			Posten **Hüte und Mützen**

Die Waren sind auf Extra-Tischen ausgelegt.

Kaufhaus Adolph Michaelis

Ratswageplatz 1 und 2 — **An der Fontäne**

Geschäfts-Eröffnung.

Hierdurch teile ich einem geehrten Publikum von

BURG u. Umg.

mit, daß ich am heutigen Tage unter der Firma

Hirsch-Drogerie

meine

Drogen-, Chemikalien-, Farben- u. Parfümeriewaren-Handlung

4362 **Schartauer Straße 12**

eröffne.

Stets werde ich bestrebt sein, durch fachmännische, zuvorkommende Bedienung, Verabfolgung bester Waren zu billigen Preisen und Raterteilung in allen die Branche betreffenden Fällen mir das Vertrauen der mich Beehrenden zu erwerben. Indem ich bitte, mein Unternehmen bei eintretendem Bedarf gütigst unterstützen zu wollen, zeichne

hochachtungsvoll

Ferd. Schröder.

Schone deine Augen

durch rechtzeitige Anwendung richtig passender und genau sitzender

Rathenower Brillen oder Klemmer

vom

Schmidt Breiteweg Nr. 56. 4481

Deutsch-amerik. Besohlanstalten

mit elektrischem Betrieb.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

Jakobstraße 12

Saubere Arbeit, schnelle Bedienung, Verarbeitung nur besten Kernleders. — Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft.

Weitere Geschäfte:

Buckau Schönebecker Straße 41 — **Neustadt** Lückerbecker Straße 37

Bitte genau auf Namen und Nummer zu achten.

2559 Hochachtungsvoll

Herm. Schröder.

Einzel-Möbel

sowie

komplette Zimmer

zu billigsten Preisen.

Kleiderschränke	von Mk.	27.00 an
Vertikos	„ „	35.00 an
Pfeilerschränke	„ „	22.00 an
Pfeilerspiegel	„ „	8.00 an
Stegtische	„ „	18.00 an
Ausziehtische	„ „	24.00 an
Trumeaus	„ „	38.00 an
Umbauten	„ „	45.00 an
Büfetts	„ „	135.00 an
Kredenzen	„ „	85.00 an
Serviertische	„ „	15.00 an
Bücherschränke	„ „	70.00 an
Schreibtische	„ „	65.00 an
Zierschränke	„ „	80.00 an
Bettstellen	„ „	14.00 an
Rohrstühle	„ „	4.00 an
Küchenschränke	„ „	28.00 an
Küchenbüfetts	„ „	38.00 an
Anrichten	„ „	24.00 an
Flurgarderoben	„ „	19.00 an
Standuhren	„ „	80.00 an
Klubsessel	„ „	75.00 an
Schreibsessel	„ „	10.00 an
Bauerntische	„ „	3.50 an
Luxustische	„ „	6.00 an
Messingtischchen	„ „	10.00 an
Nähtische	„ „	15.00 an
Wiener Schaukel	„ „	20.00 an
Frisiertoiletten	„ „	25.00 an
Balustraden	„ „	16.00 an
Etageren	„ „	8.00 an
Goldhocker	„ „	15.00 an
Goldstühle	„ „	14.00 an
Büstenständer	„ „	6.00 an
Küchen	in allen Preislagen	
Herrenzimmer	„ „	„
Speisezimmer	„ „	„
Salons	„ „	„
Schlafzimmer	„ „	„
Fremdenzimm.	„ „	„

Sehenswerte Ausstellung in 6 Etagen

Bauch & Stimmel

vorm. Jakob Mook

Möbelhaus 4176

Eigene Werkstätten

Alter Markt (am Rathaus).

Brautleute! 3841 **Möbeltäufer!**

Wegen Aufgabe meines Ladens **Kaiserstraße 108, Möbelbörse,** verkaufe sämtliche Möbel zu jedem annehmbaren Preise.

C. Lautenbach, Georgenstraße 4.

Otto Lehmann

:: Sudenburg :: Halberstädter Straße 112

Spezialgeschäft für Wäsche

empfiehlt 4253

doppelt gereinigte Bettfedern u. Daunen sowie fertige Betten

Bettfedern-Reinigungsanstalt.

Machen Sie einen Versuch

in Ihrem eignen Interesse.

Nicht der billige Preis allein befriedigt, man wünscht außerdem 4181

tadellosen Sitz

d. h. vollendet neuzeitige Form in gediegener, bewährter Machart, aus hochmodernen, reellen wirklichen Maßstoffen. Diese Vorteile finden Sie in meinem Spezialgeschäft für

Kleidung nach Maß.

Die Garderobe meiner Kundschaft wird von deren Bekannten stets höher bewertet, es erübrigt sich dadurch jede Preis-Reklame und mein Kundenkreis ergänzt sich durch Weiter-Empfehlung.

L. Mannheimer

Breiteweg 120, I, Ecke Braunehirschstraße.

Umarbeiten alter Schmucksachen!

Neuarbeiten, Reparaturen, Gravierungen, Vergolden Versilbern im eignen Atelier. Sehr reell, gediegene
6300 Arbeit. 14jähr. prakt. Tätigkeit im In- u. Auslande. Ankauf von Gold und Silber zu höchsten Preisen.

Otto Rossi Inhaber: Erwin Fritsch

Goldschmied und Graveur

Große Münzstraße 1a, vis-à-vis von Steigerwald & Kaiser.

Mit Vertrauen können Sie bei mir

Straußfedern

kaufen, denn seit über 30 Jahren führe ich darin gut erprobte Qualitäten.

Straußfedern

schon von **1.00** Mk. an bis **60.00** Mark.

Federkränze

Marabus — Reiher

4136

Anton Funke

Spezialgeschäft für Putz- und Modewaren

Breiteweg 95

Kredit nach auswärts

Das Möbel- und Waren-Kredithaus

die Firma

Theodor Matthies

Breiteweg 82, I

ist nicht nur mit das **älteste,** sondern auch in weiten Kreisen anerkannt **kulanteste** und **bestrenommierte**

Abzahlungs-Geschäft am Platze!

Bequeme Abzahlung — Kleine Anzahlung

Auf Kredit

erhalten Sie dort bei **kleiner Anzahlung** und **bequemer Abzahlung**

Möbel, Polsterwaren u. Betten, komplette Wohn- und Schlafzimmer, farbige Küchen in großer Auswahl.

Gardinen, Teppiche, Portieren, Tischdecken, Bilder, Regulateure, Wäsche, Kleiderstoffe, schwarz und farbig.

Winter-Ueberzieher und Ulster für Herren und Knaben in großer Auswahl. 4296

Theodor Matthies Breiteweg Nr. 82, 1 Tr.

gegründet 1881 Ecke Venedischestraße gegründet 1881

Kredit nach auswärts

Rich. Kruse

Maschinen- u. Fahrrad-Fabrik Vernicklung u. Emaillierung

Magdeburg-Neustadt

Lübeckerstrasse 103.

ist und bleibt die leistungsfähigste und billigste Bezugsquelle für **Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone, Wring- und Waschmaschinen.**

Grösste Auswahl :: Teilzahlung

Kaufe 4165

Kanarienhähne

und **-weibchen.**

Bezahle Hähne mit 3.50 bis 6 Mk., je nach Gesang.

Jos. Tischler, Annastr. 25.

Herren- u. Damenrad, eleg., spottb. **Berliner Str. 1a, II r.**

4175 **Holländische Blumenzwiebeln**

Hyazinthen St. 15 Pf.

Tulpen . Stück 5 Pf.

Fr. Vogeler, Neuer Weg

Réunion

CIGARETTEN

Vineta 8b . . . 2 ₰	Allons . . . . 4 ₰
Clematis . . . 3 ₰	Sternenbanner 5 ₰

In Dosen überall erhältlich
Fabrik: Urban & Lemm / Charlottenburg

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint wöchentlich dreimal — Den Lesern zur Beachtung empfohlen

Neutral
Bürgerliches Brauhaus Gernrode a. H. GERO-BRAU

Bandagen, Gummiw.
Müller, Herm., Goldschmiedebr. 16

Bierbrauereien, Bierhandlg.
Röthel, H. (A. Müller), Friedr.-St. 6a.
Schmidt, A., Burg.

Bäcker-, Konditoreien
Niemann, Gustav, Salbke.

Butter, Eier, Käse
Th. Brandes Nachf., Breitew. 124

Drogen u. Farben
Ludwig, Ewald, Fermersleben.
Trappe Ernst, Gust.-Adolfstr. 40

Fleischerei
Arnold, Otto, Freiestr. 21.
A. Borchert, Breiteweg 101.
Karl Dänhardt, Breiteweg 91.
Grosche, Gottfr., Gr. Mühlenstr. 8.
Kopp, H., Neuhaldensleber Str. 5.
Lentz, W., Neust., Kastanienstr. 48
Müller, Otto, Olvenstedter Str. 52.
Nehring, Heinr., Weinbergstr. 20.
Rose, R., Hennigest., Ecke Schmidtst.
Schade, Ernst, Olvenstedterstr. 41.
Schulz, Faßlebsbg. 20, Neue St Eck.
Albert Schumburg, Gr. Diesdorferst. 27
Sturm, W., Neustädter Str. 10.
Witte, Herm., Umfassung Str. 50a.
Fr. Wiedig, Schmelzer. Butterg. 1

Friseure, Barbiere
Engel, Franz, Halberstädterst. 61

Kolonialwaren
Haberland, Friedr., Petriförder 1
Klopp, A., Buck., Grusonstr. 2.
Viebig, K., Sud., Lemsd. Weg 15

Kohl., Holz, Grudekoks
Scheel, A., Halberstädter Str. 65.

Kurz-, Weiß-, Wollw., Strümpfe
Neumann, R., B., Schönebeck Str. 103

Manufakturwaren
Karlowsky, A., Diesdorf.

Obst u. Grünewaren
Hartmann, Heinrich, Neuestr. 2.

Warenhäuser
Hohs, Emil, Gr. Ottersleben.

Wild u. Geflügel
Freund, Friedr., Feldstr. 3.
Herrmann, A., Nf., Lödischehofstr. 8.

Förderstedt
:: CARL BATHGE ::

Egeln
Moritz Kaufmann, Konfektion.

Frohse a. E.
W. Heine, Bäck., Kond., Breiteweg
Friedrich Hamann, Kolonialwaren

Gommern
Friedr. Röpenack, Fleischermstr.
W. Dobritz, Pelzw. Hüte, Mütz. usw.

Neuhaldensleben
R. Berke Drogen, Farben, Kolonialw., Zigarren.
K. Wernecke, Bäcker-u. Konditor.

Oschersleben
S. Hamlet Manufakturwaren, Herren-, Damen-Konfekt.
Max Staude, Drog. Farb. Tapeten

Schönebeck a. Elbe
Th. Syllwasschy, Tapeten, Linol.

Stendal
Bergbrauerei A.-G.
Otto Richter, Brauerei.

Wanzleben
O. Schmerschneider Nachf. Manufaktw.

Wernigerode-Hassrode
W. Hildebrandt, Kaufh. f. Lebensmittel

Für das Bezugsquellen-Verzeichnis ist die Firma Josef Wichterich in Leipzig verantwortlich. Anfragen sind dahin zu richten.

Kammer-Licht-Spiele

Neu ab heute

Die Laune einer schönen Frau

in der Hauptrolle **Rita Sacchetto**
die allen Magdeburgern :: bekannte Tänzerin ::
spannendes Drama in 4 Akten

Alleiniges Aufführungsrecht

Auf Wunsch prolongiert
Nur noch 3 Tage
Der große Literaturfilm

Der lebende Leichnam

von 4052
Graf Leo Tolstoi.

Diesen Film, die sozialen Zustände Rußlands streifend, muß man gesehen haben. —

Orchester-Begleitung!

Der Weg zum Erfolg

besteht gar oft in der Wahl eleganter Garderobe.
Aparte, feine, sehr wenig getragene

Maßgarderobe

vielfach ganz auf Seide gearbeitet. Neuwert Mk. 80 bis 100, erhalten Sie jetzt äußerst billig

nur 87, I Breiteweg 87, I
Straßenbahnhaltestelle Zentraltheater.
Sakko-Anzüge — Ulster — Paletots
Gehrock-, Frack-, Smoking-Anzüge
Riesenlager in weiten Sachen für starke Herren.

Riesenauswahl in neuen Herren- und Jünglings-Garderoben zu spottbilligen Preisen.

P. Frühmanns Gelegenheitskaufhaus f. Herren-Garderoben
87, 1 Breiteweg 87, 1 4137

Fürstenhof-Theater

Direkt. u. Leitung P. Müller-Lipart Witwe.
Neues Programm
Die Siegerin
ein packend. Stück in 2 Akten.
Der kritische Tag
d. Tollen d. Tollste.
Auftreten von Frau Dir. Paula Müller-Lipart Ww.
ferner der neue bunte Spielplan.
Vorzugskart. gelt.

ZENTRAL-THEATER

Das Tagesgespräch!
Mörbitz
Christy & Willis
komische Jongleure.
12 Olympia-Girls
Renée Debauga
und die 4042
übrigen Schlager.

Stephanshallen

— Dir. Rich. Froherz. —
Abends 8 Uhr 4060
Varieté-Vorstellung.
Streng gediegenes Programm für Familien-Publikum.
Vorzeiger dieser Annonce hat außer Sonnabend und Sonntag freien Eintritt.

Danksagung.

Für die bewiesene Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden anläßlich des Hinscheidens meiner lieben Frau und meiner Mutter unsern herzlichsten Dank. 2604

J. Wachtel und Sohn.

Stadttheater

Dienstag den 21. Oktober
2. Abend. — Serie Rot.
Einmaliges Gastspiel der kgl. Kammersängerin
Sigrid Arnoldsen.
Mignon.
Anf. 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Mittwoch den 22. Oktober
Zum letztenmal!
Majolika.

Der günst. Gelegenheitskauf von Pelzen
ist Alter Markt 32—33, 1. Etg. (über Töpfers Buttergeschäft.)
Zum Verkauf kommen
Skunks, Nerz, Marder, Seal, Opossum, Nerzmurmel, Feh, Mufflon usw.
Echte Pelze statt bis 25 Mark jetzt 10.00 Mark
Echte Pelze statt bis 45 Mark jetzt 20.00 Mark
Echte Pelze statt bis 60 Mark jetzt 35.00 Mark
Nur Alter Markt 32—33, 1. Etg.
ist der günstige Gelegenheitskauf
von Pelzen!

Der Unteroffizier Gabriel in W. schreibt: Die Anwendung Ihrer **Obermeyers Medizinal-Herba-Seife** bei meinem **skrophulösen Ausschlag** hatte solchen Erfolg, daß ich jetzt aus dem Stationslazarett entlassen werden kann. **Herba-Seife** a Stück 50 Pf., **30% verstärktes Präparat** 1.00 Mk. Zur Nachbehandlung **Herba-Creme** a Tube 75 Pf., Glasdose 1.50 Mk. Zu haben in allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien.

In Sudenburg
kauft man eine **vorzügliche Fußbodenfarbe**, die schnell trocknet und dabei absolut nicht klebt, das Pfund für **40 Pfennig**, in der Drogerie **Gustav Schubert, Halberstädter Straße 107** (gegenüber der Kurfürstenstraße).

Zwei gut erh. blaue **Kastenkinderwagen** bill. zu verkaufen **Buckau, Brauereistr. 1, bei Paul.**

Strümpfe selbstgestrickte, erhält man billigst bei **F. March,** Breiteweg 93. 1.

Wilhelm-Theater

Dienstag und folgende Tage
Großer durchschlagender Erfolg!
Neue prachtvolle Ausstattung!
La Paloma (Die wilde Taube).
Sonntag, 26. Oktober, nachm.
Der Vogelhändler.

Städtisch. Orchester

Kristallpalast
Mittwoch, 22. Oktober, abends 8 Uhr 4056

Großes Volkskonzert

Leitung: Städt. Kapellmeister kgl. Musikdirektor Prof. **Joseph Krug-Waldsee.**
Eintrittskarten:
im Vorverkauf . . . **20** Pf.
an der Abendkasse . **30** Pf.

Vorzugsbillett

Vorzeiger 4047 der Annonce zahlen im

Kaiser-Theater

Montag Mittwoch Freitag Sonnabend
Kinder **5** Pf.
Erwachsene **15** Pf.
erhöhte Billettsteuer.
Programmwechsel Dienstag und Freitag.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküche Große Marktstraße 12.

Dienstag: Wirsingkohl mit Rindfleisch.
Mittwoch: Weiße Bohnen mit Schweinefleisch.
Donnerstag: Kartoffelbrei mit Leber.
Freitag: Kabeljau mit Biersauce.
Sonnabend: Brühsuppe mit selbstgemachten Nudeln und Rindfleisch.
Frauen-Speisesaal parterre.

Bei Einkauf
von Hausbrand-**Briketts**
wähle man die Marke **Saale.**

Pfefferminz-Tee „Minzin"
vorzüglich für den Abendtisch, überall erhältlich, a Paket 10 Pf.

Herren-Artikel
Schlipse — Hosenträger
Normal- und Barchent-Hemden
Makko-, mit farbigem Einsatz
— **Blaue Anzüge** —
Gute Waren! Billige Preise!
A. E. Schöne
Ecke Schäfer- u. Weberstr.

Billig! Schuhwaren Schmidtstraße 44
Herren-, Damen-, Kinderschuhe u. -stiefel in Chevreau Boxcalf u. andern Sorten Leder, Plüschsocken und -pantoffel, auch aus Gelegenheitskäufen u. ff. Partie-Waren billig nur 4261
44 Schmidtstraße 44.

Gelbe (Zittauer)
Speise-Zwiebeln
Echte Mühlhäuser
Zuckerkartoffeln
sowie die übrigen Sorten Speisekartoffeln vorrätig 2612
Gustav Bauer & Co.
Kastanienstraße 50. Tel. 1902.

Nähmaschine billig zu verk. Schroteorfer Straße 14, Hof r. 3Tr. bei Scheer.

Schaftstiefel
billig und große Auswahl. 4341
H. Gaedecke, Tischlerkrugst. 27

Suche Kapital
21000 Mk., zur ersten Stelle. Agenten verbeten. **Magdeburg, Fettehennenstr. 10.** 2565

Erfinder-Erfolg!
Für größere industrielle Unternehmungen werden **Erfindungen** und **Ideen** (Massenartikel) zu kaufen gesucht, für welche 800 bis 10 000 Mk. und mehr bezahlt werden. Offerten unter **U 339 F M** an **Rudolf Mosse, Mannheim.** M 12

Todesanzeige.

Sonnabend, abends 8 Uhr, starb nach kurzem, schwerem Leiden unsre herzensgute Tochter und Schwester

Anna

im 15. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrübt an

Familie Levit
Magdeburg-Hopfengarten.

Die Beerdigung findet am Mittwoch den 22. Oktober, vormittags 11¼ Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofs aus statt. 2601

Die Schiffbrüchigen!

Noch **5** Aufführungen im **Hofjäger**

Montag	den 20. Oktober,	8½	Die Schiffbrüchigen.
Dienstag	21.	„	
Mittwoch	22.	„	
Donnerstag	23.	„	
Freitag	24.	„	

Zu ermäßigten Preisen! 4303

Tilsiter Fettkäse Pfd. 85 Pf. 100 Gänseklein 2612
Große Münzstraße 2.

Dachpappe
pro Rolle Mark **2.15** verkauft **Aug. Stahl,** Schöneeckstraße 10.

Preiswerte Betten u. Bettstücke
gut, sauber und federdicht, gestreift und rot, sofort zu verkaufen **Blumenthalstr. 2, v. r. 1 Tr.**

Burg Heute: Gr. Schlachtfest.
Alle Sort. frische Wurst empfiehlt **Hermann Penniger,** Deichstraße 7.

Für die uns anläßlich unsrer **silbernen Hochzeit** bewiesene Aufmerksamkeit sagen wir allen auf diesem Wege unsern **wärmsten Dank.** 2606
Emil Moritz und Frau.

Burg. 4091 **Burg.**
Zöpfe!
3, 4, 5 bis 10 Mark.
Paul Thiele, Burg
Schartauer Straße 35.

Kino-Schauspiele Sudenburg

Besitzer A. Müller.
Spielplan bis Dienstag:
Die schwarze Kugel
oder **Die geheimnisvollen Schwestern,** äußerst spannendes Drama in 3 Akten
Die kleine Residenz
Komödie in 3 Akten 2608
Das Akrobatenpensionat humoristisch
Bliemchens Traum humoristisch.

Halberstadt :: Elysium

Donnerstag den 23. Oktober 1913, nachmittags 3 Uhr

Gratis-Kaffee-Konzert

ausgeführt von der Stadtkapelle Halberstadt (Leitung Musikdirektor Ringer) unter Mitwirkung des beliebten Original-Humoristen Oktav Witties Albert vom Wiesbadener Operettentheater. • Zwecks Einführung und Bekanntgabe servieren wir den verehrten Gästen unsern vorzüglichen, den verwöhntesten Anforderungen genügenden

Nährsalz-Voll-Kaffee-Ersatz gratis.

4355 Große Präsentverteilung.

Todesanzeige.

2617

Sonnabend nacht verschied nach längerm, mit Geduld ertragenem Leiden unser guter Vater, Schwieger- und Großvater

Karl Schüler

im 53. Lebensjahre. Um stille Teilnahme bitten

Die trauernd. Hinterbliebenen

Etwaige Kranzspenden nach Schmidt, Stendaler Straße 7, erbeten.

Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittag 3 Uhr von der Kapelle des Neustädter Friedhofs aus statt.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Magdeburg.

Nachruf.

Am 18. Oktober verstarb unser Mitglied, der Kollege

Karl Schüler

im Alter von 53 Jahren an Lungenleiden.

Am 16. Oktober verstarb der Kollege

Wilhelm Thiele

aus Olvenstedt im Alter von 65 Jahren an Lungenleiden. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand.

Am Sonnabend nachmittag 5 Uhr entschlief nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine inniggeliebte unvergeßliche Tochter, unsre herzensgute Schwester und Schwägerin 2601

Ella Otto

im 23. Lebensjahr. Dies zeigen schmerzerfüllt an
Die trauernden Hinterbliebenen:
August Otto als Vater. **Gustav Otto** als Bruder.
Adolf Hauschildt und Frau geb. Otto.
Bernhard Kreutler und Frau geb. Otto.
Die Beerdigung findet vom Trauerhaus, Lübecker Straße 90b, aus statt.

Statt besonderer Meldung.

Am Freitag abend 11 Uhr starb nach kurzem Leiden mein lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der Fleischermeister

Ernst Helbich

im Alter von 38 Jahren. 2600

Dies zeigen tiefbetrübt an
Fermersleben, den 18. Oktober 1913.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch vormittag ½12 Uhr von der Kapelle des Südfriedhofs, Leipziger Straße, aus statt.

Tochter der Wera, die die einzige ist, die etwas gesehen haben will. Sie wiederholt ihre Aussage, die sie in der Voruntersuchung gemacht hat, sie habe gesehen, wie Beilis mit zwei Juden den Justschinski wegschleppte. Aber auf einmal fügte sie hinzu, der Detektiv Polistschuk habe sie mit dem Tode bedroht, falls sie gegen Beilis ausfagt. Bei der Konfrontation erkannte sie ihn und weinte und zitterte. Das Rätselhafte daran ist nun, daß ja auch Polistschuk gegen Beilis auftritt. Der Zusammenhang ist selbstverständlich klar, und man braucht kein Sherlock Holmes zu sein, um ihn sonnenklar aufzudecken. Aber das Gericht ist für solche Experimente nicht zu haben.

Zur Kennzeichnung des Staatsanwalts noch ein Detail. Es war beim Lokalaugenschein. Da wurde u. a. auch die Wohnung der Tscheberjak visitiert. Eine Zeugin Malizkaja, die unter der Tscheberjak wohnt, behauptete, sie hätte am Tage des Mordes den gellenden Schrei eines Kindes und ein starkes Geräusch gehört. Die Tscheberjak stellte dies in Abrede und erklärte, man könne überhaupt nicht hören, was in ihrer Wohnung vorgehe. Nun stellten Richter und Geschworne durch einen Versuch fest, daß die Angaben der Malizkaja richtig sind, daß man nämlich im untern Stock alles höre, was im obern vorgeht. Alle hörten es, nur der Staatsanwalt behauptete, nichts gehört zu haben. „Der Staatsanwalt will die Wahrheit nicht hören," sagte jemand von den Experten. Und die Worte stimmten. Er will eben nicht die Wahrheit kennen . . .

Fünf Tage sind bereits verflossen, fünf schwere Tage. Aber das ist erst der Anfang. Das dicke Ende kommt nach. —

Industrie und Technik.

Oel auf die Wogen. Die Katastrophe des Dampfers „Volturno" lenkt von neuem die Aufmerksamkeit auf die Schwierigkeit des Rettungswerks auf hoher See und auf manche Unzulänglichkeiten der Rettungsmittel: stundenlang lagen die zur Hilfe herbeigeeilten Dampfer im Halbkreis um das brennende Schiff und vermochten nichts zu tun, da der stürmische Seegang das Operieren mit Rettungsbooten unmöglich machte. Aus dem gleichen Grunde konnte die „Volturno" von ihren Rettungsbooten keinen Gebrauch machen, die Versuche in dieser Richtung scheiterten oder führten zu neuen Katastrophen, und erst als das Oelschiff „Narragansett" eintraf und durch das Ausschütten von Oel auf die Meeresoberfläche die zerstörende Gewalt der Wellen glättete, war es möglich, positive Hilfsarbeit zu leisten. Oel auf die Wogen! Es scheint, daß alle vorher zu der Unglücksstätte herbeigeeilten Dampfer kein Oel mit sich führten, die zum Ausschütten des Oeles notwendigen, einfachen Apparate nicht besaßen oder daß — und dies wäre das schmerzlichste — die Offiziere von dem Vorhandensein dieses Hilfsmittels nichts wußten und seinen Wert nicht kannten. Im „Daily Telegraph" ergreift Ray Lankester, das angesehene Mitglied der Royal Society, das Wort zu dieser Frage und macht es der englischen Regierung zum schwersten Vorwurf, daß sie nicht dafür Sorge trage, kein Schiff auslaufen zu lassen, das diese einfachsten und wirksamsten Schutzmittel für die Passagiere besitze. „Denn im Hinblick auf die Versäumnis der Seebehörden und der Regierung ist diese neue furchtbare Katastrophe schlimmer als die der „Titanic". Für ein verlornes Schiff ist selbst eine völlig ausreichende Zahl von Rettungsbooten nutzlos, wenn diese Boote bei heftigen brechenden Sturmwellen abgelassen werden sollen und nicht Vorsorge getroffen ist, daß durch das Ausgießen von Oel die gefährlichen Brechwellen in ein harmloses „Wogen" verwandelt werden." Man kann heute nicht mehr einwenden, daß die Tragweite der Anwendung von Oel noch nicht genügend erprobt und wissenschaftlich erforscht sei, nein, alle Vorarbeiten sind, von den Lehren der Geschichte abgesehen, längst geleistet, über die Wirkung des Mittels bestehen keinerlei Zweifel mehr, die nicht durch praktische Beweise auf Schritt und Tritt widerlegt werden können. Schon im Jahre 1886 wies die britische Admiralität in einem Memorandum amtlich darauf hin, daß mit ganz unverhältnismäßig geringen Oelmengen bei Sturzseen und schwerem Wellengang außerordentlich glückliche Resultate erzielt werden können, die dem Schiffe Beschädigungen, ja unter Umständen Katastrophen ersparen. Seitdem hat es an Forschungen und Experimenten nicht gefehlt, sie haben immer wieder die gleichen günstigen und unanfechtbaren Resultate ergeben, aber trotzdem hat sich noch keine seefahrende Nation dazu aufgerafft, das Mitführen von Oel und entsprechenden Apparaten zur Vorschrift zu machen und die Besatzung in der Anwendung dieses wertvollen Hilfsmittels systematisch zu unterweisen. Und dabei ist das Mittel seit ältesten Zeiten bekannt. Aristoteles und Plinius berichten über seine häufige Anwendung im Altertum, dem Mittelalter ist das Verfahren durchaus vertraut, und 1757 beginnt Benjamin Franklin die fast wunderbare Wirkung des Oeles auf die Wogen zum Gegenstand wissenschaftlicher Experimente zu machen. In Clapham zeigte er bei frischem Wind an einem einen halben Acre großen Teiche, daß ein einziger Löffel voll Oel ausreichte, um in erstaunlich kurzer Zeit die ganze Wasseroberfläche des Sees mit einer dünnen Oelhaut zu überziehen, unter der sich die Wogen alsbald glätteten. Und 1873 wurde dasselbe Experiment auf dem See von Green Park wiederholt. Die weitern Versuche im 19. Jahrhundert zeigten dann, daß die Wirkung des Oeles auf die Wogen nur bei tiefen Wassern eintritt und bei flachen Küstengegenden versagt. Mitte der 70er Jahre nahm der englische Ingenieur Shields bei Aberdeen und Folkestone weitere Versuche vor; überall ergaben sich dieselben erstaunlich günstigen Resultate. Das Problem, wie diese Wirkung des Oeles auf die Wellen zustande kommt, wurde 1882 durch die Arbeiten Dr. Aitkens geklärt, und im folgenden Jahre begann auch die amerikanische Admiralität systematisch Versuche zu sammeln. Der Vorgang an sich ist leicht verständlich: das Oel ist leichter als das Wasser, breitet sich mit unglaublicher Schnelligkeit über die Wasserfläche aus und überzieht die Wogen mit einer regelrechten, ganz feinen Oelhaut, die kaum die Stärke der Wand einer Seifenblase hat, jedoch ausreicht, das Brechen der Wellen zu verhindern. Der Anprall wird geschwächt, aus dem brandenden Anstürmen der aufgepeitschten Wassermassen wird ein ruhiges Wogen. Die Oelmengen, die dabei benötigt werden, sind unverhältnismäßig gering. 1885 bestätigte Kapitän Kenneth Doyle, daß eine Gallone Oel auf eine Stunde genügte, um das Brechen der Wellen zu verhindern. Ein Schiff, das mit 10 Knoten Geschwindigkeit fährt und langsam Oel abgibt, hinterläßt eine 10 Knoten lange und 12 bis 14 Meter breite, vollkommen glatte Spur: das Wasser ist unter der Oelhaut geglättet. —

Kunst und Literatur.

Russische Schikanen gegen Georg Brandes. Professor Georg Brandes, der sich zu einer literarischen Vortragsreise nach Rußland begeben und, wie früher in Warschau, diesmal in Petersburg und Helsingfors sprechen wollte, wird von den Polizeibehörden des Zarenreichs nicht zugelassen. Auf dem russischen Konsulat in Kopenhagen wurde ihm, weil er Jude sei, die Ausstellung eines Passes verweigert. Es ist dies das zweitemal, daß dem berühmten Kritiker unmöglich gemacht wird, finnländischen Boden zu betreten. Obwohl Brandes sich für konfessionslos erklärte, nahm das Konsulat die Konfession der Eltern als maßgebend an. Auch das Eingreifen des dänischen Ministeriums des Aeußern durch die Petersburger dänische Gesandtschaft beim dortigen Ministerium des Innern blieb erfolglos. Die Haltung der russischen Behörden ist für Dänemark ein um so größerer Affront, als Georg Brandes' Bruder Edvard dem gegenwärtigen dänischen Ministerium angehört. —

Allerlei.

Ein Tangoturnier im Gerichtssaal. Der Tango ist bis in die Gerichtssäle vorgedrungen und die Stadt Cleveland in Ohio hat den Vorzug, als erste ein Tangoturnier vor den Richtern erlebt zu haben. Die Polizeiverwaltung der Stadt hatte dem Tangolehrer Anderson das Lehren des Tango als unmoralisch verboten. Anderson legte gegen diese Verordnung Berufung ein und erbot sich, dem Gerichtshof als Gegenbeweis mit einer Partnerin aus dem Zuschauerraum einen Tango vorzutanzen. Das Gericht akzeptierte bereitwilligst den Vortrag des Tanzkünstlers, und Anderson zeigte vor den Richtern und einem überfüllten Zuschauerraum seine Tangokünste. Er riß die Richter zu echt amerikanischer Begeisterung hin, so daß sie das Verbot aufhoben, und der Vorsitzende erklärte drastisch im Yankeejargon, daß dies der großartigste Tanz wäre, den er in seinem Leben gesehen hätte, und schloß seine Ansprache mit den Worten: Dieser Tango ist verdammt moralisch. Die Geschichte wäre auch erledigt gewesen, hätte nicht die Polizei in aller Eile einen andern Tanzmeister Namens Kean kommen lassen, der jetzt mit einer Partnerin dem Gerichtshof einen Tango vortanzte, der nach den Angaben der Polizei im Volke üblich ist. Dieser Tanz muß nun in der Tat unmoralischer als der Andersonsche gewesen sein, denn der Gerichtshof beschloß, erst Erkundigungen darüber einzuziehen, welcher von beiden Tänzen im Volke üblich sei. —

Humor und Satire.

Trinker-Monolog. „Das Bier gewöhne ich mir nicht ab! . . Ich hab schon zehn Aerzte überlebt, die mir das Biertrinken verboten haben." —

Anhänglich. „Warum willst Du Deinen Sohn denn von dem alten, verbrauchten Justizrat verteidigen lassen?" — „Eine kleine Schwäche von mir! Der hat meinen Vater verteidigt, der verteidigt mich immer, da soll er auch meine Kinder verteidigen!" —

Eingegangen. Hauswirt: „Ich lasse Sie nicht aus der Wohnung heraus, bevor Sie nicht die Miete bezahlt haben." — Mieter: „Gott sei Dank, endlich 'mal 'ne ständige Wohnung!"
(Fliegende Blätter.)

Druck und Verlag W. Pfannkuch u. Co., verantwortlicher Redakteur Emil Müller, sämtlich in Magdeburg.

Die Rast
Unterhaltungsbeilage zur Volksstimme
Nr. 247 Magdeburg, Dienstag den 21. Oktober 1913

Das rote Haus.

Ein Dorfroman von Richard Skowronnek.

(4. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

So also war es einem gegangen, der sich hinterher über seine Unschuld hatte ausweisen können. Sie aber, was sollte sie dem Richter antworten, wenn er fragte: „Nun sagen Sie einmal, Frau Kalinna, wie sind Sie nur dazu gekommen, sich auf diese Schmugglergeschäfte einzulassen? Sie haben doch gewußt, daß Sie sich dadurch strafbar machen! Und wo Sie sonst so viel Geld verdienen und stets eine wohlhabende Frau gewesen sind. . . ." Ja, was würde es ihr helfen, wenn sie auch sagen würde: „Herr Kreisrichter, das mit der Wohlhabenheit, das ist es ja eben! Am selben Tage noch, als ich meinen Mann begrub, da habe ich mit einem Male gesehen, daß ich, wenn mir keiner half, als eine Bettlerin von meinem Besitztum heruntergehen müßte, so unverantwortlich hatte der Mann gewirtschaftet. Nicht aus Leichtsinn, sondern aus Gutmütigkeit, denn er hatte ein so weiches Herz, daß er keinem Menschen etwas abschlagen konnte. Und alle sind sie immer zu ihm gelaufen gekommen, wenn sie in Not waren, er aber hat nur immer gegeben und gegeben. Mir aber hat er davon nichts gesagt, denn ich hätte natürlich den Daumen draufgehalten, und das wußte er. Sie werden vielleicht sagen, Herr Kreisrichter, Sie hätten sich auch darum kümmern sollen, Frau Kalinna! Ja, aber wenn man sich den ganzen Tag in der Innenwirtschaft abhampelt, daß einem am Abend im Stehen hinter der Tombank die Augen vor Müdigkeit zufallen, dann ist das so leicht gesagt: Sie hätten sich kümmern sollen! Und ich hatte ja auch keinen Argwohn, daß er unser schönes Gespartes fremden Menschen in den Rachen warf, nichtsnutzigen Banditen, die hinterher alles abgeschworen haben, weil mein Mann viel zu anständig war, als daß er etwas Schriftliches von ihnen genommen hätte, von seinen Jagdkumpanen, Kneipgenossen und Freunden. Erst als er auf seinem letzten Lager lag, wie ihn der Schlag gerührt hatte, da hat er mir gesagt: „Du, Frau, von dem bekomm ich tausend Taler, von dem zweitausend, und so fort. Und von dem Kaufmann Seidenberg hab ich eine Hypothek aufgenommen von achttausend Talern, hier auf unser schuldenfreies Grundstück, und weil er sie mir zu Neujahr gekündigt hat, das hat mich überhaupt so umgeworfen." Also, was soll man da sagen, Herr Kreisrichter? Vielleicht dem Manne, den man lieb hat und mit dem man achtundzwanzig Jahre in Frieden ausgekommen ist, mit Vorwürfen die letzten paar Stunden schwer machen? Im Innern hab ich geweint, aber mit dem Munde hab ich gelächelt. „Laß nur, Rudolf, ich werd es schon schaffen, und Deine Freunde werden mich doch nicht im Stiche lassen, denn Du hast ihnen ja auch geholfen." Da ist er ganz ruhig und sanft eingeschlafen, aber ich hab dagesessen mit meinen Sorgen. Und vielleicht hätt ich's auch wirklich geschafft, wenn der Seidenberg nicht hergekommen wär und hätte die Subhastation gegen mich beantragt, weil er nämlich hier seinen Schwiegersohn einsetzen wollte in das Grundstück, auf dem schon der Großvater von meinem Manne gesessen hatte. Oder vielleicht war es auch nur Schwindel und eine Drohung, um mich für das Angebot gefügig zu machen, mit dem der Sandelholz zu mir gekommen war, nämlich ich sollte mich an dem großen Schmuggelgeschäft beteiligen. Ich hab nicht etwa gleich ja gesagt, sondern mich bis zuletzt gewehrt, obwohl mir das Wasser schon bis an den Hals stand. Alles hab ich mir vorerzählen lassen. Daß kein Mensch es merken würde, weil mein großer Garten bis dicht an den Wald stößt, und daß sonst nirgendwo die Waren so leicht weiterzuschaffen wären, weil zu mir doch immer die großen Planwagen mit Fässern und Kisten und Ballen kommen, also daß wir am hellichten Tag auf- und abladen können, ohne daß einer Argwohn schöpft. Immer und immer hab ich mich geweigert, bis der Seidenberg Ernst gemacht hat, und ich die gerichtliche Zustellung wegen der Subhastation bekam. An dem Tag aber ist der Sandelholz, wie zufällig, bei mir angesprochen und hat gefragt: „Nu, Frau Kalinna, wie steht's?" Na und da hab ich natürlich ja gesagt und macht mit mir, was ihr wollt, denn die Schande hätt ich ja nicht überlebt, mit 'nem weißgeschälten Weidenstock und 'nem Bettelsack aus dem Dorfe 'rauszugehen, in dem man alle die Jahre immer die Erste gewesen ist! Und auch schon wegen der Kinder nicht. Der Jung hätt sich ja vielleicht weitergeholfen, denn er ist gelernter Fleischer und versteht was von der Landwirtschaft. Aber die Margell! Mit Klavierklimpern und Stickereienmachen kommt man nicht vorwärts, und daß sie wegen ihrem Aussehen einen Mann gekriegt hätte, davon war leider keine Rede, da mußte ich schon mit 'nem tüchtigen Knups Geld der Liebe nachhelfen. So also, Herr Kreisrichter, ist es gekommen, daß ich mich auf die Anschläge von diesem Sandelholz eingelassen hab. Und wenn Sie jetzt sagen: Frau Kalinna, das ist strafbar, so sage ich Ihnen darauf: Herr Kreisrichter, dann schaffen Sie die Grenze ab! Solang es eine Grenze gibt, wird geschmuggelt werden, und laß ich mich nicht darauf ein, dann tun es zehn andre. Und wenn ich dem Fiskus einen guten Rat geben dürfte, dann möchte ich ihm sagen, er soll die Grenzkontrolleure entlassen, denn sie kosten ihn mehr, als er an dem ganzen Zoll verdienen kann. Die armen Menschen aber können einem wahrhaftig leid tun! Bei Wind und Wetter und Nacht und Nebel treiben sie sich an der Grenze herum, fangen auch vielleicht einmal ein armes Judchen, das zwei Pfund Tabak im Rockfutter an der Komorra vorbeiträgt, und bilden sich Wunder was darauf ein. Wo aber wirklich was zu holen wär, da trinken sie im Vorbeigehen ihr Tulpchen Bier und klagen ihr Leid, daß es in unsrer Gegend hier an der Grenze so still geworden sei! Ganz als wenn überhaupt nicht mehr geschmuggelt würde, und sie haben auch eine Erklärung dafür, die sie Statistik nennen. Wegen dieser Statistik nämlich soll alles über Eydtkuhnen kommen, und unser Ende kommt für die Einfuhr von Waren kaum noch in Betracht, höchstens Getreide, aber daran ist ja nichts zu schmuggeln. Und ich hör mir das ruhig mit an und denk mir mein Teil. In meinem Keller aber liegen die Ballen, die ihnen wegen dieser Statistik im amtlichen Ausweis über die Einfuhr fehlen, und sie sitzen ein paar Fuß darüber, und wenn man sie so reden hört, sind sie einer immer klüger als der andre, trinken ihr Tulpchen Bier

oder Grog aus und gehen wieder in das Sturmwetter hinaus, bei dem ein Christenmensch nicht seinen Hund vor die Tür jagen möchte. Auf die „reiche“ Frau Kalinna aber hat keiner von ihnen Verdacht, denn die verdient ja so viel, daß sie es nicht nötig hat, sich auf so gefährliche Geschäfte einzulassen!“ — — —

So stand Frau Kalinna an dem Fenster ihrer großen Krugstube, und aus der für den Herrn Kreisrichter bestimmten Verteidigungsrede, die der Anblick des „Roten Hauses“ in ihr ausgelöst hatte, wurde allmählich eine überzeugungskräftige Argumentation, daß sie bei ihrem so einträglichen Grenzgeschäft nichts zu befürchten hätte. Und je weiter das von den letzten Sonnenstrahlen getroffene Gebäude in dem Schatten der Abenddämmerung versank, desto freier wurde es ihr in Kopf und Herz von den bänglichen und schwächlichen Gedanken, die ihr so unversehens angeflogen waren. . . . .

Woher sollte das Unglück überhaupt kommen?

Im Dorfe hatte kein Mensch eine Ahnung, denn die Ballenträger — lauter sichere und erfahrene Grenzgänger aus den polnischen Dörfern um Grajewo — waren ihrem Brotherrn Sandelholz dankbar und ergeben, einmal des guten Verdienstes wegen, und zum andern, weil er Weib und Kinder nicht im Stiche ließ, wenn einer seiner Leute mal das Unglück hatte, abgefaßt und ein paar Monate eingesperrt zu werden. Außerdem kamen sie nur in tiefdunkler Nacht herüber, und wenn sie erst die Grenze eine halbe Meile weit hinter sich hatten, war jede Gefahr so gut wie vorüber. Der Zugang zum Kruge war durch Wald und Garten so gedeckt, daß es schon eine ganze Reihe höchst unglücklicher Zufälle geben mußte, um bei Leuten, die das Geschäft nichts anging, überhaupt nur einen Argwohn aufkommen zu lassen. Der einzige Mitwisser aber, den Frau Kalinna im Dorfe hatte und haben mußte, weil sie's allein nicht hätte schaffen können, war der alte Kuhhirt Schmiegel. Und der hielt den Mund, denn er stand sich bei dem Geschäft nicht schlecht und war dem Hause, in dem er seit seiner Jugend diente, treu ergeben. Sein Amt war es, an den Abenden, die für das Grenzgeschäft bestimmt waren, eine Art von Aufklärungsdienst zu verrichten, ob nämlich in dem an den Kruggarten grenzenden Walde alles in Ordnung war. Traf er dabei auf einen patrouillierenden Grenzwächter, so erklärte er, daß er hinter einem Stück seiner Herde her sei, das sich unter Tags verlaufen habe, und wußte seine Angst und Sorge so eindringlich zu schildern, daß der mitleidige Beamte ihm zuweilen suchen half. An einem solchen Abend aber kehrten die Ballenträger einfach um und verpaßten in einer dichten Tannenschonung den Rest der Nacht und den folgenden Tag, bis sich eine günstigere Gelegenheit bot. Der gute Schmiegel nämlich tat so besorgt um seinen angeblich entlaufenen Schützling, daß er sein wegen der Dunkelheit mitgenommenes Laternlein schwenkte und immerfort mit lauter Stimme schrie: „Kossula, mein Liebling, mein Augapfel, mein Täubchen, komm nach Hause, die andern bangen sich nach Dir!“ Zuweilen aber nannte er die entlaufene Kuh auch Staffetta oder Gawron, um einige Abwechslung in dieses System zu bringen. Wenn aber die Grenzwächter der zweiten Absperrungslinie, die um ein beträchtliches weitläufiger war, als die dicht hinter der Grenze stehende, im Kruge ansprachen, ehe sie sich auf ihre Posten begaben, dann ging ihnen der alte Schmiegel nach, um zu erkunden, wo sie blieben. Und standen sie an der Schikorrer Landstraße, dann führte er die Leute des Herrn Sandelholz auf einem schmalen, aber sichern Fußsteig mitten durch das große Torfbruch; hatten sie aber den Weg von Popiellen her besetzt, dann mußte ein großer Bogen mitten durch den Hochwald geschlagen werden, weil der Popieller Weg dicht neben dem Bruch entlang lief. Sollten die Ballenträger jedoch trotz aller Vorsichtsmaßregeln einmal den Grenzwächtern in die Hände fallen, dann war stipuliert und ausgemacht worden, daß sie über das Ziel ihres Ganges unverbrüchlich zu schweigen hatten.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Ritualmordprozeß.

Aus Kiew wird uns geschrieben:

„Was halten Sie vom Beilis-Prozeß?“

„Ich halte ihn für ein Blatt aus den Annalen eines Irrenhauses.“

„Wieso denn? Sind Sie denn ein Judenfreund? Es ist doch ein gewaltiges, sozusagen ein Weltereignis, ein Sieg über das unüberwindliche Judentum.“

„Wer hat es Ihnen gesagt?“

„Nun ja, die Zeitungen. Nein, Väterchen, noch nie stand Rußland so hoch, wie in der Stunde der Eröffnung des Beilis-Prozesses. Ich bitte Sie, die Hotelbesitzer in Kiew haben die Preise verdreifacht. Die Züge sind voll von Patrioten, und Sie nennen dies ein Blatt aus den Annalen eines Irrenhauses!“

„Jawohl!“

„Sind Sie denn wirklich überzeugt, daß Beilis kein Ritualmörder ist. Und wenn er es auch nicht wäre, welche Rache für christliches Blut! Schon die Rede des Staatsanwalts ist unbezahlbar. Sie wird wie eine Donnerkeule dreinschlagen, und das nennen Sie ein Blatt aus den Annalen eines Irrenhauses!“

„Schlimmer als das — ich nenne diesen Prozeß eine blutrünstige, blutdürstige Affäre, die angezettelt worden ist, um Zwiespalt zwischen Juden und Christen zu säen, um Ströme von Blut zu vergießen. Sie möchten wohl, daß ich mit dem Pöbel heulte und meinen eignen Verstand verleugne. Nein — sobald ich das Geheul des Janhagels höre, trete ich zur Seite, denn in seinem Toben ist keine Wahrheit und keine Vernunft.“

Diesen „Dialog“ schrieb der greise Fürst Mestschersky, der blindwütige Reaktionär und Antisemit, in seinem Blatte „Graschdanin“.

Nur in einem irrt sich der Fürst Mestschersky. Er schreibt den Prozeß dem Janhagel, dem wilden Pöbel zu. Nein, so schlimm ist nicht einmal der russische Pöbel, der Pogrome veranstaltet, so tief ist das Volk, die Masse nicht gesunken. Das hat der „Kiewljanin“, das Zentralorgan des russischen Antisemitismus, sonnenklar nachgewiesen. Der „Kiewljanin“, der an den Juden kein Haar lassen will, der sie alle samt und sonders mit Stumpf und Stiel ausgerottet wissen möchte, hat den Mut gefunden, „die heilige Wahrheit“ zu sagen und die Monstrosität des Beilis-Prozesses, die Windigkeit und Verlogenheit der Anklage, die ganze Mache und Inszenierung als ein Rußlands unwürdiges Schauspiel, als einen Schandfleck für die russische Justiz zu brandmarken. Und für seinen Mut wurde der „Kiewljanin“, das Schoßkind der russischen Regierung, das Lieblingsblatt der russischen „Schwarzen Hundert“, konfisziert und seinem Herausgeber, dem Abgeordneten der Duma Schulgin, Reaktionär und Ultra-Antisemit, ist ein Prozeß angehängt worden.

Nicht die russischen Massen, nicht der Pöbel — die Regierung hat den Prozeß inszeniert, eingeleitet. Ihr allein fällt auch die Schuld für die weitern unabsehbaren Folgen dieses einzig dastehenden Prozesses zu. . . .

Wir sind nun in den fünften Tag der Verhandlungen eingetreten. Was man aber in den Berichten nicht wiedergeben konnte, das ist die Stimmung, das Milieu des Prozesses.

Der Angeklagte Beilis: Ein simpler Mann, ein gewöhnlicher russischer Jude aus den ärmern Volksschichten. Ein Arbeiter, gewesener Soldat. Ein bleiches Gesicht umrahmt von einem schwarzen Barte. Dieser unglückselige Bart! Das war vielleicht das einzige „Traditionelle“ an Beilis, der sonst von Religion nicht viel weiß und noch weniger hält. Beilis hat sich — wie die russisch-jüdischen Arbeitsleute überhaupt — von den traditionellen Bräuchen des Judentums emanzipiert. Nur den Bart hat er sich stehen lassen. Und aus diesem Barte hat man ihm und dem ganzen Judentum einen Strick gedreht. Denn einzig und allein um den Bart dreht sich die Anklage. „Ein Mann mit einem schwarzen Barte“ soll laut Aussage des inzwischen verstorbenen Belastungszeugen Schenja (Abkürzung von Eugen) Tscheberjak, den Knaben Andreas Juschtschinski weggeschleppt haben. Und daraus baut die Anklage das ganze Gerüst der fürchterlichen Anklage. Da Beilis ein Mann mit einem schwarzen Bart ist — ergo muß er der Mörder gewesen sein. Und zwar im Auftrag des internationalen Judentums oder einer jüdischen Sekte zu rituellen Zwecken.

Beilis gegenüber der Staatsanwalt Wipper. Dieser „Stockrusse“ ist der unfähigste Staatsanwalt, der miserabelste und gewissenloseste Jurist der russischen Prokuratur. Kein Wunder auch. Alle andern Staatsanwälte haben es abgelehnt, die Anklage zu vertreten. Die Regierung mußte sich nun mit dem Wipper begnügen. Nervös, auffahrend, haßerfüllt wie eine Viper sitzt er da und stellt, nein schleudert seine Fragen, seine Insinuationen den Zeugen entgegen. Er sucht nicht die Wahrheit zu erforschen, er will sie vielmehr nicht aufkommen lassen. Er beleidigt die Zeugen, die anders aussagen, als es ihm recht ist, flüstert ihnen förmlich die Antworten zu, diktiert ihnen die Aussagen. Und ihm sekundieren in getreuer Weise die Zivilkläger, die Pogromantisemiten Samyslowski und Schmakow.

Schon der Anfang war bezeichnend. Der Staatsanwalt stellte auf einmal die unerhörte, gegen die Grundgesetze verstoßende Zumutung, keine Veröffentlichungen über den Prozeß zuzulassen. Der Vorsitzende Boldyow lehnte diese Zumutung als undiskutabel ab. Daß der Antrag nicht von Wipper, sondern von der Regierung ausging, ist klar. Denn diese weiß sich auf andre Weise zu helfen. Sie konfisziert nämlich die Zeitungen, die die Wahrheit über den Prozeß veröffentlichen, sie schließt die Oeffentlichkeit auf Umwegen aus.

Nun hat aber der Staatsanwalt fortdauernd Pech. Alle seine Kronzeugen, auf deren Aussagen sich die Anklage stützt, haben versagt. Eine Ueberraschung — für die Ankläger — folgt auf die andre. Den Reigen eröffnete der Diakon Motschugowski, ein Geistlicher, der den Andrjuscha Justschinski unterrichtet hat. Auf die Fragen des Zivilklägers Schmakow bekundet er, daß er bei der Beerdigung des Ermordeten zugegen war. Als der Sarg in die Gruft gesenkt wurde, seien Flugblätter unter die Menge gestreut worden. Er selbst habe ein Exemplar aufgehoben, darauf habe gestanden: „Rechtgläubige Christen, den Andrjuscha Justschinski haben die Juden zu Tode gemartert, rechtgläubige Christen, haut die Juden!“ Nach dieser unerwarteten Enthüllung bricht der Zivilkläger Schmakow das Verhör ab. Die Verteidigung stellte alsdann fest, daß zu einer Zeit, wo über die Eigentümlichkeiten der Verwundung nur der Tat nahestehende Menschen orientiert sein konnten, schon der Ritualmordgedanke aufgetaucht war und greifbare Formen angenommen habe. Mehr als das, es wurde im weitern Verhör dieses und andrer Zeugen festgestellt, daß in diesem Flugblatt bereits die genaue Anzahl der Stichwunden, die später an der Leiche konstatiert wurde, angegeben war. Dieses bestätigte der Zeuge der Anklage, der fanatische Pogromhetzer und Anführer der „Schwarzen Hundert“ Golubjew, der sogar den Namen des Mannes angab, der die Proklamationen verteilte. Dies bestätigte des weitern der Zeuge Jestschenko, der sogar die Proklamation selbst mit ins Gericht brachte und den Richtern übergeben wollte. Die Verteidiger stellten nun wiederholt den Antrag, dieses Dokument den Akten beizulegen. Aber die Ankläger widersetzten sich, und das Gericht, das den Staatsanwalt so gut als es nur geht, unterstützt, lehnte den Antrag der Verteidigung ab. Beinahe sämtliche Anträge der Verteidiger, welche dahin gehen, Licht in die Sache zu bringen, werden vom Gerichtshof abgelehnt.

Eine weitere Enttäuschung bildete die Aussage des Zeugen Nakmetschny, eines Kiewer Schusters und Nachbars der berüchtigten Wera Tscheberjak, der „Königin der Verbrecher“, wie man sie in Kiew nennt, die — selbst im größten Verdacht der Täterschaft stehend — die Hauptstütze der Anklage bildet. Dieser Nakmetschny ist derjenige, den Beilis angeblich — vom Gefängnis aus — hatte vergiften lassen wollen. Also offenbar ein von Beilis gefürchteter, ihn schwer belastender Zeuge. Nun kam die Ueberraschung. Klar, logisch und überzeugend macht. Nakmetschny seine Aussagen, ohne sich von den unzähligen Fragen des Staatsanwalts und der Zivilkläger, die ihn auf Widersprüchen ertappen wollen, verwirren zu lassen. Der Zeuge hat einige Male mit dem Spielkameraden des ermordeten Justschinski, dem Schenja Tscheberjak, gesprochen. Dabei gewann er den Eindruck, daß der Knabe viel wisse, aber nicht mit der Wahrheit herausrücken wolle. Der Zeuge gibt alsdann eine Schilderung des Hauptbelastungszeugen, des Laternenanzünders Schachowskoi, den er als einen absolut unzuverlässigen Menschen schildert. Schachowskoi hat dem Zeugen gegenüber geäußert, Mendel Beilis habe einem Polizeibeamten gesagt, daß er auf der Ziegelei Holz gestohlen hätte, dafür wolle er sich an ihm rächen und ihn in den Knabenmord verwickeln. Diese Aeußerung hatte der Zeuge dem Untersuchungsrichter mitgeteilt, der ihn dann dem Schachowskoi gegenüberstellte. Bei der Konfrontation hatte Schachowskoi diese Aeußerung abgestritten. Als ihn Zeuge später darüber zur Rede stellte, sagte Schachowskoi, er wäre betrunken gewesen, als er diese Aeußerung fallen ließ. Der Zivilkläger Samyslowski fragt, warum der Zeuge sich solche Mühe gegeben habe, dem Untersuchungsrichter die Aeußerungen Schachowskois wiederzugeben. Zeuge: „Ich habe mir keine Mühe gegeben, aber man hat doch etwas Ehrgefühl. Ich hielt es für meine Pflicht, das zu sagen, damit nicht eines leichtsinnigen Verhaltens wegen ein Unschuldiger leiden sollte.“ Bei diesen Worten bricht Beilis, dessen Name zum erstenmal mit der Mordtat in direkten Zusammenhang gebracht wird, in Schluchzen aus. Der Zeuge meint ferner, es sei undenkbar, daß Beilis den Mord begangen haben könne. In der betreffenden Zeit war das Terrain der Ziegelei von einem neuen Zirka 2 Meter hohen Zaun umgeben, und die Kinder konnten nicht mehr wie früher durch die Lücken des alten Zaunes durchschlüpfen. „Wenn Beilis den Knaben aus der Kinderschar fortgeschleppt hätte, so hätten es nach einer Stunde alle gewußt.“

Viel Aerger bereitet ferner dem Staatsanwalt die auf Veranlassung der Zivilkläger vorgeladene Zeugin Darja Tschechowskaja. Sie gibt folgende Erklärung ab: Am ersten Gerichtstag habe sie und noch einige Zeugen gehört, wie Wera Tscheberjak dem Knaben Sarutzki zuredete: „Sage vor Gericht, Du, Andrjuscha und Schenja Tscheberjak wärest nach der Ziegelei Solzews gegangen. Beilis wäre Euch nachgejagt. Dir und Schenja sei es gelungen, zu fliehen, während Andrjuscha von Beilis gefaßt und irgendwohin weggeschleppt worden sei.“ Der Knabe Sarutzki aber erwiderte: „Nein, ich werde vor Gericht nicht lügen. Ich werde die Wahrheit sagen. Ich werde sagen, daß ich zur Ziegelei gegangen war, um Holz zu stehlen, und daß mich ein Arbeiter weggejagt hat.“ Ueberhaupt — fügt die Zeugin hinzu — habe sie die Tscheberjak sprechen hören, daß sie vor Gericht angeben werde, die Juden hätten ihre Kinder umgebracht. . . .

Der Staatsanwalt war unzufrieden. Er sagt: „Sie wurden geladen, um sich über die Mutter Justschinskis zu äußern, und nun erzählen Sie hier Neuigkeiten.“ Für ihn sind diese grundlegenden Annahmen „Neuigkeiten“! . . .

Charakteristisch für die Anklagevertreter war die seitens der Zivilkläger an den Zeugen Nakonetschny gestellte Frage, was ihn denn veranlasse, Beilis zu entlasten. Darauf erfolgte die prompte Antwort: „Mein bißchen Anständigkeitsgefühl.“ Der „Kiewljanin“ hob diese Aussage und besonders die Replik hervor und stellte sie gewissermaßen als die wahre Haltung des russischen Volkes hin. Jedenfalls der Staatsanwalt und die hinter ihm stehen haben eine Abfuhr bekommen. . . .

Direkt sensationell war die Aussage — am fünften Verhandlungstag — des Arbeiters Wassili Jastschenko. Als er im Monat März, also im Monat der Mordtat, frühmorgens sich zur Arbeit begab, passierte er die Straße, die zur Ziegelei Saizews führt. Da war niemand zu bemerken. Als er sich dann später umsah, da erblickte er einen Mann, der sich zum Walde begab, wo sich die Ziegelei Saizews befindet. Der Mann hatte einen schwarzen Mantel und schwarze Hosen an. Um den Hals war ein weißer Gegenstand gebunden. Der Mann hatte einen schwarzen Schnurrbart, eine längliche Adlernase und einen hervorstehenden Hinterkopf. Als dann das Verschwinden des Knaben Justschinski bekannt geworden war, da erzählte Zeuge seinem Bruder und andern Verwandten von seiner Begegnung. Dies war nun bekannt geworden, und eines Tages kam ein Mann zu ihm, der sich für den Bruder von Justschinskis Mutter ausgab, und erkundigte sich bei ihm über die stattgehabte Begegnung. Jastschenko schilderte den Mann. „Das ist er,“ — murmelte der Fragende. Wen er meinte — davon habe Zeuge keine Ahnung. Im Juli wurde dem Zeugen ein Mann vorgeführt: er solle über dessen Aehnlichkeit mit jenem Manne, dem er begegnet, Auskunft geben. Luka Prichodko stand nun vor ihm. Die Kleidung war ähnlich, über die Gesichtszüge konnte er jedoch nichts Bestimmtes sagen. Jener Mann war bartlos gewesen, Luka aber trug Vollbart. Die Frau des Luka, Alexandra Prichodko, wird gerufen, zu bekunden, ob ihr Mann einen Bart trüge. Zeugin: „Manchmal trug er Vollbart, manchmal auch rasiertes Kinn.“ Ebenso behauptet der Zeuge Schukowski, er habe Luka „zuweilen mit, zuweilen auch ohne Bart“ gesehen.

Luka Prichodko ist nämlich der Stiefvater des ermordeten Justschinski, der von allem Anfang als der Mörder des Knaben betrachtet wurde. Auf diese Weise klärt sich ja auch die Geschichte mit dem omindösen „schwarzen Bart“ auf!

Nun das Verhör des Zeugen Schachonski, eines Trunkenboldes und herabgekommenen Individuums. Er war derjenige, der in der Voruntersuchung erklärt hat, der verstorbene Spielkamerad Justschinskis, Schenja Tscheberjak, hätte ihm erzählt, daß ein Mann mit einem schwarzen Bart im Hofe der Ziegelei Saizews am Mordtag aus der spielenden Kinderschar den Andreas Justschinski herausgegerrt habe. Zeuge bekundet, er wohne in unmittelbarer Nähe der Wera Tscheberjak. Am 12. März, um 9 Uhr morgens, wären ihm die Knaben Andreas Justschinski und Schenja Tscheberjak auf der Straße begegnet. Andreas hätte ihm auf den Rücken geschlagen, weshalb ihn auch Zeuge „Bastrut“ (Bastard) gescholten hätte. Drei bis vier Tage nach der Auffindung der Leiche hätte er Schenja gesehen, der ihm erzählt haben soll, er wäre zusammen mit Andreas im Garten von Saizews Grundstück spaziert und sie wären von einem unbekannten Manne fortgejagt worden. Das Aussehen dieses Mannes hätte ihm Schenja nicht geschildert; er hätte auch nicht gesagt, daß der Mann einen schwarzen Bart trug. Beilis hatte er gekannt.

Der Zivilkläger Schmakow fragt den Zeugen, ob außer Andreas und Schenja noch andre jüdische Kinder dort gewesen waren. Zeuge kann die Frage nicht beantworten. „Sie haben ja, wie mir scheint, dem Untersuchungsrichter gesagt, der Sohn des Beilis wäre dabei gewesen?“ fragt Schmakow. „Ich sagte es nicht“, erwidert der Zeuge. Der Verteidiger Karabtschewski fragt den Zeugen, ob Detektive mit ihm gesprochen hätten.

Zeuge: „Die Detektive gaben mir Schnaps zu trinken, führten uns weg und befahlen, das und das zu sagen.“

Verteidiger: Haben sie Ihnen nicht den Rat gegeben, gegen Beilis auszusagen?“

Zeuge: „Ja.“

Verteidiger Grusenberg: „Warum haben Sie bei dem ersten Verhör vor dem Untersuchungsrichter gesagt, daß man Wera Tscheberjak und ihren Anhang vernehmen solle? Woran nahmen Sie an, daß sie von dem Morde des Knaben wußten?“

Zeuge: „Weil bei ihnen Zusammenkünfte stattfanden.“ —

Verteidiger: „Welche?“

Zeuge: „Verschiedene Beamte mit Kokarden und andre.“

Die Aussagen dieses Zeugen waren im allgemeinen so konfus, so widerspruchsvoll, daß die Anklage mit ihnen nichts anzufangen wußte. Es gelang jedoch festzustellen, daß die Detektive Politschuk und Wygranow, die gleichfalls Belastungszeugen sind, ihn unter den schrecklichsten Drohungen gezwungen haben, gegen Beilis auszusagen.

Ebenso unglücklich verlief das Verhör der Kardinalzeugin der Anklage. Das 10jährige Mädchen Ludmila Tscheberjak, die